

15. 01. 87

WI – Fz

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Jahreswirtschaftsbericht 1987 der Bundesregierung

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
121 (421 — 600 01 — Ja 18/87

Bonn, den 15. Januar 1987

An den Herrn
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß § 2 Absatz 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582) den

Jahreswirtschaftsbericht 1987 der Bundesregierung.

Der Bericht wird gleichzeitig dem Herrn Präsidenten des Deutschen Bundestages zugeleitet.

Federführend ist der Bundesminister für Wirtschaft.

Kohl

Jahreswirtschaftsbericht 1987 der Bundesregierung

Inhaltsverzeichnis

	Ziffern
A. Ausgangslage und wirtschaftliche Perspektiven für 1987	
I. Wirtschaftspolitische Ausgangslage	1 bis 10
II. Gesamtwirtschaftliche Eckwerte	11 bis 16
Wirtschaftswachstum	12
Beschäftigung	13
Preisentwicklung	14
Außenwirtschaftliches Gleichgewicht	15
Einkommensverteilung	16
B. Die Zukunft gestalten durch Soziale Marktwirtschaft	
I. Fortführung geradliniger Wirtschaftspolitik für anstehende Reformen	17 bis 35
1. Auf solider Grundlage aufbauen	17 bis 22
Wachstum durch mehr Investitionen	18
Den Staat weiter auf den Kern seiner Aufgaben zurückführen	19
Die Preisstabilität erhalten	20
Zusammenwirken zwischen Tarifparteien und Staat ..	21
Internationale Verantwortung der Wirtschaftspolitik ..	22
2. Offensiv für beständiges Wachstum, mehr Beschäftigung und Stabilität	23 bis 35
Wachstums- und beschäftigungsfördernde Steuerpolitik	24 bis 26
Verlässliche Haushaltspolitik	27
Stärkung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen	28
Verbesserte Förderung der Vermögenspolitik	29

	Ziffern
Fortsetzung der Privatisierung öffentlicher Beteiligungen	30
Geldpolitik	31
Verantwortung der Tarifparteien für mehr Beschäftigung	32 bis 34
Arbeitsmarkt- und Berufsausbildungspolitik	35
II. Deutsche Wirtschaftspolitik im europäischen und internationalen Zusammenhang	36 bis 43
Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik	38
Internationale Währungspolitik	39
Außenwirtschaftspolitik	40 bis 41
Unterstützung der Entwicklungsländer	42 bis 43
III. Wettbewerbs- und Strukturpolitik	44 bis 63
Bereitschaft zum Strukturwandel	44 bis 45
Dynamischer Wettbewerb	46 bis 47
Leistungsfähiger Mittelstand	48 bis 49
Innovationen für die Zukunft	50 bis 51
Erfolgreiche Neuorientierung der Forschungs- und Technologiepolitik	52 bis 53
Vorsorgender Umweltschutz	54 bis 55
Kostengünstige, sichere und umweltgerechte Energieversorgung	56 bis 59
Überwindung regionaler Schwierigkeiten	60 bis 61
Förderung der Wirtschaft Berlins	62
Kontinuität in den innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen	63
 Anlage	
A. Rückblick auf die Jahresprojektion 1986 sowie die tatsächlich eingetretene Entwicklung	1 bis 7
B. Jahresprojektion 1987	8 bis 19

Jahreswirtschaftsbericht 1987 der Bundesregierung

Gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) legt die Bundesregierung hiermit dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat den Jahreswirtschaftsbericht 1987 vor.

Mit dem Jahreswirtschaftsbericht stellt die Bundesregierung gemäß § 3 StWG gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten für 1987 zur Verfügung. Sie sollten auch bei den preis- und einkommensrelevanten Entscheidungen im Gesundheitswesen — gemäß § 405a der Reichsversicherungsordnung — berücksichtigt werden.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Rat) hat am 24. November 1986 sein Jahresgutachten 1986/87 (JG) „Weiter auf Wachstumskurs“ vorgelegt. Die Bundesregierung dankt dem Rat für die eingehende Untersuchung der wirtschaftlichen Lage und der Aussichten für 1987 sowie für die fundierte Darstellung der wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten. Sie nimmt zum Jahresgutachten wiederum jeweils im Sachzusammenhang Stellung.

Zur Vorbereitung des Jahreswirtschaftsberichtes erfolgte über das wachstums- und beschäftigungspolitische Konzept der Bundesregierung mit den Vertretern der Gewerkschaften und des Deutschen Beamtenbundes sowie des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft ein Meinungsaustausch. Es wurde außerdem im Konjunkturrat für die öffentliche Hand mit den Ländern und Gemeinden erörtert.

A. Ausgangslage und wirtschaftliche Perspektiven für 1987

I. Wirtschaftspolitische Ausgangslage

1. Der wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland tritt in sein fünftes Jahr ein. Anhaltendes Wachstum bei wiederhergestellter Stabilität des Preisniveaus und deutlich steigende Beschäftigung sind seine herausragenden Kennzeichen. Gesamtwirtschaftliche Verspannungen, die den Keim für Rückschläge in sich tragen könnten, sind — anders als früher — vermieden worden. Berücksichtigt man die beträchtlichen Belastungen, die in den letzten Jahren aufgrund der strukturellen Anpassungserfordernisse, zum Beispiel in der Bauwirtschaft, zu verkraften waren, und darüber hinaus die neuen Herausforderungen, welche die drastische Veränderung des Wechselkurses der D-Mark — insbesondere gegenüber dem US-Dollar — mit sich bringt, so erwies sich der Aufschwung bisher als robust. Dies ist auch das Urteil des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ist damit auf dem richtigen Weg. Für die Zukunft sind die Weichen — auch nach Ansicht internationaler Organisationen — richtig gestellt. Die seit dem Regierungswechsel vollzogene marktwirtschaftliche Neubesinnung und finanzpolitische Neuorientierung tragen Früchte.

2. Ende 1982 übernahm die Bundesregierung ein schweres Erbe. Es war gekennzeichnet durch eine schrumpfende Wirtschaft, sinkende Beschäftigung, ausufernde Staatsdefizite, anhaltende Geldentwertung und zu schwache Investitionstätigkeit. Der Staat hatte seine finanzpolitische Handlungsfähigkeit verloren. Pessimismus und Resignation breiteten sich aus. Der Sachverständigenrat sprach damals von einer Krise, bei der die wirtschaftlichen Erwartungen in der Bundesrepublik Deutschland noch schlechter als in anderen Ländern erschienen (Vorwort Jahresgutachten 1982/83). Die zum Teil schon lange angelegten gravierenden Fehlentwicklungen verringerten die Anpassungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und schwächten entscheidend ihre Konstitution. Sie war zu Beginn der 80er Jahre immer weniger in der Lage, von außen kommende Einwirkungen und Belastungen, zum Beispiel auf Grund der sich verändernden weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder der drastischen Energievertéuerung, aufzufangen und auf die neuen weltwirtschaftlichen Herausforderungen flexibel zu antworten.

Die Bundesregierung setzte sich angesichts dieser Probleme zu Beginn der Legislaturperiode als vorrangiges Ziel die Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt und die Rückkehr zu einem dynamischen, sich selbst tragenden Wirtschaftswachstum unter folgenden Leitgedanken (vgl. Jahreswirtschaftsbericht 1984, Ziffer 2):

- ordnungspolitische Neubesinnung auf die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft, insbesondere verlässliche und widerspruchsfreie wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, Stärkung der Leistungs- und Risikobereitschaft, Sicherung des Wettbewerbs und Verringerung bürokratischer Hemmnisse;
- Wiederherstellung der finanzpolitischen Handlungsfähigkeit des Staates, Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, Rückführung des Staatsanteils, qualitative Verbesserung der Ausgabenstruktur und eine leistungsfreundlichere Besteuerung;
- eine Sozialpolitik, die sich von den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität leiten läßt und die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme dauerhaft gewährleistet; sowie
- intensives Bemühen um europäische und weltwirtschaftliche Konzertierung und Kooperation zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine Ausweitung des Welthandels und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

3. Das inzwischen Erreichte bestätigt die Richtigkeit des wirtschaftspolitischen Kurses. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wurde gestärkt. Die deutsche Wirtschaft ist seit vier Jahren auf Wachstumskurs. Die Beschäftigung steigt. Geldwertstabilität ist erreicht. Die Lage der öffentlichen Haushalte hat sich deutlich verbessert. Der Freiheitsraum für die wirtschaftliche Betätigung ist größer geworden. Die Bereitschaft zu beruflicher Selbständigkeit ist gewachsen. Investieren ist wieder sinnvoll und rentabel geworden. Wichtigstes Ergebnis ist indes: Die Menschen setzen wieder auf die Zukunft. Sie sind stärker bereit, in eigener Verantwortung zu planen, statt auf den Staat zu warten. Sie können dabei auf eine Politik der Klarheit, Verlässlichkeit und Kontinuität vertrauen.

4. Die wirtschaftliche Bilanz der abgelaufenen Legislaturperiode unterstreicht diesen Erfolg — vor allem wenn man die Ausgangslage im Blick behält, welche die Bundesregierung bei ihrem Amtsantritt vorfand.

Während das Bruttosozialprodukt von Anfang 1980 bis Ende 1982 preis- und saisonbereinigt um rd. 2½ v. H. zurückgegangen war, stieg es seitdem real um fast 12 v. H. Entgegen häufig geäußerten Vorstellungen wurde der gesamtwirtschaftliche Wachstumsprozeß keineswegs hauptsächlich vom Auslandsgeschäft getragen. Vielmehr nahm die Inlandsnachfrage ebenso schnell zu wie das Sozialprodukt insgesamt. Die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen, die in den Jahren 1981 und 1982 um rd. 10 v. H. gesunken waren, nahmen real um 20 v. H.

zu. Die Modernisierung der Produktionsanlagen ist voll in Gang gekommen. Dadurch wurde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gestärkt, Arbeitsplätze sicherer und neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen. Angesichts des gestiegenen Auslastungsgrades spielen Kapazitätserweiterungen als Investitionsmotiv eine wachsende Rolle. Die Modernisierung vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze gehen so Hand in Hand.

5. Der Aufschwung hat zu einer deutlichen Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt geführt:

- Nach der schwerwiegenden Verschlechterung der Beschäftigungssituation zu Beginn der achtziger Jahre — von Ende 1980 bis Ende 1983 war die Zahl der Erwerbstätigen um über eine Million zurückgegangen — nehmen die Beschäftigungsmöglichkeiten seit nunmehr drei Jahren wieder zu. Zuletzt belief sich die Zahl der besetzten Arbeitsplätze saisonbereinigt auf 25,90 Mio. Seit dem Tiefpunkt im Herbst 1983 haben damit rd. 600 000 Menschen zusätzlich einen Arbeitsplatz gefunden. Alles spricht dafür, daß diese deutliche Aufwärtstendenz auch in diesem Jahr andauern wird.
- Die Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten kam besonders Frauen zugute. In den letzten zwei Jahren waren rund drei Viertel des Zuganges an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Frauen. Der Anteil der Frauen, die am Erwerbsleben teilnehmen, hat sich so spürbar erhöht. Verbesserte rechtliche Möglichkeiten für Teilzeitbeschäftigung und befristete Arbeitsverträge durch das neue Beschäftigungsförderungsgesetz haben dies begünstigt.
- In den Jahren 1983 bis 1986 haben etwa 2,8 Mio. Jugendliche Ausbildungsverträge neu abgeschlossen; das sind rd. 240 000 mehr als in den vier Jahren zuvor. Die Jugendarbeitslosigkeit nimmt nunmehr schon seit drei Jahren ab. Der Arbeitslosenanteil liegt bei den Jugendlichen unter 20 Jahren deutlich niedriger als bei den abhängigen Erwerbspersonen insgesamt. Auch im Vergleich zu den USA, Japan und den anderen EG-Ländern steht die Bundesrepublik Deutschland bei der Jugendarbeitslosigkeit am günstigsten da.
- Die Zahl der Kurzarbeiter, die Anfang 1983 bei fast 1,2 Mio. lag, hat sich bis Ende 1986 nachhaltig — auf knapp 250 000 — verringert. Nach Schätzungen der Deutschen Bundesbank entspricht die Rückkehr von 1 Mio. Kurzarbeitern zur normalen Arbeitszeit einem zusätzlichen Anstieg der Zahl von Vollbeschäftigten um etwa 300 000.
- Der Bestand an offenen Stellen hat sich von Anfang 1983 bis Ende letzten Jahres — bei gestiegener Beschäftigung — um 100 000 erhöht.
- Die Arbeitslosigkeit geht zurück. Nachdem die Zahl der Arbeitslosen zu Beginn der achtziger Jahre dramatisch zugenommen hatte — allein von Ende 1979 bis Ende 1982 um 1,2 Millionen —,

konnte der Anstieg bereits im Frühsommer 1983 praktisch zum Stillstand gebracht werden. Seit Frühjahr 1986 nimmt die Arbeitslosigkeit ab; Ende 1986 waren rd. 130 000 Personen weniger arbeitslos als zwölf Monate zuvor. So sehr die Bundesregierung die Zahl der Arbeitslosen von durchschnittlich knapp 2,23 Mio. im Jahre 1986 mit Sorge erfüllt, so ist doch zu berücksichtigen, daß es sich dabei nicht um einen festgefügt Block handelt. Einerseits schieden 1986 rd. 3,77 Mio. Personen aus dem Kreis der Arbeitslosen aus, andererseits wurden rd. 3,64 Mio. Personen neu als arbeitslos registriert.

Mehrere Gründe waren entscheidend dafür, daß sich der wieder in Gang gekommene gesamtwirtschaftliche Expansionsprozeß nicht früher und stärker in einem Rückgang der Arbeitslosigkeit niederschlagen hat. Zum einen kamen mit den geburtenstarken Jahrgängen ständig mehr Menschen ins arbeitsfähige Alter als ältere Personen sich aus dem Erwerbsleben zurückzogen. Zum anderen nahm das Interesse an einer Erwerbstätigkeit bei einer wachsenden Zahl von Männern und vor allem Frauen zu, die vorher nicht erwerbstätig waren. Insgesamt hat sich von 1982 bis 1986 die Zahl der an einer Beschäftigung interessierten Personen (Erwerbspersonen) um rund 500 000 erhöht. Viele Menschen, die zuvor die Hoffnung auf einen Arbeitsplatz aufgegeben hatten, sahen mit der sich wieder bessernden Beschäftigungslage — unterstützt durch die Maßnahmen zugunsten größerer Beweglichkeit am Arbeitsmarkt — neue Chancen für eine Anstellung. Im übrigen spiegeln sich in der Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit von Region zu Region und von Branche zu Branche erhebliche Unterschiede wider.

6. Zur Wiederbelebung der Wachstumskräfte hat die grundlegende Neuorientierung der Finanzpolitik entscheidend beigetragen. Der Anspruch der öffentlichen Hand an das Sozialprodukt wurde spürbar eingeschränkt. Nachdem sich im Zeitraum 1970 bis 1982 die Staatsquote, d. h. der Anteil aller öffentlichen Ausgaben (einschließlich der Leistungen der Sozialversicherung) am Bruttosozialprodukt von 39 v. H. auf rd. 50 v. H. erhöht hatte, wurde sie bis 1986 auf rd. 46½ v. H. abgesenkt. Im einzelnen wurde erreicht:

- Der Bund begrenzte den jährlichen Anstieg seiner Ausgaben seit 1982 auf weniger als 2 v. H. im Durchschnitt, während sie in den 70er Jahren um über 9 v. H. pro Jahr gestiegen waren.
- Die Finanzierungsdefizite der Gebietskörperschaften wurden von fast 5 v. H. des Bruttosozialproduktes im Jahre 1981 auf unter 2½ v. H. im Jahre 1986 zurückgeführt.
- Wiedergewonnener Spielraum wurde vor allem für deutliche Steuersenkungen zugunsten von mehr Investitionen und Innovationen genutzt. Die Lohn- und Einkommensteuer wurde durch Abflachung des Steuertarifs, Anhebung des Grundfreibetrages und Erhöhung der Kinderfreibeträge leistungsfördernder und familienfreundlicher gestaltet.

- Die Entlastung der Kapitalmärkte durch die Finanzpolitik und die Stabilisierung des Preisniveaus schafften die Voraussetzung für niedrigere Zinsen. Der langfristige Kapitalmarktzins, der im Jahre 1981 zeitweilig bei 11½ v. H. gelegen hatte, konnte bis zum Jahre 1986 nahezu halbiert werden. Die Anlageinvestitionen der Unternehmen wurden davon ebenso begünstigt wie von der inzwischen deutlich verbesserten Ertragslage.
- Die finanzielle Tragfähigkeit der Sozialversicherung wurde gestärkt. 1982 schrumpften die Rentenrücklagen in besorgniserregendem Tempo, 1986 nahmen sie wieder zu. Die Arbeitslosenversicherung kam seit 1984 ohne Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt aus; gleichzeitig konnten die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit beträchtlich verbessert und die Beiträge leicht gesenkt werden. Erste Maßnahmen zur Dämpfung des erneuten Kostenanstiegs im Gesundheitswesen wurden im Rahmen der Konzentrierten Aktion mit den Beteiligten eingeleitet.

Dies hat gezeigt, daß dauerhaftes Wirtschaftswachstum durchaus mit einer gleichzeitigen Konsolidierung der öffentlichen Finanzen Hand in Hand geht und durch sie sogar gefördert wird. Wichtig ist, daß mit der Solidität der öffentlichen Finanzen das Vertrauen in die Verlässlichkeit der Politik steigt. Gesunde öffentliche Haushalte gehören zu den ordnungspolitischen Grundlagen einer leistungsfähigen Marktwirtschaft.

Die Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung haben es ermöglicht, neue Schwerpunkte im Sozialbereich zu setzen, insbesondere in der Familien- und Arbeitsmarktpolitik. Dazu zählen u. a.:

- die Aufstockung der Ausgaben im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen von 8,9 Mrd. DM im Jahre 1982 auf 11,5 Mrd. DM im Jahre 1986;
- die zweimalige Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes;
- die Wiedereinführung des Kindergeldes für arbeitslose Jugendliche;
- die Erhöhung des Wohngeldes;
- die Einführung eines Erziehungsgeldes;
- die Anerkennung von Kindererziehungszeiten im Rentenrecht;
- eine deutliche, familienfreundliche Komponente bei der Lohn- und Einkommensteuersenkung zu Beginn des vergangenen Jahres.

Insgesamt wurden zugunsten der Familie zusätzlich rd. 10 Mrd. DM bereitgestellt.

7. Anders als früher konnte im derzeitigen Wachstumsprozeß die Stabilität des Geldwertes wiedergewonnen werden. Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich von Jahr zu Jahr verringert. Während die Preissteigerungsrate 1982 noch über 5 v. H. betragen hatte, war der Preisindex für die Lebenshaltung Ende 1986 sogar um rd. 1 v. H. niedriger als

zwölf Monate zuvor. Zwar wurde die Entwicklung der Verbraucherpreise im letzten Jahr durch den starken Rückgang der Energiepreise begünstigt; aber auch ohne die Preise für Energie ist das Preisniveau im Verlauf des letzten Jahres um nicht mehr als 1½ v. H. gestiegen. Die Wohnungsmieten verzeichneten dabei mit knapp 2 v. H. die geringste Erhöhung seit nahezu 30 Jahren. Insgesamt nimmt die Bundesrepublik Deutschland in bezug auf die Stabilität des Preisniveaus unter den westlichen Industriestaaten den Spitzenplatz ein.

Was ein stabiler Geldwert für Haushalte und Unternehmungen, aber auch für die sozialen Sicherungssysteme bedeutet, hat die Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht 1986 ausführlich dargelegt (Ziffer 3): Ein stabiler Geldwert macht langfristige Entscheidungen wieder berechenbar und ist ein wesentliches Element zur Stärkung des Vertrauens und zur Steigerung der Realeinkommen. Geldwertstabilität schafft Sicherheit, daß das Ergebnis der Leistung von heute auch morgen noch seinen Wert behält.

Stabilitätspolitik ist vor allem aber auch soziale Politik. Sie verhindert inflationäre Einkommens- und Vermögensumverteilungen, die primär die sozial Schwächeren belasten. Den Lohn- und Gehaltsbeziehern werden auch bei moderaten Nominallohnsteigerungen Realeinkommenszuwächse zuteil. Ebenso werden Anhebungen von Renten und Sozialleistungen nicht mehr durch Preissteigerungen aufgezehrt, sondern führen zu einer Steigerung der Kaufkraft.

Neben diesen positiven Wirkungen für Arbeitnehmer, Rentner und Sparer fördern stabile Preise vor allem entscheidend das Wachstum der Wirtschaft und verbessern die Chancen für mehr Beschäftigung. So kommt es nicht zu wachstumshemmenden Fehlinvestitionen der Unternehmen aufgrund verzerrter Preisstrukturen oder wegen einer Flucht in Sachwerte zum Schutz vor Inflation, wie sie in den 70er Jahren beobachtet wurden. Gleichzeitig haben Unternehmen und Sparer für ihre langfristigen Dispositionen eine solide Entscheidungsgrundlage. Wichtig ist auch, daß ein inflationsfrei verlaufender Aufschwung Fehlallokationen von Ressourcen verhindert und kein Gegensteuern durch eine restriktive Geld- und Finanzpolitik erforderlich macht. Leitvorstellung muß deshalb — wie der Rat betont — ein Wachstumsprozeß sein, der weiter frei von Verspannungen verläuft, angetrieben durch die Marktkräfte selbst (Ziffer 189 JG).

8. Im Vertrauen auf Eigenverantwortung der Bürger und auf unternehmerische Entscheidungskompetenz wurden staatlicher Einfluß und gesetzliche Regelungen dort zurückgenommen, wo sie private Betätigung unnötig einengten. Die statistischen Meldepflichten wurden erleichtert. Die städtebaulichen Vorschriften wurden vereinfacht und im Baugesetzbuch zusammengefaßt. Mit zwei Rechtsbereinigungsgesetzen wurden zahlreiche überflüssige Rechtsvorschriften beseitigt. Damit wurden Anreize und Freiräume für die Entfaltung privater Initiative geschaffen. Für die Privatisierung staatli-

cher Unternehmen hat die Bundesregierung ein Gesamtkonzept entwickelt. Als erste Schritte wurden Anteile an VEBA, IVG und VIAG einem breiten Publikum angeboten. Die breitgestreute Bildung von Produktivvermögen in privater Hand, insbesondere die stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital von Unternehmen, erhielt neue Impulse. Gezielte Maßnahmen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis für mittelständische Unternehmen zeigen Erfolg. Die Zahl der Selbständigen nimmt zu.

9. Die wirtschaftliche Entwicklung an der Jahreswende 1986/87 ist dadurch gekennzeichnet, daß die Antriebskräfte von der Auslands- zur Binnennachfrage übergegangen sind. Privater Verbrauch und Unternehmensinvestitionen sind Motor der gesamtwirtschaftlichen Expansion. Nach Einschätzung des Rates hat sich die Dynamik des wirtschaftlichen Wachstums mit diesem Wechsel in den Auftriebskräften nicht vermindert; auch 1987 wird sich der Expansionsprozeß in ähnlichem Tempo wie bisher fortsetzen (vgl. Ziffern 186 und 188 JG). Ein beträchtlicher Teil der im Jahre 1986 angelegten expansiven Impulse wird sich dabei erst in diesem Jahr in einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage auswirken. Erst dann wird sich zum Beispiel für viele Haushalte die Ermäßigung der Heizkosten in beachtlichen Rückzahlungen und niedrigeren Vorauszahlungen bemerkbar machen und so die anderweitig verfügbare Kaufkraft zusätzlich stärken.

Die insgesamt verbesserten Rahmenbedingungen, die inzwischen hohe Kapazitätsauslastung, eine günstige Ertragslage und nach wie vor gute Absatz- und Ertragsaussichten regen die Investitionstätigkeit der Unternehmen an. Zu Recht bemerkt der Rat, daß sich insbesondere in der derzeitigen Situation die Exportkraft auf Dauer nur mit Investitionen erhalten und stärken läßt (Ziffer 170 JG). Aufgrund der Beschleunigung der privaten Konsumnachfrage steigern nunmehr vor allem auch die verbrauchsnahe Industriezweige sowie Handel und Dienstleistungsgewerbe ihre Investitionsausgaben stärker. Der Investitionsaufschwung gewinnt dadurch an Breite. Darüber hinaus nimmt in der Bauwirtschaft, die in den letzten Jahren einen schmerzlichen strukturellen Anpassungsprozeß zu durchlaufen hatte, die Nachfrage wieder zu.

10. Die Weltwirtschaft befindet sich um die Jahreswende 1986/87 in einer anhaltenden Expansion. Nach den Vorausschätzungen aller wichtigen internationalen Organisationen wird der Welthandel 1987 mindestens ebenso stark, wenn nicht sogar stärker als im vergangenen Jahr wachsen. Viele Industrie- und Entwicklungsländer konnten beachtliche Fortschritte bei der Bereinigung wirtschaftlicher Fehlentwicklungen erzielen. In den Industriestaaten ist die Inflation besser unter Kontrolle. Niedrigere Zinsen fördern die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung. Sie erleichtern zugleich den Schuldendienst der Entwicklungsländer. Der Rückgang der Ölpreise begünstigt auch noch 1987 das Wirtschaftswachstum in den meisten Staaten, da sich dessen positive Wirkungen auf Binnennachfrage und Produktion erfahrungsgemäß teilweise erst mit

zeitlicher Verzögerung einstellen. Die inzwischen eingetretene Veränderung der Wechselkursstruktur hat die gewünschte Verringerung der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte eingeleitet. Die realen Warenströme reagieren bereits deutlich darauf, was allerdings auch Belastungen für die deutschen Unternehmen bedeutet. Auch sind weitere Risiken zu beachten. So gibt es vor allem neue Unsicherheiten über die künftige Entwicklung der Wechselkurse. Eine Reihe von Entwicklungsländern steht weiterhin vor akuten Verschuldungsproblemen. Sie bleiben auf ein anhaltendes Wachstum und eine Öffnung der Märkte in den Industrieländern angewiesen. Es gibt immer noch Industriestaaten mit gravierenden internen und außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten. Vor allem dort, wo Handelsbilanzdefizite ein beträchtliches Ausmaß angenommen haben, mehren sich die Rufe nach Protektionismus. Die enge Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der Industriestaaten und in der Europäischen Gemeinschaft, die in den vergangenen Jahren zu einer weitgehenden Übereinstimmung über die grundsätzliche Ausrichtung der Wirtschaftspolitik geführt hat, bleibt deshalb weiter gefordert.

II. Gesamtwirtschaftliche Eckwerte

11. Für die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1987 kann mit berechtigter Zuversicht davon ausgegangen werden, daß bei dem Ziel der Bundesregierung, durch eine lang anhaltende Verstetigung des wirtschaftlichen Aufschwungs die Beschäftigungslage nachhaltig zu verbessern, weitere substantielle Fortschritte erreicht werden.

Auf der Grundlage des derzeitigen Informationsstandes und unter Berücksichtigung der Ausgangslage strebt die Bundesregierung für 1987 eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung an, bei der

- das Wirtschaftswachstum kräftig bleibt, so daß das Bruttosozialprodukt im Jahresdurchschnitt sein Vorjahresniveau real um rd. $2\frac{1}{2}$ v. H. oder mehr übertreffen und die Inlandsnachfrage gleichzeitig um $3\frac{1}{2}$ bis 4 v. H. steigen wird;
- der Beschäftigungsanstieg sich fortsetzt und die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt um rd. 1 v. H. zunimmt; die Arbeitslosenquote dürfte sich damit weiter auf rd. $8\frac{1}{2}$ v. H. der unselbständigen bzw. rd. $7\frac{1}{2}$ v. H. aller Erwerbspersonen verringern;
- die Stabilität des Preisniveaus gesichert bleibt und der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus im Jahresdurchschnitt auf deutlich unter 1 v. H. begrenzt werden kann;
- Fortschritte beim Abbau des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts sichtbar werden und sich der nominale Außenbeitrag auf rd. $4\frac{1}{2}$ v. H. und der Leistungsbilanzüberschuß auf rd. 3 v. H. des Bruttosozialprodukts zurückbildet.

Diese gesamtwirtschaftliche Jahresprojektion bietet Orientierungsgrößen, die bei gemeinsamen An-

strengungen aller Beteiligten erreicht werden können und vielleicht sogar noch günstiger ausfallen. Damit wird entsprechend dem Anspruch des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft ein weiteres Stück Weg zu einer besseren Kombination der gesamtwirtschaftlichen Ziele zurückgelegt (Ziffer 188 JG). Dabei ist zu berücksichtigen, daß in einem marktwirtschaftlichen System in erster Linie die privaten Akteure mit ihren Angebots-, Nachfrage-, Preis- und Einkommenspolitischen Entscheidungen weitgehend bestimmen, welche Ergebnisse innerhalb des wirtschaftlichen Ordnungsrahmens erreicht werden.

Die der Projektion zugrundeliegenden Bedingungen und Annahmen sind im einzelnen in Anlage B dargestellt.

Die Prognosen des Sachverständigenrates, anderer nationaler Institutionen und der internationalen Organisationen zeigen diesmal für das Wirtschaftswachstum mit rd. $1\frac{1}{2}$ v. H. bis gut 3 v. H. ein breiteres Spektrum als üblich. Allen Prognosen ist gemeinsam, daß mit einer Fortsetzung des wirtschaftlichen Wachstums und weiter zunehmender Beschäftigung gerechnet wird. In der Bandbreite der Prognosen für 1987 kommen nicht nur unterschiedliche Auffassungen über die erwartete Dynamik der weiteren Aufwärtsentwicklung und voneinander abweichende Wertungen über die auch von der Bundesregierung insbesondere im außenwirtschaftlichen Bereich gesehenen Risiken zum Ausdruck, sondern es spiegeln sich darin großenteils auch die Unsicherheit über die statistisch meßbare Ausgangslage wider. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Jahresprojektion der Bundesregierung auf den Anfang Januar vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten ersten vorläufigen Sozialproduktsergebnissen für das Jahr 1986 beruht. Zu Recht weist das Statistische Bundesamt darauf hin, daß diesmal wegen des frühen Termins für diese Sozialproduktsberechnung noch wesentlich mehr als früher auf Schätzungen zurückgegriffen werden mußte. Schon in den früheren Jahren hatte sich dabei ein erheblicher Korrekturbedarf herausgestellt, der in der vergangenen Legislaturperiode in der Regel ein günstigeres gesamtwirtschaftliches Ergebnis aufwies, als es kurz nach Jahresende angenommen wurde.

Wirtschaftswachstum

12. Bei der Jahresprojektion für das Wirtschaftswachstum von rd. $2\frac{1}{2}$ v. H. ist mehr die Unsicherheit über die statistische Ausgangslage als über Richtung und Intensität der weiteren Aufwärtsentwicklung zu berücksichtigen. Die Bundesregierung stimmt mit dem Sachverständigenrat überein, daß mit einer deutlichen Verstärkung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität gerechnet werden kann (Ziffer 186 JG). Sie hält es bei konsequenter Fortsetzung des eingeschlagenen wirtschafts- und finanzpolitischen Kurses für möglich, daß das Wachstum im Jahre 1987 eher noch etwas höher als die genannten rd. $2\frac{1}{2}$ v. H. ausfällt. Dabei ist allerdings nach Auffassung der Bundesregierung entscheidender als das mögliche quantitative Ergebnis für ein Kalenderjahr, daß die deutsche Wirtschaft über

1987 hinaus auf Expansionskurs bleibt. Dafür hält auch der Sachverständigenrat die Chance für gut (Ziffer 187 JG). Die Bedingungen sind hierfür durchaus gegeben, auch wenn wie immer Risiken für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht ausgeschlossen werden können. Diese Risiken liegen in erster Linie im außenwirtschaftlichen Bereich. Da jedoch die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung wie bereits im Vorjahr von einer überproportionalen Zunahme der Inlandsnachfrage, also Verbrauch und Investitionen getragen sein wird, halten sich diese außenwirtschaftlichen Risiken in Grenzen. Lediglich bei einer ausgeprägten und länger anhaltenden Schwächephase der Auslandsnachfrage, von der aber bei den derzeitigen weltwirtschaftlichen Perspektiven und den gegenwärtigen Wechselkursrelationen nicht ausgegangen wird, wären stärkere Rückwirkungen auf die Inlandsnachfrage möglich. Sollte sich eine solche Entwicklung ernsthaft abzeichnen, so wird die Bundesregierung im Rahmen ihrer in den folgenden Abschnitten näher präzisierten mittelfristig ausgerichteten Wirtschaftspolitik mit ihren rechtlichen Möglichkeiten angemessen handeln und auf ein situationsgerechtes Timing der jeweiligen Maßnahmen achten. Die Bundesregierung weist in diesem Zusammenhang auf die im Steuersenkungsgesetz vom 28. Juni 1985 vorgesehene Senkung der Lohn- und Einkommensteuer in zwei Stufen und ihre im folgenden Abschnitt dargelegten Steuerreformvorhaben hin.

Angesichts der erwarteten weltwirtschaftlichen Bedingungen wird für den Verlauf dieses Jahres wieder mit einem Anstieg der Exporttätigkeit gerechnet, ihre Ausweitung dürfte aber angesichts der fühlbar verschobenen internationalen Wettbewerbsverhältnisse stark unterdurchschnittlich sein und damit das Wirtschaftswachstum für sich gesehen dämpfen.

Trotz dieser voraussichtlich relativ verhaltenen Exportentwicklung wird sich nach Auffassung aller Beobachter die Expansion der Inlandsnachfrage fortsetzen. Starke Impulse werden wiederum vom Privaten Verbrauch ausgehen, der den höchsten Anteil am Bruttosozialprodukt hat. Hinter dem Bestreben von Selbständigen und Arbeitnehmern, den eigenen Arbeitsplatz zu sichern oder einen neuen zu erhalten und daraus Einkommen zu erzielen, steht letztlich der Wunsch, für sich und seine Angehörigen Güter zu kaufen und Dienstleistungen zu beanspruchen. Für eine deutliche Ausweitung des Privaten Verbrauchs spricht, daß der Einkommens- und Beschäftigungsanstieg anhält und die Kaufkraft der Einkommen dank nahezu stabiler Verbraucherpreise weiter wächst. Im übrigen haben sich noch nicht alle bereits im vergangenen Jahr verzeichneten Ölpreis- und aufwertungsbedingten Kaufkraftgewinne in effektiver Nachfrage niedergeschlagen. Die im Vorjahr gestiegene Sparquote dürfte 1987 wieder abnehmen. Insgesamt ist damit abermals mit einer kräftigen realen Verbrauchszunahme zu rechnen.

Die steigende Verbrauchsnachfrage, die zunehmende Kapazitätsauslastung und der zur Sicherung

der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen hohe Modernisierungsbedarf unterstreichen von den Marktchancen her die Notwendigkeit weiter wachsender Unternehmensinvestitionen. Diese schaffen ihrerseits neue Arbeitsplätze, wodurch wieder Einkommen und Nachfrage im Inland entstehen. Von Seiten der Ertrags-, Kosten- und Zinsentwicklung bestehen hierfür weiterhin günstige Bedingungen. Die terms-of-trade-Verbesserung hat dazu geführt, daß sich die Finanzierungslage der Unternehmen insgesamt deutlich verbessert hat; viele Unternehmen verfügen über reichlich Liquidität und Kreditspielräume, die auch für künftig verstärkte Investitionsaktivitäten zur Verfügung stehen. Entsprechend der gewandelten Wachstumskräfte werden sich die Investitionsschwerpunkte in der Wirtschaft hin zu den mehr binnenmarktorientierten Bereichen — wie den Verbrauchsgüterindustrien, der Bauwirtschaft und dem Dienstleistungssektor — verschieben.

Die staatliche Nachfrage, insbesondere die öffentlichen Investitionen, werden in einem ähnlichen Ausmaß wie im Vorjahr zum Wirtschaftswachstum beitragen; vom Wohnungsbau dürften zumindest keine kontraktiven Wirkungen mehr ausgehen.

Beschäftigung

13. In einem marktwirtschaftlichen, weltwirtschaftlich integrierten Wirtschaftssystem sind bei den bestehenden Einkommenswünschen und anhaltendem technischen Fortschritt Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsausweitung untrennbar miteinander verbunden. Bei einem Wirtschaftswachstum in der erwarteten Größenordnung sind die Chancen für einen anhaltenden Beschäftigungsanstieg gut. Das Ausmaß des Beschäftigungsanstiegs hängt allerdings nicht nur von der Höhe des Wirtschaftswachstums ab; vielmehr können die jeweiligen Arbeitsbedingungen — auch kurzfristig — die Arbeitsmarktentwicklung fühlbar mitbestimmen. Da die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sich verstärkt auf Bereiche mit bisher eher unterdurchschnittlicher Kapazitätsauslastung verlagern wird, können hier z. T. noch Produktivitätsreserven mobilisiert werden. Bereiche mit 1985/86 starker Beschäftigungsausweitung, wie z. B. das Investitionsgütergewerbe, können aufgrund schwächerer Auslandsnachfrage die Beschäftigung vermutlich nicht mehr im bisherigen Ausmaß steigern. Insgesamt könnte das dazu führen, daß der Beschäftigungszuwachs nicht ganz an das Ergebnis des Vorjahres heranreicht.

Aus demographischen Gründen schwächt sich andererseits jetzt die Zunahme der Erwerbspersonenzahl leicht ab. Nachdem in den beiden letzten Jahren mehr Personen im erwerbsfähigen Alter eine Berufstätigkeit wünschten und einen Arbeitsplatz gefunden haben, ist kaum damit zu rechnen, daß sich diese Entwicklung auch 1987 in gleichem Ausmaß fortsetzt. Das Erwerbspersonenangebot auf dem Arbeitsmarkt dürfte daher nicht mehr so stark wie in den letzten Jahren steigen. Der 1986 erfreulicherweise zu verzeichnende Rückgang der Arbeitslosigkeit wird sich daher fortsetzen. Im Jahres-

durchschnitt könnte die Arbeitslosenzahl auf ein Niveau von rd. 2,15 Mio. zurückgehen. Die Zahl der Erwerbstätigen könnte im Jahresdurchschnitt rd. 28 Mio. betragen und so dem Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes näherkommen. Bei der von der Bundesregierung angestrebten Verstärkung des Produktions- und Beschäftigungsanstiegs und der sich abzeichnenden demographischen Entwicklung können mittelfristig Beschäftigungswünsche und Beschäftigungsmöglichkeiten besser in Einklang gebracht werden.

Preisentwicklung

14. Auch 1987 wird ein Jahr hoher Preisstabilität bleiben. Obwohl nicht mehr mit einem so starken Rückgang der Einfuhrpreise wie im Vorjahr gerechnet werden kann, werden die Vorteile eines stabilen Geldwertes auch in diesem Jahr fortbestehen. Dem Sachverständigenrat ist dabei zuzustimmen, daß es in diesem Jahr größere Eigenbeiträge erfordert, den Geldwert stabil zu halten (Ziffer 188 JG). Preissteigerungen sind kein unabänderliches Schicksal, sie sind vielmehr das Ergebnis von Marktprozessen und daher bei Ausbleiben exogener Ereignisse weitgehend gestaltbar.

Die größeren Eigenbeiträge sind in erster Linie von der Einkommenspolitik der Tarifvertragsparteien und der Preispolitik der Unternehmen zu erbringen (s. Ziffer 16). Dazu gehört einmal, daß sich die Lohnstückkostenentwicklung möglichst nicht beschleunigt; dazu gehört aber auch, daß die im Vorjahr als Folge der Einfuhrverbilligung in den inländischen Endpreisen noch nicht niedergeschlagenen gesamtwirtschaftlichen Kostenentlastungen weitergegeben werden. Ein Teil des Einfuhrpreiserückgangs würde sich dann erst in diesem Jahr in den Verbraucherpreisen preisdämpfend bemerkbar machen. Wenn auch bei den bestehenden Marktunvollkommenheiten ein leichter Preisanstieg im Jahresverlauf kaum vermeidbar zu sein scheint, kann der Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt angesichts der günstigen Ausgangslage zwischen 0 und 1 v. H. begrenzt werden.

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

15. Es besteht Einigkeit zwischen allen Beobachtern, daß auch in diesem Jahr in der Bundesrepublik Deutschland der reale Anstieg der Binnennachfrage und der Gesamtnachfrage die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion deutlich übertrifft wird. Ein wachsender Teil des Nachfrageanstiegs schlägt sich in überproportional steigenden Importen nieder. Die Tendenz zum außenwirtschaftlichen Gleichgewicht, die sich bei den realen Größen bereits im Vorjahr abzeichnete, hält bei den realen Güter- und Dienstleistungsströmen im Außenhandel an. Da die Einfuhrpreise seit Mitte 1985 erheblich stärker als die Ausfuhrpreise gesunken sind, ist im Jahresdurchschnitt 1987 noch mit einer terms-of-trade-Verbesserung zu rechnen, selbst wenn die Einfuhrpreise im Jahresverlauf deutlicher als die Ausfuhrpreise anziehen sollten. Daher wird die Rückbildung der nominalen außenwirtschaftli-

chen Überschüsse erst allmählich, im Verlauf aber mit sich beschleunigender Tendenz vorstatten gehen. Die Korrektur des nominalen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts, dessen Ursachen nicht im Inland liegen, ist unterwegs (Ziffer 188 JG).

Hiermit leistet die Bundesrepublik Deutschland, wie der Sachverständigenrat zu Recht betont, einen Beitrag zur schrittweisen Beseitigung der weltweiten Ungleichgewichte im Außenhandel und damit zur Verhinderung protektionistischer Tendenzen, die der deutschen Wirtschaft abträglich wären (Ziffer 152 JG).

Einkommensentwicklung

16. Zur Erreichung der gesamtwirtschaftlichen Eckwerte kommt es 1987 insbesondere darauf an, daß die Tarifvertragsparteien bei ihren autonomen einkommenspolitischen Entscheidungen den Verteilungsspielraum nicht überschätzen. Im Vorjahr war der reale Verteilungsspielraum durch unerwartete terms-of-trade-Gewinne zusätzlich deutlich erhöht worden; er kann insofern keine Orientierungsgröße für die diesjährigen Tarifverhandlungen darstellen. Dem Sachverständigenrat ist zuzustimmen, wenn er die Gefahr unterstreicht, daß ein in die Lohnabschlüsse einkalkulierter Preisanstieg diesen überhaupt erst bewirkt (Ziffer 182 JG). Immer gilt es abzuwägen, in welcher Form der Verteilungs-

spielraum genutzt werden soll. Je stabiler die Lohnstückkosten bleiben, desto größer ist die Chance, daß mehr rentable Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Bundesregierung erwartet, daß der Produktivitätszuwachs sich in erster Linie in nominalen Einkommensverbesserungen niederschlägt, die eine Beschleunigung des Lohnstückkostenanstiegs vermeiden. Damit würden auch die realen Einkommenssteigerungen kaum hinter den nominalen zurückbleiben.

Je beschäftigten Arbeitnehmer gerechnet wäre dies mit einem Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter um effektiv 3 bis 3½ v. H. vereinbar; diese Zahl ist nicht mit den jeweiligen Tariflohnabschlüssen gleichzusetzen. Unter Einschluß des zu erwartenden Beschäftigungsanstiegs und der Sozialbeiträge würde dies für die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit eine Zunahme von 4 bis 4½ v. H. bedeuten. Aufbauend auf der sehr starken Verbesserung der Ertragslage in den letzten fünf Jahren würde dies mit einer nahezu parallelen Zunahme der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen von 3 bis 5 v. H. einhergehen. Der gesamtwirtschaftliche Verteilungsspielraum würde unter solchen Bedingungen in etwa proportional, d. h. ohne weitere Anteilsverschiebung genutzt werden. Dies dient gleichzeitig einer Verstärkung des Verbrauchs- und Investitionswachstums, gibt Raum für einen weiteren Beschäftigungsanstieg und hält den Geldwert stabil.

B. Die Zukunft gestalten durch Soziale Marktwirtschaft

I. Fortführung geradliniger Wirtschaftspolitik für anstehende Reformen

1. Auf solider Grundlage aufbauen

17. Die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1987 bietet gute Chancen, Konstitution und Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft weiter zu stärken. Voraussetzung dafür ist ein auf Stabilität, Wachstum und mehr Beschäftigung gerichtetes Verhalten aller Beteiligten. Damit ist eine gute Basis gegeben, die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben zu lösen.

Die größte Herausforderung für die Wirtschaftspolitik liegt darin, die Beschäftigungsmöglichkeiten durch Sicherung und Festigung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums weiter zu verbessern. Zugleich können auf einer soliden Grundlage die Reformvorhaben auf den Weg gebracht werden, die im Bereich der Umwelt, der Steuerpolitik, der Altersversorgung und des Gesundheitswesens, der Bewältigung des technischen und wirtschaftlichen Wandels, der europäischen Integration sowie der Liberalisierung des internationalen Handels für die Zukunftsvorsorge notwendig sind.

Die Neubestimmung auf die Grundwerte der Sozialen Marktwirtschaft hat sich bewährt. Die stetige, klare und verlässliche Wirtschafts- und Finanzpolitik der letzten Jahre hat den Bürgern und der Wirtschaft das Vertrauen zurückgegeben, daß auch morgen noch gilt, was heute gesagt wird. Sie können ihre Entscheidungen auf berechenbare und in sich konsistente Rahmenbedingungen gründen. Eigeninitiative, Leistung, Übernahme von Verantwortung und Kreativität lohnen sich wieder. Die erfolgreiche Politik der Bundesregierung, die national und international immer mehr Zustimmung und Unterstützung findet, wird beharrlich fortgesetzt.

Bundesregierung und Sachverständigenrat sind sich darin einig, daß die Leitvorstellung eines möglichst lang dauernden Aufschwungs eine nach vorne gerichtete Wirtschaftspolitik erfordert. Zu einer solchen offensiven Strategie gehören eine innovationsfördernde Wirtschaftspolitik, eine Besteuerung, die den Investitionsrisiken angemessen Rechnung trägt und Leistungshemmnisse abbaut, eine Lohnpolitik, welche die Rentabilität nicht von den Kosten her gefährdet, und eine Geldpolitik, die bei stabilem Preisniveau dem Wachstum der Produktionsmöglichkeiten Raum gibt (Ziffer 201 JG). Die Bundesregierung teilt auch das Urteil der Mehrheit des Rates, daß „defensive Strategien“ wie Subventionen, Außenschutz, staatliche Beschäftigungsprogramme oder eine staatlich forcierte Nachfrageexpansion mit höheren Haushaltsdefiziten sich nicht eignen, das Angebot an rentablen Arbeitsplätzen auszuweiten (Ziffer 202). Das Versprechen, die erforderlichen staatlichen Arbeitsplätze und die

Masse rentabler Arbeitsplätze noch um weitere dauerhafte Arbeitsplätze mit Hilfe eines angeblich die Wachstumskräfte stützenden größeren Staatsbudgets aufstocken zu wollen, weckt — so der Rat — nicht erfüllbare Hoffnungen (Ziffer 211 JG).

Wachstum durch mehr Investitionen

18. Eine nachhaltige Verstärkung der privaten Investitionstätigkeit ist ein Schlüssel für die Lösung der gegenwärtigen Beschäftigungsprobleme. Der Mangel an wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen ist nicht von heute auf morgen entstanden. Er resultiert aus der gravierenden Investitionsschwäche in den 70er und zu Beginn der 80er Jahre. Bei der inzwischen wieder erreichten Belebung der Investitionstätigkeit ist auch mittel- und längerfristig eine kräftige Zunahme der Unternehmensinvestitionen nötig, um die dringend notwendigen neuen Arbeitsplätze zu schaffen.

Der jährliche Zuwachs des gesamtwirtschaftlichen Produktionsspielraums bleibt zur Zeit nach wie vor hinter dem tatsächlichen Wirtschaftswachstum zurück. Bei der derzeitigen hohen Kapazitätsauslastung könnte das angestrebte stärkere Wachstum schon bald auf Engpässe stoßen und damit die Gefahr neuer inflationärer Spannungen hervorrufen. Um dem vorzubeugen, ist es wichtig, das Produktionspotential über eine lang anhaltende Investitionsdynamik schrittweise auszudehnen und durch eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten besser zu nutzen, um so einen größeren Raum für ein weiterhin spannungsfreies Wachstum mit positiven Beschäftigungswirkungen zu gewinnen (vgl. Ziffer 198 JG). Dabei ist angesichts des Umfangs des Kapitalgüterbestandes zu berücksichtigen, daß selbst bei einer verhältnismäßig großen Ausweitung der Investitionstätigkeit der Kapazitätzuwachs sich nur langsam erhöht. Außerdem ist der Wachstumsprozeß durch verstärkte Aus- und Fortbildung der Arbeitnehmer zu fördern.

Den Staat weiter auf den Kern seiner Aufgaben zurückführen

19. Die Bundesregierung hat bei ihrem Amtsantritt darauf hingewiesen, daß eine Wirtschaftsordnung umso erfolgreicher ist, je mehr sich der Staat zurückhält und dem einzelnen Freiheit läßt. Die Soziale Marktwirtschaft ist wie keine andere Ordnung geeignet, wirtschaftliche Freiheit, Gleichheit der Chancen, Eigentum, Wohlstand und sozialen Fortschritt zu verwirklichen. Die Bundesregierung will nicht mehr Staat, sondern weniger; sie will nicht weniger, sondern mehr persönliche Freiheit (Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 4. Mai 1983). Daher ist es folgerichtig, den Staat weiter auf den Kern seiner Aufgaben zurückzuführen, die er dann umso zuverlässiger erfüllen kann.

Die Bundesregierung hat unter anderem mit der Rückführung des Anteils der öffentlichen Ausgaben am Sozialprodukt (Staatsquote), der Senkung der Steuern für Unternehmen und private Haushalte, der eingeleiteten Privatisierung von Unternehmen in Bundesbesitz sowie den Rechtsbereinigungsgesetzen gezeigt, daß dieser Weg richtig und erfolgreich ist. Sie ist entschlossen, ihn fortzusetzen.

Durch die Verringerung des staatlichen Zugriffs auf die gesamtwirtschaftlichen Ressourcen wird ein größerer Teil der wirtschaftlichen Aktivitäten den Regeln des Wettbewerbs unterworfen. Die Signal- und Lenkungenfunktionen der Preisbildung auf dem Markt werden verbessert. Flexibilität und Anpassungsfähigkeit werden gestärkt. Mehr Ressourcen als vorher stehen für private Verwendung zur Verfügung.

Die Bundesregierung sieht — wie der Sachverständigenrat — im dynamischen Wettbewerb das Leitbild einer nach vorne gerichteten Wirtschaftspolitik für Wachstum und Beschäftigung. Sie will dabei den Wettbewerb nicht ans Gängelband nehmen, sondern hält ihm mit ihren ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, insbesondere dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, den Weg offen, damit er sich selbst entfalten kann auf der Suche nach neuen und besseren Märkten, Produkten und Produktionsverfahren (vgl. Ziffer 209 JG).

Mit dem Abbau bürokratischer Regulierungen und Eingriffe, die vielfältig auf den Ablauf des privaten und wirtschaftlichen Lebens störend einwirken, sollen mehr Freiräume für eigenverantwortliches Handeln geschaffen werden. Der Marktzutritt für Existenzgründungen von Selbständigen und Unternehmen soll erleichtert und unnötige Einschränkungen der Gewerbe- und Vertragsfreiheit müssen beseitigt werden. Wo der Marktzugang versperrt oder erschwert wird, wo der Staat das Marktgeschehen im Übermaß reguliert und dadurch überhöhte Kosten für die Betroffenen verursacht, — so zu Recht der Sachverständigenrat — kann dynamischer Wettbewerb sich nicht voll entfalten, bleiben die Kräfte des Marktes ungenutzt (vgl. Ziffer 212 JG). Die Verbraucher und die Wirtschaft als Ganzes wären dann die Leidtragenden. Die Bundesregierung weist darauf hin, daß die Erfahrungen im Ausland mit mehr Wettbewerb durch Deregulierung in der Regel positiv waren.

Entbürokratisierung und Vereinfachung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften sind Ausdruck einer bürgernahen und wirtschaftsfördernden Politik. Das Bekenntnis zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung würde zu einem Lippenbekenntnis, wenn gesetzgeberischer Perfektionismus und überbordende Bürokratie sich gegenseitig verstärken und die Entscheidungsfreiheit der Bürger und Wirtschaft einschränken.

Die Preisstabilität erhalten

20. Geldwertstabilität ist ein hohes Gut, das gewahrt werden muß. Sie ist ein wesentliches Element in dem Bemühen der Bundesregierung um

eine größere Konstanz der Wirtschaftspolitik. Sie verbessert die Transparenz der wirtschaftlichen Dispositionen und erlaubt sowohl eine bessere Planung unternehmerischer Entscheidungen als auch der Anlagedispositionen der Sparer. Sie stärkt die reale Kaufkraft der Einkommen der Rentenbezieher und der Arbeitnehmer; diese brauchen keine Entwertung ihrer Ersparnisse zu befürchten und müssen ihre Kaufentscheidungen nicht mit Rücksicht auf zu erwartende Geldentwertung treffen. Geldwertstabilität ist damit zugleich Ausdruck einer verantwortungsvollen sozialen Politik.

Geld-, Finanz- und Wettbewerbspolitik sowie die Einkommensentscheidungen der Tarifparteien müssen bei der Sicherung der Preisstabilität eng zusammenwirken. Wird dies von den Beteiligten nicht genügend berücksichtigt, so ergeben sich negative Folgen für die Dynamik der Wirtschaft, für Wachstum und für Beschäftigung.

Zusammenwirken zwischen Tarifparteien und Staat

21. Zu Recht unterstreicht der Sachverständigenrat, daß Harmonie im Zusammenspiel der Politikbereiche den Gesamterfolg fördert und deshalb jeder Bereich seinen Part übernehmen muß (Ziffer 205 JG). Das gilt vor allem auch für den Bereich der Qualifikation der Arbeitskräfte, die Flexibilität in den Arbeitsbeziehungen sowie die Einkommensentwicklung. Die Bundesregierung bekennt sich dabei ausdrücklich zur Tarifautonomie.

Als Tarifpartner sind starke Gewerkschaften und starke Arbeitgeberverbände in unserer Gesellschaftsordnung wichtig. Sie müssen ihre Funktionen voll erfüllen können. Dabei tragen die Tarifpartner erhebliche gesamtwirtschaftliche Verantwortung. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit müssen vor allem auch die Interessen der Arbeitslosen berücksichtigt und ein möglichst günstiges Umfeld für ihre Integration in den Arbeitsprozeß geschaffen werden. Das gilt nicht nur für die Gestaltung der unmittelbaren Arbeits- und Einkommensbedingungen, sondern auch für Fragen der Ausbildung und der weiteren beruflichen Qualifikation. Besonders hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die großen Ausbildungsanstrengungen, die in den letzten Jahren gemeinsam unternommen worden sind.

Die Wahrung und Nutzung der Chancen des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts setzen eine hohe Beweglichkeit am Arbeitsmarkt voraus. In der heutigen Zeit schneller technischer Entwicklungen steht jedes Unternehmen und jeder einzelne Arbeitnehmer vor der Aufgabe, berufliche Qualifikation und Anforderungen moderner Technik miteinander zu verbinden. Nur auf diese Weise ist es möglich, die Chancen des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts zu verwirklichen und gleichzeitig die Arbeitswelt human zu gestalten. Berufliche Fort- und Weiterbildung, der künftig immer mehr Bedeutung zukommt, ist dabei in erster Linie Aufgabe der Wirtschaft selbst und der Tarifparteien.

Die Bundesregierung hält für die Wahrung eines weitgehenden Grundkonsenses über die wirtschaft-

liche Ordnung und die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik den Dialog mit den Vertretern der Gewerkschaften und der Unternehmen für sehr wichtig. Sie wird weiterhin das Gespräch mit ihnen suchen, um gemeinsam vorbedingungslos und konstruktiv die wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Probleme und Möglichkeiten zu erörtern. Dabei sieht sie sich in Übereinstimmung mit der Aufforderung der Europäischen Gemeinschaft an die Mitgliedstaaten, den Dialog mit den Sozialpartnern zu vertiefen.

Internationale Verantwortung der Wirtschaftspolitik

22. Die Bundesregierung ist sich bewußt, daß sie angesichts der hohen Integration der deutschen Wirtschaft in die Weltwirtschaft und wegen ihrer Bedeutung als Welthandelsnation Mitverantwortung für eine gedeihliche Entwicklung der Weltwirtschaft trägt. Jedes Land muß nach den internen Erfordernissen einer wachstums- und stabilitätsgeordneten Politik handeln; dadurch wird gleichzeitig der Weltwirtschaft am besten gedient.

In der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Konstellation werden zuweilen Forderungen nach einer kurzfristig stärker expansiven Politik als Beitrag zur schnelleren Reduzierung der internationalen Ungleichgewichte und zur Stärkung des Wachstumsprozesses in der Welt laut. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß das beachtliche Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland robust ist, es inzwischen eine gute binnenwirtschaftliche Basis hat und von der hohen Importneigung positive Wachstums- und Beschäftigungswirkungen für die Partnerländer ausgehen.

Eine forcierte expansive Geld- und Finanzpolitik würde in der jetzigen Situation der Bundesrepublik Deutschland längerfristig keine weiteren Wachstumserfolge bringen, sondern — wie die Erfahrungen gezeigt haben — mit der Gefahr eines neuen Konjunkturreinbruchs verbunden sein. Die erreichte Stabilität würde aufs Spiel gesetzt, der weitere Wachstumsprozeß gefährdet und dadurch die wirtschaftliche Expansion in den Partnerländern belastet. Es entspricht der weltwirtschaftlichen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland, die eingeschlagene mittelfristige, marktwirtschaftlich orientierte Wachstumsstrategie weiter zu verfolgen und damit auch den Beitrag der deutschen Wirtschaft für ein längerfristig besseres und ausgewogeneres Wachstum der Weltwirtschaft zu verstärken. Zu Recht weist der Sachverständigenrat darauf hin, daß mit einer solchen Politik dem Ausland mehr gedient ist (Ziffer 228 JG).

Die Bundesregierung wird sich auch in Zukunft mit allem Nachdruck für die Offenhaltung der deutschen Märkte nach außen, die Verwirklichung des Binnenmarktes in der Europäischen Gemeinschaft und eine bessere Funktionsweise des internationalen Handels- und Währungssystems einsetzen. Sie wird insbesondere den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika ihre volle Aufmerksamkeit widmen.

2. Offensiv für beständiges Wachstum, mehr Beschäftigung und Stabilität

23. Die Fortführung einer stetigen, verlässlichen und glaubwürdigen Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland ist Voraussetzung für eine weitere Entfaltung der wirtschaftlichen Auftriebskräfte. Die Bundesregierung unterstreicht in diesem Zusammenhang das Urteil des Sachverständigenrates, daß eine offensive Strategie gefordert ist, die die Wachstumskräfte stärkt und die Flexibilität der Wirtschaft erhöht, um so neue Möglichkeiten für rentable Produktion und für zusätzliche Arbeitsplätze zu eröffnen (Ziffer 201 JG). Damit wird am besten der Leitvorstellung eines lang anhaltenden Aufschwungs entsprochen.

Wachstums- und beschäftigungsfördernde Steuerpolitik

24. Wesentliches Kernstück einer offensiven Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung ist die für die kommende Legislaturperiode geplante Steuerreform. Die Bundesrepublik Deutschland braucht ein Steuersystem, das die Leistung von Arbeitnehmern, freien Berufen und Unternehmern stärker honoriert und mit dem sie im internationalen Wettbewerb um knappes Kapital bestehen kann. Dafür bedarf es einer weiteren kräftigen Steuerentlastung sowie einer nachhaltigen Verbesserung und Vereinfachung der Steuerstruktur. Leitgedanke für diese Reform ist: Besser niedrige Steuersätze mit weniger Ausnahmen als hohe Steuersätze mit vielen Ausnahmen.

25. Die Bundesregierung hat mit ihren steuerpolitischen Maßnahmen zugunsten von Unternehmen und privaten Haushalten seit Ende 1982 die Weichen in Richtung auf eine leistungs-, innovations- und investitionsfreundliche Besteuerung gestellt. Durch eine konsequente Stabilitätspolitik wurde das Problem der inflationsbedingten „heimlichen“ Steuererhöhungen beseitigt.

Die generellen Zielvorstellungen für die kommende Steuerreform hat die Bundesregierung bereits frühzeitig im Jahreswirtschaftsbericht 1986 (Ziffer 26) dargelegt. Im Mittelpunkt der Reformüberlegungen steht die Neugestaltung des Lohn- und Einkommensteuertarifs. Vor allem muß die immer noch zu scharfe Progression bei der Einkommensteuer zurückgeführt werden. Mit dem Steuersenkungsgesetz 1986/88 wurde ein richtungsweisender Schritt zu einem leistungs- und familienfreundlichen Einkommensteuertarif getan. Eine dauerhafte Lösung soll die Einführung eines geradlinig progressiven Tarifs bringen, bei dem die Grenzbelastung sanft und gleichmäßig ansteigt. Dazu gehört eine erneute Anhebung des Grundfreibetrages zur Entlastung der unteren Einkommen und eine Anhebung der Kinderfreibeträge. Der geradlinig progressive Tarif entfaltet seine stärkste Entlastungswirkung im mittleren Einkommensbereich. Er sichert Steuergerechtigkeit auch in der zeitlichen Perspektive wachsender Löhne und Gehälter, bei Beförderung und beruflichem Aufstieg. Da neun von zehn Unternehmen als Personen- oder Einzelunternehmen der

Einkommensteuer unterliegen, muß die Steuerpolitik der nächsten Legislaturperiode die nach wie vor unzureichende Eigenkapitalausstattung der Unternehmen des Mittelstandes verbessern.

26. Die Steuerpolitik muß dem zunehmend wichtiger werdenden internationalen Wettbewerb der Steuersysteme Rechnung tragen. In den Vereinigten Staaten ist der Körperschaftsteuersatz gerade erst drastisch zurückgenommen worden. Absenkungen wurden oder werden in naher Zukunft bei anderen wichtigen Ländern vorgenommen. Die Bundesregierung strebt daher eine Senkung des Körperschaftsteuersatzes an. Wegen der Wettbewerbsneutralität bei der Besteuerung von Personengesellschaften und Einzelunternehmen einerseits und Kapitalgesellschaften andererseits müssen der Körperschaftsteuersatz und der Einkommensteuersatz im Zusammenhang gesehen werden. Dies bedeutet nicht zwangsläufig das Erfordernis einer völligen Gleichheit von Einkommen- und Körperschaftsteuersatz.

Bei der Steuerreform müssen auch die Belange des Mittelstandes berücksichtigt werden.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung in der nächsten Legislaturperiode den gesetzgebenden Körperschaften die Abschaffung der Gesellschafts- und Börsenumsatzsteuer vorschlagen. Außerdem wird sie eine weitere Rückführung der die Betriebe besonders belastenden Vermögensteuer in ihre steuerpolitischen Überlegungen einbeziehen.

Die dargelegten Ziele der Steuerreform dürften ein Finanzvolumen in der Größenordnung von 40 Mrd. DM erfordern. Davon muß der größere Teil in einer echten Steuerentlastung bestehen. Die Finanzierung des verbleibenden Teils soll durch Abbau von finanziellen Vergünstigungen ermöglicht werden. Damit wird zugleich ein eigenständiges Ziel der Steuerreform erreicht: Weniger Steuervergünstigungen sind ein wichtiger Schritt in Richtung auf die dringend notwendige Vereinfachung des Steuerrechts und ein volkswirtschaftlich insgesamt effizienteres Steuersystem. Je weiter die Rückführung steuerlicher Ausnahmetatbestände gelingt, desto weniger braucht die vom Rat befürwortete Anhebung einzelner Verbrauchsteuern in die Überlegungen einbezogen werden (Ziffer 280 JG). Ziel ist eine möglichst hohe Nettoentlastung, ohne daß dabei die erreichte Gesundung der öffentlichen Finanzen gefährdet wird.

Der Sachverständigenrat hat festgestellt, daß auch die Gewerbesteuer große Mängel hat und wettbewerbsverzerrend wirkt (Ziffer 287 JG). Für eine Reform bedarf es jedoch einer befriedigenden Alternative, die von allen Beteiligten mitgetragen wird und den Gemeinden einen entsprechenden finanziellen Ausgleich bei Wahrung ihrer Autonomie sichert.

Verlässliche Haushaltspolitik

27. Die Steuerreform wird nur finanzierbar sein und ihren Beitrag zur Verstetigung und Festigung des Wachstumsprozesses erbringen können, wenn

sie sich in eine auch weiterhin verlässliche Haushaltspolitik einpaßt. Der Sachverständigenrat stellt ausdrücklich fest, daß zur Erzielung von Wachstumsimpulsen die Steuerentlastung von einer deutlichen Rückführung des Zuwachses der öffentlichen Ausgaben begleitet werden muß (Ziffer 275 JG). Für die Haushaltspolitik ergeben sich deshalb vorrangig folgende Aufgaben:

- a) Im Bundeshaushalt 1987 wird der Anstieg der Ausgaben gegenüber dem Soll des Jahres 1986 erneut auf unter 2 v. H. begrenzt. Für die Jahre danach ist in der mittelfristigen Finanzplanung ein Ausgabenwachstum von 3 v. H. vorgesehen. Der Bund setzt damit die bisherige Ausgabendisziplin fort. Der Finanzplanungsrat hat in seiner Sitzung vom 21. November 1986 erneut seine Empfehlung bekräftigt, das Ausgabenwachstum der öffentlichen Haushalte weiter auf eine Größenordnung von durchschnittlich jährlich 3 v. H. zu begrenzen und es damit deutlich unter dem Zuwachs des nominalen Bruttosozialprodukts zu halten. Die Bundesregierung erwartet von Ländern und Gemeinden, daß auch sie schon 1987 alle Anstrengungen unternehmen, um auf diese Ausgabenlinie zurückzufinden. Auch der Sachverständigenrat hält einen solchen Ausgabenanstieg für vernünftig und unterstreicht zu Recht, daß die Finanzpolitik der Eigendynamik in der öffentlichen Ausgabenentwicklung wirksam entgegenzutreten muß (Ziffer 268 JG).
- b) Strenge Ausgabendisziplin auf allen staatlichen Ebenen schließt eine investitions- und wachstumsorientierte Umschichtung der Staatsausgaben nicht aus. In diesem Zusammenhang sind die wieder positiven Zuwachsraten bei den öffentlichen Investitionen, insbesondere bei den Kommunen, hervorzuheben. Wünschenswert ist eine Verstetigung der öffentlichen Investitionstätigkeit.
- c) Ein Abbau von Subventionen — Steuervergünstigungen und Finanzhilfen — ist nicht nur haushaltspolitisch geboten, sondern auch ordnungspolitisch notwendig. Er ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu mehr Markt und weniger Staat. Zwar können in bestimmten Fällen Subventionen den Strukturwandel vorübergehend fördern und erleichtern; der Sachverständigenrat weist aber zu Recht darauf hin, daß die Subventionsentwicklung nicht einem Besitzstandsdenken überantwortet werden darf (Ziffer 271 JG).
- d) Die Empfehlung des Sachverständigenrats, die Haushalts- und Ausgabenstruktur der Gebietskörperschaften daraufhin zu überprüfen, ob nicht manche Aufgabe, die der Staat heute erfüllt, entfallen oder von nichtstaatlichen Stellen übernommen werden kann (Ziffer 272 JG), entspricht voll den Vorstellungen der Bundesregierung. Sie hält es, wie der Rat, für eine Aufgabe aller öffentlichen Gebietskörperschaften, Personalverstärkungen für neue Aufgabenfelder möglichst durch Einsparungen bei weniger wichtigen oder wegfallenden Aufgabenbereichen auszugleichen (Ziffer 272 JG).

- e) Die Bundesregierung wird die notwendigen Schritte einleiten, daß die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs bereits in diesem Jahr erfolgen kann. Auch der Sachverständigenrat unterstreicht, daß es eine wichtige Aufgabe für die nächste Legislaturperiode ist, die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden neu zu ordnen und den Gemeinden eine verlässliche Einnahmenbasis zu verschaffen.

Stärkung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen

28. Die seit 1982 beschlossenen steuerlichen Entlastungen haben einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Erträge und zur Stärkung der Eigenfinanzierungskraft der Unternehmen geleistet. Die in der nächsten Legislaturperiode geplante große Steuerreform wird hierzu einen zusätzlichen Anstoß geben. Erstmals seit 1967 hat sich die Eigenkapitalquote im Jahre 1985 wieder leicht erhöht. Die Bundesregierung unterstreicht die Notwendigkeit, die Bedingungen für die Ausstattung der deutschen Wirtschaft mit Eigenmitteln im Hinblick auf mehr Wachstum und Beschäftigung weiter günstiger zu gestalten.

Auf Initiative der Bundesregierung sind zu Beginn dieses Jahres die Zugangsvoraussetzungen zum Aktienmarkt verbessert und die Rahmenbedingungen für Beteiligungen an mittelständischen Unternehmen günstiger gestaltet worden:

- a) Das Börsenzulassungsgesetz sieht die Einrichtung eines neuen Marktabchnittes mit geringeren Zulassungs- und Publizitätsanforderungen sowie der Möglichkeit einer Erweiterung des Kreises der Antragsberechtigten bei der Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel vor. Die Börsenvorstände werden die Börsenordnungen entsprechend ändern und den Bewerbern bei Erfüllung der Voraussetzungen die Antragsberechtigung zuerkennen. Die Bundesregierung hofft, daß sich eine größere Zahl qualifizierter Unternehmen um die Antragsberechtigung bei der Zulassung neuer Wertpapiere zum regulierten Markt bewirbt.
- b) Das Gesetz über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften zielt darauf ab, durch die Einschaltung solcher Gesellschaften Risikokapital für mittelständische Unternehmen zu mobilisieren.
- c) Das Gesetz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für institutionelle Anleger erleichtert die Außenfinanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen durch erweiterte Anlagemöglichkeiten für Versicherungsunternehmen und Kapitalanlagegesellschaften.

Es ist jetzt Sache der Wirtschaft, diese neuen Möglichkeiten zu nutzen.

Verbesserte Förderung der Vermögensbildung

29. Die Bundesregierung mißt der Vermögensbildung durch verstärkte Beteiligung der Arbeitneh-

mer am Produktivkapital hohe gesellschafts- und wirtschaftspolitische Bedeutung bei. Sie hat durch das Anfang 1987 in Kraft getretene Zweite Vermögensbeteiligungsgesetz insbesondere die steuerliche Förderung von Kapitalbeteiligungen der Arbeitnehmer weiter ausgebaut und im Rahmen des Investmentrechts neue Wege der indirekten außerbetrieblichen Beteiligung an mittelständischen, nicht emissionsfähigen Unternehmen eröffnet. Durch das Gesetz über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften werden zusätzliche Möglichkeiten für die Beteiligung von Arbeitnehmern am Produktivvermögen geboten.

Die vermehrte Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital stärkt zugleich die Kapitalausstattung und Investitionskraft der Unternehmen. Die Bundesregierung erwartet, daß die Tarifvertragsparteien den neu geschaffenen Rahmen der Vermögenspolitik nutzen werden. Die Konzentration der Förderung auf das Produktivkapital wird in den nächsten Jahren fortgesetzt.

Fortsetzung der Privatisierung öffentlicher Beteiligungen

30. Die Politik der Bundesregierung bei der weiteren Privatisierung öffentlicher Beteiligungen wird bestimmt durch ihr zentrales Anliegen, den Staat auf den Kern seiner Aufgaben zurückzuführen. Dies wird nicht kurzatmig, sondern sachgerecht und stetig verfolgt.

Die Bundesregierung wird auf der Grundlage ihres bereits im Frühjahr 1985 verabschiedeten Gesamtkonzepts ihre Beteiligungen an Wirtschaftsunternehmen weiter zurückführen. In diesem Jahr werden die noch in Bundesbesitz befindlichen Aktien der Veba AG und der Volkswagen AG an private Erwerber veräußert. Darüber hinaus werden insbesondere die Vorbereitungen für eine Privatisierung der Deutschen Pfandbriefanstalt sowie der Teilprivatisierung der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank fortgeführt.

Geldpolitik

31. Geldwertstabilität ist eine wichtige Voraussetzung für dauerhaftes Wirtschaftswachstum. Die Bundesregierung ist mit dem Sachverständigenrat der Auffassung, daß die erreichte Geldwertstabilität durch die expansive Geldmengenentwicklung bisher nicht beeinträchtigt wurde. Für die Zukunft kann allerdings darin ein Risikopotential bei wieder auflebenden Inflationstendenzen bestehen, worauf der Sachverständigenrat zu Recht hinweist (Ziffer 263 JG). Um solche Gefahren einzudämmen, erscheint es erforderlich, daß die Geldpolitik ihre mittelfristige Orientierung grundsätzlich beibehält. Außerdem hält die Bundesregierung ein stabilitätsgerechtes Verhalten aller Beteiligten für notwendig, damit die Chancen für einen weiterhin spannungs- und inflationsfreien Aufschwung genutzt werden können.

Die Deutsche Bundesbank hat den Korridor für die Entwicklung der Zentralbankgeldmenge vom vier-

ten Quartal 1986 bis zum vierten Quartal 1987 auf 3 bis 6 v. H. festgelegt.

Die Bundesregierung teilt die Auffassung der Bundesbank, daß dieses Geldmengenziel ein kräftiges, den längerfristigen Produktionsmöglichkeiten entsprechendes Wachstum der Wirtschaft bei stabilem Preisniveau erlaubt.

Verantwortung der Tarifparteien für mehr Beschäftigung

32. Die Tarifparteien haben mit den insgesamt maßvollen Lohnabschlüssen der letzten Jahre einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Wirtschaftslage und der Beschäftigungssituation sowie für die Rückkehr zu einem stabilen Preisniveau geleistet. Dies kam allen zugute, namentlich auch den Arbeitnehmern. 1986 erhöhten sich — auch begünstigt durch die Steuersenkung — die Nettoreallöhne je Beschäftigten um 4,5 v. H.; dies ist der stärkste Anstieg seit 18 Jahren. Um den Erfolg für Beschäftigung und Stabilität zu sichern und fortzusetzen, muß — wie der Sachverständigenrat zu Recht betont — bei der Lohnrunde 1987 in Rechnung gestellt werden, daß der reale Verteilungsspielraum geringer ist als im Vorjahr, weil der Effekt der Importpreissenkung sich nicht wiederholen dürfte (vgl. Ziffer 300 JG). Je stabiler die Lohnstückkosten bleiben, desto größer ist die Chance, daß mehr rentable Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die Lage am Arbeitsmarkt würde darüber hinaus erleichtert, wenn die Lohnabschlüsse stärker den Unterschieden in den Qualifikationen sowie den unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Regionen, Branchen und Unternehmen Rechnung tragen würden.

33. Die Chancen für mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt und der Arbeitszeitgestaltung sollten noch konsequenter für mehr Beschäftigung genutzt werden. Die weitere Entkoppelung von Betriebs- und Arbeitszeiten macht neue Beschäftigungschancen und Produktivitätsreserven verfügbar und bringt — bei entsprechend gestalteter flexibler Arbeitsorganisation — betriebliche Notwendigkeiten und Arbeitszeitwünsche der Arbeitnehmer in bessere Übereinstimmung. Die Ausweitung der Teilzeitarbeit trägt insbesondere dem Wunsch der Frauen nach mehr Erwerbstätigkeit Rechnung. Wo immer möglich gilt es, Überstunden weiterhin zugunsten zusätzlicher Einstellungen abzubauen. Die Möglichkeit befristeter Arbeitsverträge erlaubt die noch raschere Umsetzung von zusätzlicher Arbeit in Mehrbeschäftigung.

34. Gesamtwirtschaftlich verantwortungsbewußte Lohn- und Gehaltsabschlüsse dürfen nicht durch den Verlauf der Lohnnebenkosten konterkariert werden. Diesem Ziel müssen nicht nur die Tarifpartner bei ihren Entscheidungen über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen Rechnung tragen. Es muß auch Richtschnur für anstehende Entscheidungen im Bereich der sozialen Sicherungssysteme sein. Im Gesundheitswesen ist durch die Ausgabenentwicklung des vergangenen Jahres erneut deutlich geworden, wie notwendig eine Strukturreform

in der gesetzlichen Krankenversicherung ist. Die Bundesregierung stimmt mit dem Rat auch überein, daß es Bedarf für eine Reform der Alterssicherung gibt (vgl. Ziffern 310 ff. JG). Sie wird — nachdem sie durch entschlossenes Handeln zunächst die finanziellen Grundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung gefestigt und damit eine solide Basis für die Reform geschaffen hat — das gegliederte System der Alterssicherung in der kommenden Legislaturperiode auf die Anforderungen in den nächsten Jahrzehnten ausrichten.

Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik

35. Die Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik wird auch weiterhin ihren notwendigen und wirksamen Beitrag zur Ergänzung und Unterstützung der Wachstums- und Beschäftigungspolitik der Bundesregierung leisten. Es geht insbesondere darum, das Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer an die steigenden Anforderungen von Wirtschaft und Technik anzupassen, damit Arbeitsplätze sicherer werden. Zugleich muß den von Arbeitslosigkeit Betroffenen wirksame Hilfe zur Wiedereingliederung in das Arbeitsleben gegeben werden. Damit soll der Verfestigung der Arbeitslosigkeit bei bestimmten Personengruppen, insbesondere bei den längerfristig Arbeitslosen, entgegengewirkt werden.

Entsprechend diesen Zielvorstellungen sieht der Haushaltsplan der Bundesanstalt für Arbeit für 1987 eine weitere Steigerung der Mittelansätze für aktive Arbeitsmarktpolitik — für Maßnahmen der beruflichen Bildung und Rehabilitation, für Arbeitsbeschaffung sowie für die Förderung der Arbeitsaufnahme und für den Vorruhestand — um fast 8 v. H. gegenüber dem Vorjahr auf 12,4 Mrd. DM vor.

a) In den Jahren 1983 bis 1986 haben rd. 2,8 Mio. Jugendliche eine betriebliche Ausbildung begonnen. Anstelle der von einigen befürchteten „Ausbildungskatastrophe“ gelang es damit weitgehend — dank der Anstrengungen aller Beteiligten, namentlich auch des Handwerks — den ausbildungsbereiten jungen Menschen ein Lehrverhältnis zu vermitteln. Das duale Berufsbildungssystem mit seiner vorrangigen Verantwortung der Wirtschaft für die Heranbildung eigener Nachwuchskräfte hat sich bewährt. Es ist die beste Form für eine bedarfsgerechte Qualifizierung. Sie trägt gleichzeitig auch zur Persönlichkeitsentfaltung junger Bürger bei.

b) Die Bundesregierung wird die Ausbildungsordnungen wie bisher zügig an die modernen Erfordernisse des Arbeitslebens anpassen. Die im letzten Jahr erfolgreich abgeschlossene umfassende Neuordnung in den Bereichen Metall- und Elektroindustrie, Einzelhandel sowie Chemie, von denen rd. 360 000 Ausbildungsplätze betroffen sind, wird am 1. August 1987 in Kraft treten. Im Mittelpunkt der Vorhaben des Jahres 1987 stehen insbesondere die Berufe des Elektro- und Metallhandwerks, von denen mehr als 200 000 Lehrstellen erfaßt werden. Die Bundesregierung geht davon aus, daß bis Ende 1987 für etwa

90 v. H. aller Auszubildenden in rd. 225 Ausbildungsberufen moderne Ausbildungsordnungen vorliegen werden. Die Bundesregierung anerkennt die fachkundige Mitwirkung einer großen Anzahl von Sachverständigen aus den Betrieben, die für jedes Projekt von den Sozialpartnern benannt werden.

- c) Für die Ausbildung benachteiligter Jugendlicher wird die Bundesregierung 1987 für das Benachteiligtenprogramm mit 407 Mio. DM über 70 Mio. DM mehr aufwenden als im Vorjahr. Dabei geht es darum, Sonderschulabsolventen, Hauptschulabgängern ohne Abschluß und bestimmten Gruppen von jungen Ausländern einen Lehrvertrag zu ermöglichen. Die Aufstockung der Mittel 1987 soll vor allem Mädchen zugute kommen. Auch sollen Regionen mit sehr schwieriger Ausbildungsplatzsituation besonders berücksichtigt werden.
- d) Bei zunehmendem Einsatz neuer Techniken und sich rasch wandelnden beruflichen Anforderungen auf allen Ebenen der Qualifikation reicht das in der Berufsbildung einmal erworbene Wissen für eine lebenslange Berufstätigkeit nicht aus. Deshalb wird die berufliche Weiterbildung immer wichtiger. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß dabei die Eigenverantwortlichkeit des einzelnen, die Vielfalt der privaten und öffentlichen Angebote sowie die Pluralität der Träger erhalten bleiben müssen; denn damit wird am besten den unterschiedlichen Bedürfnissen der Arbeitnehmer entsprochen. Beim Ausbau der beruflichen Weiterbildung geht die Bundesregierung wie bisher vom Grundsatz der Subsidiarität staatlichen Handelns aus.
- e) Nach Verbesserung des gesetzlichen Instrumentariums zur Förderung beruflicher Weiterbildungsmaßnahmen durch die 7. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz wird im Rahmen der von der Bundesregierung initiierten und von der Bundesanstalt für Arbeit zusammen mit Unternehmen und Gewerkschaften durchgeführten Qualifizierungsoffensive das Förderangebot praxisnah verbessert. Die Zahl der Teilnehmer steigt kontinuierlich. Um den größtmöglichen Erfolg zu gewährleisten, sind Arbeitsverwaltung, Unternehmensverbände und Gewerkschaften zu verstärkter Kooperation bei der Ermittlung des Bedarfs, der Bereitstellung der notwendigen Bildungseinrichtungen und der Motivation der Teilnehmer aufgerufen. Die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit zur Förderung der beruflichen Weiterbildung (ohne Leistungen zur Rehabilitation) haben von 1982 bis 1986 insgesamt um über 35 v. H. zugenommen. Für 1987 werden insgesamt 5,7 Mrd. DM — das sind 10,6 v. H. mehr als im Vorjahr — bereitgestellt. Die Bundesregierung appelliert an die Unternehmen, mehr betriebliche Fortbildungs- und Umschulungsplätze für Arbeitslose in den Betrieben verfügbar zu machen, in denen aufgrund rückläufiger Zahlen an Auszubildenden Kapazitäten frei werden.
- f) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen haben sich vor allem zur Wiedereingliederung von schwer ver-

mittelbaren und längerfristig Arbeitslosen bewährt. Die Förderung von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung ist in den letzten Jahren beachtlich ausgeweitet worden. Im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit sind 1987 mit 3,2 Mrd. DM für 110 000 Teilnehmer in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 225 Mio. DM mehr Mittel als im Vorjahr vorgesehen. Die Mittelverteilung berücksichtigt dabei die Höhe der Arbeitslosigkeit und die Zahl der längerfristig Arbeitslosen in den verschiedenen Regionen.

- g) Die Bundesanstalt für Arbeit wird zur Förderung der Arbeitsaufnahme, der Mobilität und der Eingliederung schwer vermittelbarer Arbeitsloser vermehrt Mittel — für 500 000 Leistungsfälle — einsetzen. Auch die Mittel zur beruflichen Rehabilitation Behinderter werden erhöht.
- h) Die Beratung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern durch die Arbeitsämter wird weiter intensiviert; die Effizienz der Vermittlung auf Arbeits- und Ausbildungsplätze wird durch zunehmenden Einsatz von Computern verbessert, die innerhalb der nächsten drei Jahre in allen Arbeitsämtern zur Anwendung kommen sollen.
- i) Die Bundesregierung wird im Hinblick auf Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes und die Erfordernisse der Ausländerintegration den Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Staaten uneingeschränkt aufrechterhalten. Die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten haben der Türkei ein Angebot für eine abschließende Regelung der Freizügigkeit im Rahmen der Assoziation EG-Türkei unterbreitet, mit der die Rechtsstellung der hier lebenden türkischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen verbessert, jedoch ein Neuzugang türkischer Arbeitnehmer von einer entsprechenden Entscheidung der hiervon betroffenen Aufnahmestaaten abhängig gemacht würde. Im übrigen wurden bei der Integration der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen, die eine wichtige Aufgabe bleibt, mit der Änderung der Arbeitserlaubnisverordnung weitere Fortschritte erzielt.

II. Deutsche Wirtschaftspolitik im europäischen und internationalen Zusammenhang

36. Eine gedeihliche Entwicklung des Welthandels ist für die Bundesrepublik Deutschland als große Welthandelsnation von besonderer Bedeutung. Das erfordert einerseits konsequentes Vorgehen gegen protektionistische Tendenzen und andererseits strukturelle Anpassung der deutschen Wirtschaft an die sich verändernden weltwirtschaftlichen Herausforderungen. Mit dem Sachverständigenrat stimmt die Bundesregierung überein, daß eine wichtige Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig darin besteht, den weltweiten Aufschwung durch Stärkung ihrer eigenen Wachstumskräfte dauerhaft sichern zu helfen und sich an den

internationalen Bemühungen um ein funktionsfähiges internationales Währungssystem sowie um eine Eindämmung des weltweiten Protektionismus mit großer Energie zu beteiligen (vgl. Ziffer 218 JG).

37. Auf dem nächsten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der großen Industrieländer in Venedig wird die Bundesregierung erneut für die Sicherung eines inflationsfreien Wachstums und eine nachhaltige Verbesserung der Beschäftigung eintreten. Auch die internationalen Handelsfragen sowie die weltweiten Agrarprobleme werden wichtige Themen des nächsten Wirtschaftsgipfels sein.

Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik

38. Mit dem Beitritt Spaniens und Portugals zur Europäischen Gemeinschaft ist ein Wirtschaftsraum von 320 Millionen Einwohnern entstanden. Die wachsende europäische Integration erfordert eine dauerhafte Konvergenz der Wirtschafts- und Währungspolitik auf der Grundlage von Stabilität und Wachstum. Dies ist auch für die weitere Stärkung des Europäischen Währungssystems notwendig. Die Bundesregierung unterstützt grundsätzlich die kooperative Wachstumsstrategie der Kommission für mehr Beschäftigung in der Gemeinschaft, mit der die wirtschaftspolitische Konvergenz vorangebracht werden soll, und leistet hierzu ihren vollen Beitrag.

Die rechtlichen Voraussetzungen für den beschleunigten Ausbau des europäischen Binnenmarktes durch Mehrheitsentscheidungen werden sich mit Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte verbessern. Es gilt, die in einem echten europäischen Binnenmarkt liegende große ordnungspolitische Chance zu mehr Marktwirtschaft, zu mehr Wettbewerb nach innen und außen und zu intensiver Deregulierung zu nutzen. Die Arbeiten zur Vollendung des Binnenmarktes müssen zügig fortgeführt werden, um den Zeithorizont bis zum Jahr 1992 einzuhalten. Flexiblere Harmonisierungsmethoden, nach denen in entsprechenden Richtlinien nur noch grundlegende Anforderungen bei gleichzeitigem Verweis auf europäische Normen festgelegt werden, tragen zur Beschleunigung bei.

Ein wichtiger Schritt zur Vollendung des Binnenmarktes und für die Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems ist die Liberalisierung des Kapitalverkehrs, die in der Bundesrepublik Deutschland seit langem verwirklicht ist. In der ersten Phase des hierzu von der Kommission vorgelegten Programms ist die neue Kapitalverkehrsrichtlinie durch den Rat am 17. November 1986 verabschiedet worden. Die Bundesregierung ermutigt die Kommission, die Vorschläge für die zweite Phase im ersten Halbjahr 1987 vorzulegen, mit der die Liberalisierungsverpflichtungen grundsätzlich auf den gesamten Kapitalverkehr ausgedehnt werden sollen. Wichtig ist, daß die Liberalisierung in der Gemeinschaft auch mit einer Liberalisierung gegenüber Drittländern einhergeht.

Auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik unterstützt die Bundesregierung

nachdrücklich die Bemühungen um die Öffnung der Märkte der Gemeinschaft, insbesondere im Bereich der öffentlichen Beschaffungen.

Mit der verabschiedeten Richtlinie über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsprüfungen für die Zulassung von Telekommunikations-Endgeräten, dem Ratsbeschluß über die Normung auf dem Gebiet der Informationstechnik und der Telekommunikation sowie der Ratsempfehlung zur koordinierten Einführung des diensteintegrierenden digitalen Fernmeldenetzes (ISDN) wurde eine wesentliche Voraussetzung für diese Marktöffnung durch europaweit kompatible Dienste und Produkte der Informations- und Kommunikationstechnik geschaffen.

Die Bundesregierung begrüßt den Beschluß des EG-Verkehrsministerrates vom 30. Juni 1986 über Grundsätze einer Marktorganisation für den grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr. Damit sollen in einer Übergangszeit bis 1992 stufenweise ein freier Verkehrsmarkt ohne mengenmäßige Beschränkungen errichtet und parallel dazu die Wettbewerbsbedingungen — vor allem im fiskalischen Bereich — harmonisiert werden.

Im Bereich des Fluglinienverkehrs in der Gemeinschaft unterstützt die Bundesregierung die Initiativen der Kommission, Kapazitäten, Tarife und Marktzugang flexibler zu gestalten mit dem Ziel der Steigerung der wirtschaftlichen Effizienz zugunsten der Verbraucher.

Internationale Währungspolitik

39. Die internationalen Währungsbeziehungen standen 1986 im Zeichen starker Wechselkursveränderungen zwischen den Hauptwährungen. Die nunmehr notwendige Konsolidierung erfordert eine angemessene Kooperation der großen Industrieländer bei der Bewältigung der vielfältigen weltwirtschaftlichen Probleme und Verwerfungen. Dazu gehören Bemühungen um eine größere Stabilität der Wechselkurse. Mit dem Sachverständigenrat ist die Bundesregierung der Auffassung, daß feste Wechselkurse oder Zielzonen zwischen den großen Währungen dabei keine praktikable Alternative zum bestehenden System sind, da mit ihnen nicht die Ursachen der Wechselkursverzerrungen aus dem Weg geräumt werden (Ziffern 254 ff. JG).

Außenwirtschaftspolitik

40. Für eine optimale internationale Arbeitsteilung ist ein dynamischer Wettbewerb über die Grenzen hinweg wichtig. Ein wachsender Handelsaustausch zwischen Industrie-, Entwicklungs- und Staatshandelsländern dient allen Beteiligten. Angesichts der fortdauernden Ungleichgewichte in den Handels- und Leistungsbilanzen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Japan und der Europäischen Gemeinschaft besteht jedoch nach wie vor die Gefahr protektionistischer Maßnahmen. Deshalb betont der Sachverständigenrat zu Recht, daß die Offenhaltung und Öffnung der Märkte, eine wettbewerbsorientierte Innovationspolitik und die

Schaffung leistungsfördernder Rahmenbedingungen wichtig sind (Ziffer 211 JG). Auch ein weitgehend freier Wissens- und Technologietransfer zwischen den westlichen Industrieländern ist eine entscheidende Voraussetzung für einen wachsenden Handelsaustausch.

41. Herausragend für die Erhaltung und Stärkung eines freien Welthandels ist der Beschluß über die Einleitung einer neuen Runde des internationalen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) von Punta del Este („Uruguay-Runde“). Die Bundesregierung erwartet, daß die von allen Verhandlungsteilnehmern eingegangene „standstill“-Verpflichtung, keine neuen GATT-widrigen Beschränkungen einzuführen, eine Schranke gegen weitere protektionistische Einbrüche darstellt. Impulse für den Welthandel werden sich durch die Beseitigung bestehender GATT-widriger Handelshemmnisse — die „roll-back“-Verpflichtung — während der neuen Runde ergeben.

Die Themen der neuen GATT-Runde berücksichtigen gleichermaßen die Interessen von Industrie- und Entwicklungsländern. Die Bundesregierung begrüßt, daß mit dem Beschluß von Punta del Este ein Konsens auch über die Einbeziehung neuer Themen, wie Dienstleistungen und Schutz geistiger Eigentumsrechte, erreicht werden konnte. Im Rahmen der Dienstleistungsliberalisierung wird der Telekommunikationssektor eine besondere Rolle spielen. Auch die gravierenden Agrarhandelsprobleme werden ein zentrales Thema der neuen GATT-Runde sein. Die Bundesregierung wird sich für einen Abbau vorhandener Marktzugangsbeschränkungen und für eine wirksamere Einbeziehung der handelsverzerrenden Subventionen unter die Disziplin des multilateralen Welthandelssystems einsetzen.

Unterstützung der Entwicklungsländer

42. Die schwierige wirtschaftliche Situation in weiten Teilen der Dritten Welt bleibt eine große Herausforderung für die Weltwirtschaft. Eine Lösung erfordert sowohl verstärkte Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer als auch eine Intensivierung der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit.

Zentraler Ansatzpunkt für eine Stärkung der Wirtschaftskraft der Entwicklungsländer im Inneren und auf den Exportmärkten ist die Förderung der Investitionstätigkeit. Notwendig ist dabei die Verbesserung der Rahmenbedingungen, um der privaten Initiative mehr Raum zu geben und möglichst breite Bevölkerungsschichten am Entwicklungsprozeß teilhaben zu lassen. Wachsendes Vertrauen begünstigt nicht nur die Sparkapitalbildung und die Kapitalverwendung innerhalb des Landes und verhindert Kapitalflucht, sondern schafft auch die Grundlage für private ausländische Investitionen, mit denen in der Regel auch ein Transfer von technischem Wissen und Managementfähigkeiten verbunden ist. In diesem Zusammenhang ist die Bundesregierung um eine möglichst flexible Handhabung ihres Investitionsförderungsinstrumentari-

ums bemüht. Durch Absicherung des politischen Risikos fördert die Bundesregierung Direktinvestitionen in Entwicklungsländern. Auf multilateraler Ebene hat die Bundesregierung den Beitritt zur Multilateralen Investitionsgarantieagentur (MIGA) beschlossen. Die Bundesregierung setzt sich darüber hinaus für einen möglichst freien Wissens- und Technologietransfer in die Entwicklungsländer ein.

Eine Verbesserung der Grundlage der Finanzierung von Ausfuhrgeschäften erwartet die Bundesregierung von der Anfang 1986 eingeführten Erweiterung des Ausfuhrleistungsinstrumentariums und der neuen Allgemeinen Bedingungen. Bei der Übernahme neuer Ausfuhrleistungsinstrumente wird die Bundesregierung trotz gestiegener Risiken ihre flexible Deckungspolitik fortsetzen.

Eine Lösung der wirtschaftlichen Probleme der Entwicklungsländer ist ohne die Erleichterung des Marktzugangs ihrer Produkte auf den Märkten der Industrieländer nicht denkbar. Um einen Beitrag hierzu zu leisten, setzt sich die Bundesregierung für die Verbesserung der Allgemeinen Zollpräferenzen insbesondere zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder ein.

43. Die Öffnung der Märkte der Industrieländer sowie die dringende Stärkung der Investitionstätigkeit und der Wirtschaftskraft der Entwicklungsländer gewinnen vor dem Hintergrund der Verschuldung vieler Länder besondere Bedeutung. Die Beherrschung der internationalen Verschuldungsprobleme setzt zugleich eine enge Zusammenarbeit von Industrieländern und Entwicklungsländern, Internationalem Währungsfonds, Weltbank, der regionalen Entwicklungsbanken sowie den privaten Kreditgebern voraus. Da jeder Verschuldungsfall seine Besonderheiten aufweist, gibt es zu einzelfallbezogenen Lösungsansätzen, die auch die jeweilige politische und soziale Lage berücksichtigen, keine Alternative. Nach Auffassung der Bundesregierung kommt dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank eine zentrale Rolle zu. Sie begrüßt die Vereinbarung über die achte Mittelauffüllung der Internationalen Entwicklungsorganisation. Die Bundesrepublik Deutschland und einige andere Länder haben sich darüber hinaus bereit erklärt, freiwillige Sonderbeiträge zu leisten, wodurch sich ein Gesamtvolumen von 12,4 Mrd. US-Dollar ergibt. Eine Entscheidung über die Kapitalaufstockung bei der Weltbank selbst sollte so bald wie möglich erfolgen. Die Bundesregierung setzt sich außerdem für die Aufstockung des Kapitals der Afrikanischen Entwicklungsbank ein.

III. Wettbewerbs- und Strukturpolitik

Bereitschaft zum Strukturwandel

44. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist das Ergebnis vielfältiger Veränderungen in allen Unternehmen, Wirtschaftszweigen und Regionen. Je schneller und besser die Anpassung an die sich ver-

ändernden welt- und binnenwirtschaftlichen Bedingungen auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten und an neue technologische Herausforderungen gelingt, desto günstiger entwickeln sich auch Wachstum und Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft. Andererseits stellen spürbare Verzögerungen der Anpassungsprozesse eine erhebliche Belastung für die wirtschaftliche Dynamik und die Schaffung neuer Arbeitsplätze dar.

Die Bundesregierung sieht in einer konsequent marktwirtschaftlich orientierten Politik den wirkungsvollsten Beitrag zur Förderung des strukturellen Wandels. Dynamischer Wettbewerb ist am ehesten geeignet, private Initiative und Kreativität herauszufordern und so Innovationen und Investitionen für die Märkte von morgen anzuregen. Damit eröffnen sich gute Zukunfts- und Beschäftigungschancen in den Unternehmen.

Dies gilt auch für die freien Berufe und Unternehmen des Dienstleistungsbereichs, der insgesamt eine stark zunehmende Nachfrage verzeichnet. Eine moderne Innovationsgesellschaft erfährt durch kulturelle Bereiche wie Kunst, Medien oder Design wichtige Impulse. Sie fördern Kreativität und eröffnen weite Betätigungsfelder gerade auch für Selbständige.

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, die auf die Stärkung der Bereitschaft und Fähigkeit der Unternehmen, Chancen zu nutzen und dafür auch Risiken einzugehen, gerichtet ist, findet breiten Widerhall. Fast alle Bereiche der deutschen Wirtschaft bewältigen den Strukturwandel erfolgreich, indem sie sich dem nationalen und internationalen Wettbewerb stellen und die vielfältigen Möglichkeiten für Verfahrens- und Produktinnovationen aus eigener Kraft entschlossen nutzen. So haben viele Unternehmen in Branchen mit erheblichen Strukturproblemen, wie Textil- und Bekleidungsindustrie sowie Bauwirtschaft, die notwendige Anpassung schon weitgehend vollziehen können.

45. Einzelne Industriezweige stehen derzeit nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern stärker noch in den meisten anderen EG-Ländern unter einem erheblichen Anpassungsdruck.

Dies gilt zum Beispiel für die Stahlindustrie. Die Bundesregierung hat zusammen mit den betroffenen Bundesländern den Umstrukturierungsprozeß in der Stahlindustrie gefördert und in den Jahren 1983 bis 1985 allein für die Stahlinvestitionszulage und Umstrukturierungshilfen rd. 3. Mrd. DM zur Verfügung gestellt. Sie begrüßt, daß die europäischen Stahlunternehmen in eigener Verantwortung noch vorhandene überschüssige Kapazitäten abbauen wollen. Im Hinblick auf diese Initiative hat die Bundesregierung als Flankierung der Beibehaltung des EG-Außenschutzes und eines nur geringfügig geänderten EG-Quotensystems im Jahre 1987 zugestimmt. Neue stahlspezifische Beihilfen in der Europäischen Gemeinschaft sind entsprechend den Regeln des EG-Subventionskodex Stahl nicht zulässig. Die Bundesregierung erwartet, daß die Kommission der Europäischen Gemeinschaft für eine strikte Einhaltung dieses Kodex Sorge trägt. Die

Bundesregierung achtet außerdem darauf, daß im Stahlhandel mit Drittländern wettbewerbsverfälschenden Praktiken mit den dafür vorgesehenen Instrumenten entgegengetreten wird.

Damit der Strukturwandel möglichst reibungslos abläuft, kommt es weiter darauf an, die Wachstumskräfte zu mobilisieren und durch die Modernisierung der wirtschaftsnahen Infrastruktur, durch den Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums sowie durch die regionale Förderung privater Investitionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. So wurde das Programm zur Förderung von Ersatzarbeitsplätzen an besonders vom Strukturwandel betroffenen Stahlstandorten bis Ende 1987 verlängert. Darüber hinaus wird die Bundesregierung Wettbewerbsverzerrungen in anderen Ländern zu Lasten leistungsfähiger Marktteilnehmer mit Nachdruck entgegengetreten.

Dynamischer Wettbewerb

46. Dynamischer Wettbewerb bedarf der Absicherung durch einen festen Ordnungsrahmen. Aufgabe von Wettbewerbspolitik und -recht ist es, den ungehinderten Marktzutritt neuer Unternehmen zu gewährleisten, wettbewerbsschädliche Machtballungen auf den Märkten konsequent zu bekämpfen sowie den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu verhindern. Dadurch wird der Leistungswettbewerb gesichert und die Angebotsvielfalt mit einer breit gefächerten Struktur von kleinen, mittleren und großen Wettbewerbern — zum Nutzen aller, namentlich der Verbraucher — erhalten. Das Wettbewerbsrecht ist jedoch kein Instrument zur Erreichung spezieller strukturpolitischer Zielvorstellungen. Es geht vielmehr darum, wettbewerbliche Such- und Anpassungsprozesse zu fördern. Dafür sind verlässliche wettbewerbsrechtliche Rahmenbedingungen erforderlich, die ein gesichertes Umfeld für unternehmerische Dispositionen und Investitionen bieten. Diese Rahmenbedingungen müssen dort, wo ein unerwünschter Konzentrationsprozeß und ein leistungswidriger Wettbewerb stattfinden, verbessert werden.

Unter diesen Leitgedanken wird die Bundesregierung prüfen, ob das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) novelliert werden muß. Dafür sind die sich stellenden Probleme unter Einbeziehung aller wesentlichen Regelungsbereiche des Kartellgesetzes sorgfältig zu untersuchen und dabei auch die Vorschläge aus Wirtschaft und Wissenschaft einzubeziehen.

47. Vordringliche Aufgabe der Kartellbehörden bleibt die konsequente Anwendung des geltenden gesetzlichen Instrumentariums gegen die Herausbildung oder Verstärkung marktbeherrschender Positionen sowie gegen marktbedingte leistungswidrige Praktiken. Daneben sollten Unternehmen und Verbände konsequent von den Möglichkeiten Gebrauch machen, die ihnen nach den neuen Bestimmungen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) gegeben sind. Für den Bereich des Einzelhandels ist in diesem Zusammenhang das Verbot der Werbung mit mengenmäßiger Be-

schränkung und mit hervorgehobenen Preisgegenüberstellungen von besonderer Bedeutung.

Die Stellungnahme der Bundesregierung zum VI. Hauptgutachten der Monopolkommission wird den gesetzgebenden Körperschaften im Frühjahr 1987 zugeleitet. Dabei wird auch auf die Überlegungen und Vorschläge der Monopolkommission zur Kontrolle von Großfusionen, zur Begrenzung des Anteilserwerbs von Banken an Nicht-Banken und zur Auflösung des Querverbundes in der Energiewirtschaft einzugehen sein.

Leistungsfähiger Mittelstand

48. Die Bundesregierung sieht die Mittelstandspolitik als einen zentralen Bestandteil ihrer auf Stärkung der Marktkräfte und des Wettbewerbs abzielenden Wirtschaftspolitik an. Diese muß darauf gerichtet sein, die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung zu stärken. Mittelstandspolitik ist deshalb keine Sonderpolitik zugunsten einzelner Teile der Gesamtwirtschaft; sie will vielmehr eine Vielfalt von Unternehmen auf dem Markt ermöglichen, die der Gesamtwirtschaft die notwendige Flexibilität und Dynamik gibt und eine effiziente Arbeitsteilung gewährleistet.

49. Die Mittelstandspolitik wird wesentlich von der weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen bestimmt. Von erheblicher Bedeutung ist dabei die für die nächste Legislaturperiode beabsichtigte Reform des Einkommensteuertarifes. Neun von zehn Unternehmen unterliegen der Einkommensteuer. Die Reform wird auch zur Stärkung der Ertragslage und der Kapitalausstattung des Mittelstandes beitragen. Die Leistungs- und Investitionsfähigkeit der Wirtschaft wird dadurch nachhaltig gesteigert.

Neue Handlungsfelder und Chancen bieten sich der mittelständischen Wirtschaft auch aus der Deregulierung administrierter Märkte und der Übernahme von Aufgaben, die bislang die öffentliche Hand erfüllt. Hiermit eröffnet sich ein wichtiges Arbeitsfeld für die wachsende Zahl der in den freien Berufen Tätigen. Überall dort, wo nicht der Kern hoheitlicher Aufgaben berührt ist, sollten im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden öffentliche Leistungen verstärkt daraufhin überprüft werden, ob sie von Privaten wahrgenommen werden können. Dies gilt zum Beispiel für Bereiche aus der Bauplanung, der technischen Überwachung, der Entsorgung oder dem Gesundheitswesen.

Innovationen für die Zukunft

50. Die rasche und effiziente Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken kann die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in weiten Teilen unserer Wirtschaft verbessern und neue Beschäftigungschancen eröffnen. Der Modernisierung und dem Ausbau der gegenwärtigen Fernmelde-netze zu einem umfassenden diensteintegrierenden digitalen Fernmeldenetz (ISDN) kommt dabei besondere Bedeutung zu. Die entsprechenden Pläne

der Deutschen Bundespost sollen zügig und in Abstimmung mit den europäischen Partnern umgesetzt werden. Darin liegt auch für strukturschwache Räume, wie zum Beispiel das Zonenrandgebiet, die Chance, lagebedingte Nachteile durch Anschlüsse an die Wirtschaftszentren zu mildern.

Für eine Informations- und Kommunikationsinfrastruktur, die modernen Anforderungen genügen soll, müssen neben der technischen Leistungsfähigkeit auch die Nutzungsbedingungen verbessert werden. Dabei werden, wie es auch der Sachverständigenrat vorschlägt (Ziffer 213 JG), in den nächsten Jahren die Wählnetztarife in Richtung einer stärker kostenabhängigen Tarifierung umzustrukturieren sein. Im Fernmelde-Benutzungsrecht werden durch die neue Telekommunikationsordnung (TKO), die 1988 in Kraft treten wird, bestehende Nutzungsbeschränkungen abgebaut; dadurch werden Privaten erweiterte Betätigungsmöglichkeiten eröffnet. Die Bundesregierung erwartet weitere Impulse für die Fortentwicklung der Fernmeldedienste und der Organisationsstruktur in der Telekommunikation insgesamt von der Arbeit der Regierungskommission Fernmeldewesen, die ihre Empfehlungen voraussichtlich im Sommer 1987 abgeben wird.

Die Bundesregierung begrüßt die Bemühungen, weltweit kompatible Normen für „Offene Systeme“ auf dem Gebiet der Computer- und Bürokommunikation zu entwickeln. Sie geben den Benutzern die Möglichkeit, beim Aus- und Aufbau von Netzen für Computer- und Bürokommunikation auf Angebote unterschiedlicher Hersteller zurückzugreifen und unter einer Vielzahl kompatibler Lösungen auszuwählen. Die Bundesregierung wird diese Bemühungen auch dadurch unterstützen, daß bei öffentlichen Beschaffungen in diesem Bereich vorzugsweise auf Produkte zurückgegriffen wird, die für eine „Offene Kommunikation“ geeignet sind.

51. Die Luft- und Raumfahrtindustrie ist für die technologische Entwicklung wichtig und bedarf wegen der hohen Kosten und der technischen Anforderungen enger grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Ziel der deutschen Politik bleibt eine im europäischen Verbund international wettbewerbsfähige Industrie. Der Ausbau der Airbus-Familie soll bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit mit dem Projekt A 330/340 weitergeführt werden. Die Airbus-Finanzierung soll entsprechend der unternehmerischen Verantwortung neu geregelt werden. Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich in der Raumfahrt an Voruntersuchungen für Entscheidungen über die Weiterentwicklung des Trägersystems ARIANE, die Beteiligung an einer internationalen Raumstation (COLUMBUS) sowie über die Frage der Teilnahme an dem bemannten europäischen Raumtransportsystem HERMES.

Erfolgreiche Neuorientierung der Forschungs- und Technologiepolitik

52. Die von der Bundesregierung vorgenommene Neuorientierung der Forschungs- und Technologiepolitik, deren Grundsätze im Bundesforschungsbericht 1984 und im Jahreswirtschaftsbericht 1984

(Ziffer 16) dargelegt wurden, hat innerhalb weniger Jahre beachtliche Erfolge zu verzeichnen: Die Ausgaben für die Grundlagenforschung als originären Bereich staatlicher Forschungsförderung sind überproportional gewachsen; intensiviert wurde auch die Vorsorgeforschung, die insbesondere den Umwelt-, Klima- und Gesundheitsproblemen gilt; indirekte, breiter ansetzende Förderung spielt heute gegenüber der direkten Projektförderung eine wesentlich größere Rolle als früher; die direkte Projektförderung betrifft bereits überwiegend Verbundvorhaben und ist damit weiter weniger selektiv als vorher.

Der in den letzten Jahren eingeschlagene Weg der Forschungs- und Technologiepolitik sollte konsequent fortgesetzt werden. Besonderes Augenmerk verdient dabei weiterhin die Nutzung und Stärkung des innovatorischen Potentials kleiner und mittlerer Unternehmen.

53. Die Bedeutung grenzüberschreitender Zusammenarbeit in der Forschung nimmt zu. Erhebliche Fortschritte bei der Vervollendung des europäischen Binnenmarktes und die Schaffung innovationsfreundlicher Rahmenbedingungen in den Mitgliedstaaten sind nach Auffassung der Bundesregierung zur Stärkung des technologischen Potentials in der Europäischen Gemeinschaft notwendig. Sie sind das entscheidende Element für die Stimulierung grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Soweit öffentliche Fördermittel eingesetzt werden, sollen sich diese auf die Grundlagen- und Vorsorgeforschung und den vorwettbewerblichen Bereich konzentrieren, da sonst erhebliche Wettbewerbsverzerrungen auftreten würden.

Mit der bevorstehenden Verabschiedung des Zweiten Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung (1987—1991) wird die Europäische Gemeinschaft in die Lage versetzt, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten die nationalen Forschungsanstrengungen mit Vorhaben zu flankieren, deren Durchführung auf gemeinschaftlicher Ebene sinnvoll erscheint.

EUREKA ist mit seinem offenen Rahmen für Initiativen von Unternehmen und Forschungseinrichtungen zu einem neuen Element europäischer Zusammenarbeit in Forschung und Technologie geworden. Für die finanzielle Unterstützung von EUREKA-Projekten gelten in der Bundesrepublik Deutschland dieselben wirtschafts- und forschungspolitischen sowie haushaltsrechtlichen Kriterien wie für die Förderung rein nationaler Projekte. Marktnahe EUREKA-Vorhaben sollen deshalb grundsätzlich allein in der finanziellen Verantwortung der Industrie liegen. Die Tatsache, daß neue Projekte und Projektvorschläge von der Industrie in EUREKA auch ohne staatliche Finanzhilfen eingebracht werden, bestätigt die Richtigkeit des pragmatischen Ansatzes und der flexiblen Organisationsstruktur von EUREKA.

Vorsorgender Umweltschutz

54. Zu den Grundlagen des modernen Lebens gehören Industrie und Technik. Sie sind für Wohl-

stand und hohen Lebensstandard unverzichtbar. Im Anstieg der Lebenserwartung, in der Befreiung von schwerster, die Gesundheit belastender körperlicher Arbeit, im allgemein hohen Bildungsstand und in den vielen Freiräumen, über die die Bürger in der Bundesrepublik Deutschland verfügen, wird die wirtschaftliche und technische Leistungsfähigkeit der Gesellschaft sichtbar. Das Kernkraftwerkunglück in der Sowjetunion und der Chemieunfall in der Schweiz sowie weitere die Gewässer verschmutzende Vorkommnisse machen andererseits erneut die ernstesten Risiken deutlich, die das Leben in einer dichtbevölkerten, hochtechnisierten, und industrialisierten Welt mit sich bringt. Diesen Risiken ist durch eine konsequente, vorsorgeorientierte Umweltpolitik entgegenzuwirken. Sie muß auf den wirkungsvollen Schutz der Gesundheit und der Natur, den sparsamen Umgang mit den begrenzt verfügbaren Ressourcen sowie auf die nachhaltige Beseitigung bereits eingetretener Umweltschäden gerichtet sein.

Die Bundesregierung hat in den „Leitlinien Umweltvorsorge“ ihr Konzept für die mittel- und längerfristige Umweltvorsorge dargelegt. Auf die Bedeutung einer vorsorgeorientierten Umweltpolitik hatte sie bereits im Jahreswirtschaftsbericht 1985 hingewiesen. Sie ist überzeugt, daß sich die umweltpolitischen Ziele in der Sozialen Marktwirtschaft umfassend und auf möglichst wirtschaftliche Weise erreichen lassen, wenn klare Grundsätze und verlässliche Rahmenbedingungen gelten. In keinem anderen Wirtschaftssystem erfolgen Anpassungen von Produzenten und Verbrauchern an neue ökologische Erfordernisse so rasch und umfassend wie in der Marktwirtschaft. Nur im Wettbewerb ist die wirtschaftliche Betätigung so effizient, daß ein insgesamt hohes Versorgungsniveau ohne übermäßige Nutzung von Grund und Boden sowie Vergeudung von Materialien, Rohstoffen und Energie erreicht wird. Private Initiative im Wettbewerb fördert die Innovationsbereitschaft und die technische Entwicklung. Dies gilt auch im Umweltbereich.

55. Die Bundesregierung hat wie keine andere zuvor den Schutz der Umwelt und den sorgsamsten Umgang mit den natürlichen Ressourcen vorangetrieben und Weichen für eine umweltverträgliche Produktion und für umweltfreundliche Produkte gestellt. Das umweltfreundliche Auto und das bleifreie Benzin setzen sich durch. Die Umsetzung der Großfeuerungsanlagen-Verordnung und der TA-Luft führt zu einem drastischen Rückgang der Schadstoffemissionen. Der Vollzug der Novellen zum Wasserhaushaltsgesetz, zum Abwasserabgabengesetz und zum Waschmittelgesetz wird die Gewässer sauberer machen. Das neue Abfallgesetz zielt auf die stärkere Vermeidung bzw. Verwertung von Abfällen. Mit ihren Beschlüssen vom 3. Dezember 1986 über weitere Maßnahmen zur Vorsorge gegen Chemieunfälle hat die Bundesregierung darüber hinaus rasch die notwendigen Konsequenzen aus den jüngsten Vorkommnissen gezogen. Es ist insbesondere vorgesehen, zusätzliche Anlagen und weitere chemische Stoffe in die Störfall-Verordnung einzubeziehen.

Auch in Zukunft sind Verbesserungen im Umweltschutz und die Verminderung der mit Produktion und Konsum verbundenen Belastungen unverzichtbar, um den hohen Standard, den der Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland — gerade auch im internationalen Vergleich — erlangt hat, zu erhalten und weiter auszubauen. Dabei sind die in der Marktwirtschaft liegenden Möglichkeiten konsequent zu nutzen, um Entscheidungsspielräume und Anreize für das Aufspüren neuer, ökologisch, technisch und wirtschaftlich sinnvoller Lösungen zu schaffen und so auch die Kosten des Umweltschutzes in Grenzen zu halten. Über die Weiterentwicklung des rechtlichen Rahmens im Hinblick auf neue Erfahrungen und Erkenntnisse hinaus wird ein Schwergewicht der Umweltpolitik in der nächsten Zeit die Umsetzung der neuen, hohen umweltpolitischen Anforderungen in die Praxis sein. Dies kann nur im engen Zusammenwirken zwischen allen Beteiligten, insbesondere zwischen den für den Vollzug zuständigen Ländern und den Verursachern, möglichst reibungslos und erfolgreich geleistet werden.

Da viele Umweltbelastungen die nationalen Grenzen überschreiten und der Schutz der Umwelt in Europa unterschiedlichen Rang genießt, muß eine wirksame Umweltpolitik in der Europäischen Gemeinschaft und im internationalen Rahmen vorangetrieben werden. Die Bundesregierung wird sich daher auch weiterhin intensiv um ein international besser abgestimmtes Vorgehen im Umweltschutz bemühen, und zwar nicht nur aus Umwelt-, sondern auch aus Wettbewerbsgründen. Sie drängt bei den Verhandlungen in der Europäischen Gemeinschaft insbesondere bei der Großfeuerungsanlagen- und der Gasölnichtlinie auf rasche weitere Fortschritte. Mit ihrer verstärkten Aktivität stößt die Bundesregierung auf zunehmende Resonanz bei ihren westlichen und östlichen Nachbarn. Dies hat in jüngster Zeit auch die internationale Konferenz über Fragen der Sicherheit der Kernenergie in Wien gezeigt, die auf deutsche Initiative hin zustande kam. Auch auf dem Wiener Folgetreffen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) setzt sich die Bundesregierung für eine Stärkung der Zusammenarbeit im Umweltschutz ein.

Die Verhandlungen der Bundesregierung mit der DDR über den Abschluß einer Umweltvereinbarung, in deren Rahmen die Verminderung weiträumiger Schadstofftransporte von besonderer Bedeutung ist, sind inzwischen weit fortgeschritten.

Kostengünstige, sichere und umweltgerechte Energieversorgung

56. Im September 1986 hat die Bundesregierung ihren Energiebericht vorgelegt. Sie konnte darin auf große Erfolge der Energiepolitik bei den Zielen der Versorgungssicherheit, der rationellen Verwendung von Energie, der Versorgung zu international wettbewerbsfähigen Bedingungen und bei der Verbesserung des Umweltschutzes verweisen. Für die im Energiebericht ausführlich dargelegte Ausgestaltung der Energiepolitik gilt, daß sie dann am wirkungsvollsten ist, wenn die Kräfte des Marktes genutzt, freie Entscheidungen der Investoren und

Verbraucher ermöglicht und staatliche Eingriffe auf das Unerläßliche beschränkt werden. Künftig geht es insbesondere um die Wiederherstellung eines möglichst weitgehenden Konsenses mit allen Beteiligten, insbesondere in den Bereichen der Kohle- und Kernenergiepolitik. Die Bundesregierung fordert alle Bundesländer auf, in der Energiepolitik und insbesondere hinsichtlich der Nutzung von Kohle und Kernenergie bald wieder zu gemeinsamen Grundsätzen zurückzukehren.

57. Die Bundesregierung wird — wie im Energiebericht angekündigt — ihre Kohlepolitik im Interesse der Versorgungssicherheit und der im Bergbau arbeitenden Menschen fortsetzen. Wegen der Verschlechterung der Wettbewerbssituation der deutschen Steinkohle durch den Verfall der Weltenergiepreise und die Dollarabwertung sieht der Bundeshaushalt 1987 erheblich höhere Ausgaben bei der Kokskohlebeihilfe vor. Die Verpflichtung der Bergbauunternehmen zum Rückkauf der Nationalen Kohlereserve wird um bis zu zwei Jahre verschoben. Der Bergbau soll aber Chancen nutzen, so bald wie möglich Kohlemengen aus der Reserve in den Markt einzuschleusen.

Die Ölpreisentwicklung macht es erforderlich, die Ausgleichsabgabe nach dem Verstromungsgesetz (Kohlepfennig) im Frühjahr 1987 erneut anzuheben, um den Verstromungsfonds zu stabilisieren, der seinerzeit dazu geschaffen worden ist, den Ölanteil in der Stromerzeugung zu beschränken und in ausreichendem Maße den Einsatz deutscher Steinkohle in der Elektrizitätswirtschaft zu sichern. Die Bundesregierung wird die in der nächsten Legislaturperiode anstehenden Verhandlungen über eine Anschlußregelung an den „Jahrhundertvertrag“ nach 1995 aktiv begleiten.

Der Sachverständigenrat fordert erneut eine grundlegende Reform der Kohlepolitik (Ziffern 332 f. JG). Die Bundesregierung hat sich mit diesen Vorstellungen bereits im Jahreswirtschaftsbericht 1984 kritisch auseinandergesetzt. Mit einer „Sicherheitsprämie“ in der vom Sachverständigenrat vorgeschlagenen Form kann der Bergbau seine Aufgaben nicht hinreichend erfüllen.

Dem Sachverständigenrat ist zuzustimmen, wenn er auf die Bedeutung der höheren Kosten der deutschen Kohle verweist. Die Bundesregierung hat im Energiebericht ihre Besorgnis über die wachsenden Aufwendungen für die deutsche Steinkohle deutlich gemacht, die die öffentlichen Haushalte und die Stromverbraucher belasten. Sie hat deshalb den Steinkohlebergbau aufgefordert, in allen Bereichen Kostendisziplin zu wahren, und von den Unternehmen konsequente Anstrengungen zur Ausschöpfung der bestehenden Rationalisierungsmöglichkeiten und eine möglichst kostengünstige Gestaltung ihrer Förderung verlangt.

58. Die Bundesregierung hat ihre Haltung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie nach dem Unfall von Tschernobyl mehrfach — besonders im Energiebericht — deutlich dargelegt. Für die Nutzung der Kernenergie hat Sicherheit Vorrang vor wirtschaftlichen Erwägungen. Bei dem hohen Si-

cherheitsstandard der deutschen Kernkraftwerke ist ihr Betrieb weiter verantwortbar. Die Nutzung der Kernkraft ist notwendig, um eine Stromerzeugung zu international wettbewerbsfähigen Preisen zu erhalten. Ein Verzicht ist gegenwärtig und auf absehbare Zeit nicht vertretbar, weil bessere Alternativen im Hinblick auf Versorgungssicherheit, Umweltfreundlichkeit und Preisgünstigkeit derzeit nicht erkennbar sind. Die Bemühungen um eine nachhaltige Erhöhung des Anteils regenerativer Energiequellen, die die konventionellen Energien in Zukunft ergänzen sollen, werden mit Nachdruck weitergeführt.

59. Auf dem Weltölmarkt hat ein weltweites Überangebot bisher zu einem starken Verfall der Ölpreise und der Preise anderer Energien geführt. Nach Auffassung der Bundesregierung sollen die Vorteile der gesunkenen Energiepreise Wirtschaft und Verbrauchern weiter zugute kommen. Die Bundesregierung fordert die Verbraucher auf, Energie auch weiterhin sparsam einzusetzen und rationell zu verwenden.

Überwindung regionaler Schwierigkeiten

60. Nach der 1985 beschlossenen Weiterentwicklung des Förderinstrumentariums haben Bund und Länder 1986 das Fördergebiet der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ neu abgegrenzt. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Anpassung des Fördersystems der Gemeinschaftsaufgabe an die veränderten Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen. Die neuen Regelungen sollen ab Anfang dieses Jahres gelten; sie bedürfen allerdings noch der Genehmigung durch die EG-Kommission.

Mit der Entscheidung über das künftige Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe wurde das 1982 beschlossene und ursprünglich bis Ende 1985 befristete Sonderprogramm zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen außerhalb der Eisen- und Stahlindustrie in von der Krise der Stahlindustrie besonders betroffenen Regionen bis Ende 1987 verlängert. Das Zonenrandgebiet bleibt insgesamt weiterhin kraft Gesetzes bevorzugtes Fördergebiet, um die fortwirkenden Nachteile aus der Teilung Deutschlands auszugleichen.

Nach Auffassung der Bundesregierung wird mit diesen Beschlüssen das Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe weitgehend mit den tatsächlichen regionalen Problemlagen in Übereinstimmung gebracht. Fehllenkenungen öffentlicher Fördermittel sollen so vermieden, die Effizienz der Regionalförderung gesteigert und der Beitrag der Regionalpolitik zum Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit und zur Erleichterung des Strukturwandels verstärkt werden. Ein Subventionswettbewerb in der Wirtschaftsförderung zwischen den Bundesländern muß vermieden werden.

61. Mit zusätzlichen Maßnahmen hilft die Bundesregierung den norddeutschen Küstenländern bei der Lösung ihrer schwerwiegenden Probleme im Zusammenhang mit der weltweiten Krise im Schiffbau.

Die Bundesregierung hält es für erforderlich, die Anstrengungen zur Flankierung des Anpassungsprozesses in der Schiffbauindustrie in den norddeutschen Küstenregionen zu verstärken, ohne den dort unumgänglichen Kapazitätsabbau zu verzögern. Finanzhilfen des Bundes nach Art. 104 a Abs. 4 GG in Höhe von 300 Mio. DM sowie zusätzlich 120 Mio. DM im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sollen zusammen mit den notwendigen Länderanteilen in den Jahren bis 1989 zur Stärkung der Wirtschaftskraft der gesamten Küstenregion und zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen außerhalb des Schiffbaus beitragen. Die Bundesregierung erwartet von den norddeutschen Ländern, daß sie zur Bewältigung der strukturellen Probleme alle Möglichkeiten der Kooperation ausschöpfen. Das bestehende Fördersystem für Schifffahrt und Schiffbau ist den aktuellen Erfordernissen angepaßt und verbessert worden, ohne den Subventionsumfang insgesamt zu erhöhen. Um Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft abzubauen, hat die Bundesregierung darüber hinaus der 6. EG-Richtlinie über Schiffbaubehilfen zugestimmt. Diese ist ab 1. Januar 1987 gültig und sieht insbesondere Höchstgrenzen für Beihilfen vor, die in den nächsten Jahren degressiv gestaltet werden sollen. Damit sind insgesamt wichtige Voraussetzungen für eine effektivere Strukturanpassung an der Küste geschaffen worden. Von der Werftindustrie wird erwartet, daß sie den unumgänglichen Abbau nicht mehr wirtschaftlicher Kapazitäten zügig fortsetzt.

Förderung der Wirtschaft Berlins

62. Das wirtschaftliche Fundament Berlins ist stabiler und breiter geworden. Industrie und Dienstleistungen entwickeln sich aufwärts. Die Zahl der Arbeitsplätze nimmt deutlich zu. Damit kommen Berlin nicht nur die anhaltend gute wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch kalkulierbare wirtschaftsfördernde politische Rahmenbedingungen zugute. Die Wirksamkeit der Wirtschaftsförderung in Berlin wird derzeit wissenschaftlich untersucht. Auch wird geprüft, wie die Leistungskraft der Berliner Wirtschaft unter anderem durch Verbesserungen im Verkehrswesen, insbesondere beim Eisenbahnverkehr, gestärkt werden kann.

Kontinuität in den innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen

63. Gute Wirtschaftsbeziehungen bleiben nach wie vor ein wichtiges und stabilisierendes Element in den Gesamtbeziehungen der beiden deutschen Staaten. Die Bundesregierung ist bestrebt, den innerdeutschen Handel, bei dem es im letzten Jahr vorwiegend aufgrund der Preisrückgänge auf den internationalen Energie- und Rohstoffmärkten zu Umsatzeinbußen kam, auf der Grundlage der bestehenden Abkommen und Vereinbarungen weiter auszubauen. Sie wird ihre bisherige offene Handelspolitik gegenüber der DDR fortsetzen. Zusätzliche Impulse für einen weiteren Ausbau des Handels könnten sich insbesondere aus einer stärkeren Ausweitung der betrieblichen Zusammenarbeit ergeben.

A. Rückblick auf die Jahresprojektion 1986¹⁾ sowie die tatsächlich eingetretene Entwicklung

1. Gegenüber den Annahmen der zu Beginn des Jahres 1986 vorgelegten Jahresprojektion gab es im Bereich der Außenwirtschaft zwei wichtige Veränderungen. Der Anstieg des Wechselkurses der D-Mark gegenüber dem Dollar hat sich erheblich rascher und stärker fortgesetzt als erwartet. Während zu Jahresbeginn der Dollarkurs noch bei 2,45 DM lag, unterschritt er zum Jahresende 1986 die Schwelle von 2 DM. Außerdem kam es zu einem drastischen Verfall der Mineralölpreise, der weit über das hinausging, was in der Jahresprojektion unterstellt worden war. Die Bundesregierung war dabei von Anfang an bestrebt, die sich aus der Ölverbilligung ergebenden Preis- und Realeinkommenseffekte auf den Märkten voll durchschlagen zu lassen. Dies trug wesentlich dazu bei, daß die Entwicklung der Inlandspreise noch erheblich günstiger als ursprünglich erwartet ausfiel. Durch die weitere deutliche Höherbewertung der D-Mark und die Verschlechterung der Absatzmöglichkeiten in den ölproduzierenden Ländern sind andererseits die Bedingungen für den Export erheblich schwieriger geworden. Insbesondere auf die deutlich unter den Erwartungen gebliebenen Ausfuhren dürfte es zurückzuführen sein, daß die im Jahreswirtschaftsbericht 1986 erwartete Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts von rd. 3 v. H. nicht ganz erreicht worden ist.

Nach den ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hat das Bruttosozialprodukt im Jahresdurchschnitt 1986 real um 2,5 v. H. und damit etwa genauso stark wie im Vorjahr zugenommen; auch das Bruttoinlandsprodukt expandierte real um 2,5 v. H. Wegen des früheren Termins dieses Jahreswirtschaftsberichts mußte das Statistische Bundesamt diesmal seine Sozialproduktsberechnung ebenfalls früher fertigstellen. Wie immer ist den Bearbeitern zu bescheinigen, daß sie dabei mit hohem Sachverstand und großer Sorgfalt vorgegangen sind; das Amt weist aber selbst auf den diesmal notwendigerweise größeren Schätzanteil hin.

Auch im abgelaufenen Jahr war die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion nicht geradlinig sondern durch starke Schwankungen gekennzeichnet. Dem z. T. abermals witterungsbedingten Rückgang zu Jahresbeginn folgte eine kräftige, von der Inlandsnachfrage getragene Aufwärtsbewegung. Im Verlauf des zweiten Halbjahres ist die konjunkturelle Entwicklung in ein ruhigeres Fahrwasser eingetreten.

Die im Jahreswirtschaftsbericht 1986 ausgesprochene Erwartung, wonach es zu einer deutlichen Verlagerung der Wachstumskräfte von der Aus-

lands- auf die Binnennachfrage kommen wird, hat sich als richtig erwiesen. Die Inlandsnachfrage ist wie erwartet real um 3,8 v. H. gestiegen, in der Jahresprojektion war von einer Ausweitung um 3½ bis 4 v. H. ausgegangen worden. In der Struktur der Binnennachfrage ergaben sich aufgrund der erheblichen Änderungen in den außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen freilich Abweichungen gegenüber der Einschätzung vor Jahresfrist. Der Private Verbrauch nahm nach den ersten vorläufigen Berechnungen real um gut 4 v. H. zu und damit stärker als in der Jahresprojektion (+ 3½ v. H.) veranschlagt. Diese günstigere Entwicklung ergab sich durch den im Vergleich zu den Annahmen der Jahresprojektion höheren realen Kaufkraftzuwachs aufgrund der unvorhergesehenen Ölpreis- und Wechselkursentwicklung, die andererseits die Exportentwicklung gleichzeitig stark dämpfte. Auch die Zunahme des Staatsverbrauchs ging mit real 2,5 v. H. über den Ansatz der Jahresprojektion (+ 2 v. H.) hinaus. Dagegen nahmen die Anlageinvestitionen mit real 3,1 v. H. erheblich schwächer als erwartet zu (Jahresprojektion: + 5 bis + 6 v. H.). Die Abweichung betraf in erster Linie die Ausrüstungsinvestitionen. Aber auch die Bauinvestitionen erhöhten sich weniger stark als vor Jahresfrist veranschlagt. Die nach der ersten vorläufigen Berechnung des Statistischen Bundesamtes deutlich geringere Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen (+ 4,6 v. H., Jahresprojektion: + 8 bis + 9 v. H.) ist insofern überraschend, als die im Herbst 1986 vom Ifo-Institut durchgeführte Investitionsbefragung der Industrie sowie die tatsächlichen Investitionsaufwendungen anderer wichtiger, dem Unternehmenssektor zugeordneter Investoren wie der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn ein spürbar höheres Ergebnis hätten erwarten lassen. Nach einer Entwicklung im ersten Halbjahr, die etwa den Erwartungen entsprach, sind offenbar im weiteren Jahresverlauf Investitionspläne in stark exportorientierten Branchen zuletzt nicht mehr mit gleichem Nachdruck wie vorher verfolgt worden. Die geringere Ausweitung der Bauinvestitionen (+ 1,9 v. H., Jahresprojektion: + 3 bis + 4 v. H.) ist einmal auf den Wohnungsbau zurückzuführen, der immer noch zur Schwäche neigte. Zum anderen expandierten auch die gewerblichen Bauten nicht so kräftig wie erwartet. Dagegen nahmen die öffentlichen Bauinvestitionen sogar deutlich stärker als veranschlagt zu. Das Tempo des Lageraufbaus ging real etwas über die Vorstellungen vor einem Jahr hinaus; in nominaler Rechnung fiel die Vorratsveränderung wegen der stark verbilligten Lageraufstockung von Rohöl dagegen merklich niedriger als veranschlagt aus.

Der kontraktive Effekt des Außenbeitrags, der in der Jahresprojektion auf real rd. ½ Prozentpunkt des Bruttosozialprodukts geschätzt worden war, fiel mit mehr als 1 v. H. erheblich gravierender aus. Die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen, in der Jahresprojektion mit einer Zunahme um 3 bis 4 v. H. angesetzt, gingen dabei real um 0,6 v. H. zu-

¹⁾ Jahreswirtschaftsbericht 1986 der Bundesregierung (Drucksache 10/4981)

rück. Diese nachteiligen außenwirtschaftlichen Folgen muß man berücksichtigen, wenn man den positiven Ölpreis- und aufwertungsbedingten Kaufkraftzuwachs im Innern betrachtet.

Zwar war wegen des geringeren Wachstums der gesamten Güterverwendung (Inlandsnachfrage zuzüglich Ausfuhr) — diese nahm real nur um 2,6 v. H. statt wie projiziert um 3½ bis 4 v. H. zu — auch die Importsteigerung mit 3,1 v. H. schwächer als vorausgeschätzt (Jahresprojektion: +5½ v. H. bis +6½ v. H.), per Saldo bildete sich der Außenbeitrag real aber stärker als erwartet zurück.

2. Die Zahl der Erwerbstätigen lag im Jahresdurchschnitt um 263 Tsd. oder 1 v. H. höher als im Jahr zuvor; die Zahl der erwerbstätigen Inländer erreichte damit das im Jahreswirtschaftsbericht erwartete Niveau von rd. 25,8 Mio. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer nahm um 246 Tsd., die der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen um 17 Tsd. zu. Die Beschäftigungszunahme konzentrierte sich auf das Verarbeitende Gewerbe sowie auf die Dienstleistungsbereiche.

Als zutreffend hat sich die Erwartung herausgestellt, daß es 1986 erstmals nach 1979 auch im Jahresdurchschnitt wieder zu einer Senkung der Arbeitslosenzahl kommen werde, wenn auch der Abbau nicht so zügig wie vorausgeschätzt voranging. Im Jahresdurchschnitt lag die Arbeitslosenzahl mit 2,228 Mio. um 76 Tsd. unter dem Niveau des Jahres 1985, erwartet worden war ein Abbau auf ca. 2,15 Mio.

Der Arbeitsmarkt ist im übrigen viel stärker in Bewegung, als in Stichtagsgrößen wie dem Bestand an Arbeitslosen und offenen Stellen zum Ausdruck kommt. Nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung von Anfang 1986 werden im Laufe eines Jahres zwischen sechs und sieben Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse begonnen und beendet. In knapp einem Drittel der Fälle wechseln Arbeitnehmer innerhalb von wenigen Tagen von einem Arbeitgeber zum anderen, ohne dabei arbeitslos zu werden. Im Durchschnitt wird daher jährlich etwa jeder dritte Arbeitsplatz neu besetzt.

Wirtschaftliches Wachstum und Strukturwandel sind wichtige Auslöser für diese Fluktuationen; sie führen dabei auch zu einer Verschiebung der Produktionsstruktur und somit notwendigerweise auch zu Veränderungen in den Qualifikationsanforderungen der Arbeitsplätze. Zwar kann von einem globalen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften derzeit nicht generell gesprochen werden. Eine gewisse Spaltung des Arbeitsmarktes — einerseits Arbeitslosigkeit, andererseits akute Arbeitskräftenachfrage — zeigt sich jedoch in bestimmten Ballungsgebieten. Hier werden insbesondere Arbeitskräfte gesucht, an die spezifische Anforderungen gestellt werden und die in der Lage sind, mit neuen Techniken umzugehen.

3. Erheblich günstiger als erwartet verlief die Preisentwicklung im Inland. Mit Ausnahme der Baupreise lag das Preisniveau für alle Endnachfra-

gekomponenten niedriger als in der Jahresprojektion angenommen. Die aufgrund der positiven binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bereits vor Jahresfrist als günstig eingeschätzten Preisperspektiven sind im Gefolge der unerwartet kräftigen Ölpreis- und Wechselkursbedingten Einfuhrpreissenkungen im Ergebnis noch erheblich besser ausgefallen. Die Verbraucherpreise in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung lagen bei Zugrundelegung der tatsächlichen Verbrauchsverhältnisse im Jahresdurchschnitt sogar um 0,5 v. H. unter dem Vorjahresniveau, in der Jahresprojektion war dagegen mit einem Anstieg um rd. 1½ v. H. gerechnet worden. Der monatlich berechnete und veröffentlichte Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, der auf einem konstanten Wägungsschema beruht, ging mit 0,2 v. H. etwas weniger zurück. Der Preisindex für die gesamte Inlandsnachfrage, also Verbrauch und Investitionen, nahm um 0,1 v. H. zu (Jahresprojektion: + rd. 2 v. H.).

Die Verteuerung der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung im Inland, wie sie am Preisindex für das Bruttosozialprodukt gemessen wird, fiel dagegen mit 3,1 v. H. erheblich kräftiger als erwartet aus (Jahresprojektion: + rd. 2½ v. H.). Die Lohnstückkosten nahmen gegenüber den Annahmen der Jahresprojektion — primär wegen des schwächeren Produktivitätsanstiegs — etwas stärker zu; die Hauptursache der deutlichen Verteuerung der inländischen Wertschöpfung ergibt sich daraus, daß die Senkung der Einfuhrpreise nicht unmittelbar und in voller Höhe an die Endnachfrager weitergegeben wurde. Solche Prozesse benötigen — z. T. schon technisch bedingt — Zeit.

4. Aus der etwas schwächeren realen Ausweitung und dem kräftigeren Anstieg des Preisindex des Sozialprodukts resultiert ein nominaler Anstieg des Bruttosozialprodukts, der mit 5,6 v. H. etwa dem Ansatz der Jahresprojektion (+ rd. 5½ v. H.) entspricht.

Aufgrund der erfreulichen Preisentwicklung blieb dabei die nominale Expansion der Inlandsnachfrage mit 3,9 v. H. unter der in der Jahresprojektion genannten Marge (+5 bis +6 v. H.). Dies wurde jedoch mehr als aufgewogen durch die Wirkungen des überaus kräftigen Ölpreis- und Wechselkursbedingten Einfuhrpreisrückgangs auf die Ausweitung des nominalen Außenbeitrags. Wegen der ungewöhnlich hohen terms-of-trade-Verbesserung — in diesem Fall aufgrund des sehr viel stärkeren Einfuhr- als Ausfuhrpreisrückgangs — erhöhte sich der Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs mit dem Ausland nominal um fast 35 Mrd. DM auf 107,3 Mrd. DM; das sind 5,5 v. H. des Bruttosozialprodukts. Bei dieser nominalen Betrachtung ist zu beachten, daß allein die Entlastung bei den Nettoimporten von Rohöl und Mineralölprodukten sich schätzungsweise auf rd. 33 Mrd. DM belaufen haben dürfte. Erwartet worden war dagegen auf der Grundlage einer erheblich schwächeren terms-of-trade-Verbesserung nur eine geringfügige Ausweitung und damit eine Stabilisierung des nominalen Außenbeitrags bei 4 v. H. des Bruttosozialprodukts.

Der Saldo der Transaktionen im Waren-, Dienstleistungs- und Übertragungsverkehr mit der übrigen Welt — in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — belief sich damit auf rd. 73 Mrd. DM oder 3,7 v. H. des Bruttosozialprodukts; in der Jahresprojektion war dagegen für die Leistungsbilanz von einem gegenüber dem Vorjahr konstant bleibenden Anteil von ca. 2 v. H. des Bruttosozialprodukts ausgegangen worden. In realer Rechnung haben sich dagegen die außenwirtschaftlichen Überschüsse bereits deutlich und — wie in Ziffer 1 erwähnt — stärker als erwartet zurückgebildet.

5. Das Volkseinkommen hat bei unterproportional zunehmenden Abschreibungen und indirekten Steuern mit 6,3 v. H. etwas stärker zugenommen als vor einem Jahr unterstellt worden war (+5 bis +6 v. H.). Dabei blieb der Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer mit 3,8 v. H. im Bereich der erwarteten Spanne (+3½ bis +4 v. H.). Unter Berücksichtigung der Beschäftigungsausweitung und des Anstiegs der Sozialbeiträge der Arbeitgeber nahmen die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit insgesamt mit 5,0 v. H. ebenfalls wie erwartet zu (Jahresprojektion: +4½ bis +5½ v. H.). Der stärkere Zuwachs des Volkseinkommens schlug sich somit schwergewichtig in einer kräftigeren Ausweitung der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nieder. Diese stiegen um 9,4 v. H.; in der Jahresprojektion war eine Zunahme von 6 bis 7 v. H. veranschlagt worden. Die um Änderungen in der Beschäftigungsstruktur seit 1970 bereinigte Lohnquote verringerte sich weiter auf 65,7 v. H.

6. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung weiteten sich um 4,0 v. H. insgesamt entsprechend der Obergrenze der Jahresprojektion aus (+3 bis +4 v. H.). Dabei blieb der Anstieg des Staatsverbrauchs mit 4,7 v. H. innerhalb der angenommenen Marge von +4 bis +5 v. H. Hierin kommt einmal die ungebrochene Ausgabenexpansion im Bereich der Sachleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung zum Ausdruck. Aber auch Länder und Gemeinden haben ihre Sach- und Personalausgaben wieder stärker als in den Jahren zuvor ausgedehnt. Die entsprechenden Ausgaben im Bereich des Bundes haben dagegen unterdurchschnittlich zugenommen. Die Einkommens- und Vermögensübertragungen (einschl. Zinsen), auf die mehr als die Hälfte der öffentlichen Ausgaben entfällt, blieben mit einer Anstiegsrate von 3,1 v. H. ebenfalls im Rahmen der Jahresprojektion (+2½ bis +3½ v. H.). Kräftig — und zwar deutlich höher als erwartet — stiegen die öffentlichen Investitionen mit +8,4 v. H. (Jahresprojektion: +4 bis +6 v. H.). Nach jahrelangen Rückgängen bei den öffentlichen Investitionsausgaben trägt dies zur Stärkung des Wirtschaftswachstums bei.

Die Entwicklung der öffentlichen Einnahmen entsprach mit +4,1 v. H. insgesamt den Erwartungen (Jahresprojektion: +3½ bis +4½ v. H.). Dies gilt für die Steuern (+3,6 v. H., Jahresprojektion: +3 bis

+4 v. H.) wie für die Sozialversicherungsbeiträge (+5,3 v. H., Jahresprojektion: +5 bis +6 v. H.). Lediglich die sonstigen Einnahmen, die freilich von geringerem Gewicht sind, nahmen mit 2,4 v. H. geringfügig stärker als veranschlagt (+1 bis +2 v. H.) zu.

Aufgrund des in etwa parallelen Ausgaben- und Einnahmenanstiegs blieb das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte (in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) mit 19,9 Mrd. DM praktisch unverändert (1985: 19,8 Mrd. DM). In der Jahresprojektion war von einem geringfügigen Abbau ausgegangen worden. Eine Ausweitung des Defizits ergab sich ausschließlich bei den Gebietskörperschaften, während sich im Sozialversicherungsbereich die Überschussposition erwartungsgemäß festigte. Insgesamt betrug der Anteil des staatlichen Finanzierungsdefizits — in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — 1,0 v. H. des Bruttosozialprodukts und entsprach damit der der Jahresprojektion zugrundegelegten Größenordnung (rd. 1 v. H.).

7. Diesem nahezu unveränderten öffentlichen Finanzierungsdefizit stand eine durch die Auswei-

Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors im Jahre 1986

(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)

	Jahresprojektion der Bundesregierung	Tatsächliche Entwicklung ³⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.	
Einnahmen		
Steuern	+ 3 bis + 4	+ 3,6
Sozialbeiträge ¹⁾	+ 5 bis + 6	+ 5,3
Sonstige Einnahmen ...	+ 1 bis + 2	+ 2,4
Einnahmen insgesamt	+ 3½ bis + 4½	+ 4,1
Ausgaben		
Staatsverbrauch	+ 4 bis + 5	+ 4,7
Einkommens- und Vermögensübertragungen ²⁾	+ 2½ bis + 3½	+ 3,1
Investitionen	+ 4 bis + 6	+ 8,4
Ausgaben insgesamt	+ 3 bis + 4	+ 4,0
Finanzierungssaldo in Mrd. DM	-15 bis -20	-19,9
(in % des BSP)	(-rd. 1)	(- 1,0)

¹⁾ Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds

²⁾ Einschließlich Zinsen

³⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1987

Internationaler Vergleich ausgewählter Wirtschaftsdaten

	1982	1983	1984	1985	1986 ⁴⁾	1982	1983	1984	1985	1986 ⁴⁾
	Wirtschaftswachstum Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H. ¹⁾					Verbraucherpreise Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H. ²⁾				
Bundesrepublik Deutschland	- 1,0	+ 1,8	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,5	+ 5,3	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,2	- 0,5
USA	- 2,1	+ 3,6	+ 6,4	+ 2,7	+ 2 ³ / ₄	+ 6,1	+ 3,2	+ 4,3	+ 3,5	+ 2 ¹ / ₄
Japan	+ 3,3	+ 3,2	+ 5,1	+ 4,5	+ 2 ¹ / ₄	+ 2,7	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,1	+ ³ / ₄
Frankreich	+ 1,8	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,4	+ 2	+ 11,8	+ 9,6	+ 7,4	+ 5,8	+ 2 ¹ / ₄
Großbritannien ...	+ 1,9	+ 3,4	+ 3,0	+ 3,5	+ 2 ¹ / ₄	+ 8,6	+ 4,6	+ 5,0	+ 6,1	+ 4
Italien	- 0,5	- 0,2	+ 2,8	+ 2,3	+ 2 ¹ / ₂	+ 16,5	+ 14,6	+ 10,8	+ 9,2	+ 6 ¹ / ₄
Kanada	- 4,4	+ 3,1	+ 5,5	+ 4,0	+ 3	+ 10,8	+ 5,9	+ 4,3	+ 4,0	+ 4
Spanien	+ 1,2	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,1	+ 3	+ 14,4	+ 12,2	+ 11,3	+ 8,8	+ 8 ¹ / ₂
Niederlande	- 1,5	+ 1,4	+ 2,3	+ 1,8	+ 1 ¹ / ₂	+ 6,0	+ 2,8	+ 3,3	+ 2,3	0
Schweden	+ 0,8	+ 2,4	+ 3,4	+ 2,3	+ 2 ¹ / ₄	+ 8,6	+ 8,9	+ 8,0	+ 7,4	+ 4 ¹ / ₂
Schweiz	- 1,1	+ 0,8	+ 1,6	+ 4,0	+ 2	+ 5,6	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,4	+ ³ / ₄
Belgien	+ 1,5	- 0,1	+ 1,3	+ 1,1	+ 2	+ 8,7	+ 7,7	+ 6,3	+ 4,9	+ 1 ¹ / ₄
Österreich	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,0	+ 3,0	+ 2 ¹ / ₄	+ 5,4	+ 3,3	+ 5,6	+ 3,2	+ 1 ¹ / ₂
Dänemark	+ 3,0	+ 2,0	+ 3,4	+ 3,8	+ 2 ³ / ₄	+ 10,1	+ 6,9	+ 6,3	+ 4,7	+ 3 ¹ / ₂
Finnland	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,8	+ 1 ¹ / ₂	+ 9,6	+ 8,3	+ 7,1	+ 5,9	+ 3 ¹ / ₄
Norwegen	+ 0,3	+ 4,5	+ 5,6	+ 4,2	+ 4 ¹ / ₄	+ 11,3	+ 8,4	+ 6,2	+ 5,7	+ 7 ¹ / ₄
OECD-Länder insgesamt	- 0,3	+ 2,7	+ 4,7	+ 3,0	+ 2 ¹ / ₂	+ 7,8	+ 5,2	+ 5,2	+ 4,5	+ 2 ³ / ₄
	Arbeitslose in v. H. aller Erwerbspersonen ³⁾					Leistungsbilanz in v. H. des BSP bzw. BIP				
Bundesrepublik Deutschland	6,7	8,1	8,1	8,2	7,9	0,6	0,6	1,1	2,1	3,8
USA	9,7	9,6	7,5	7,2	7	- 0,3	- 1,4	- 2,8	- 2,9	- 3,3
Japan	2,4	2,7	2,7	2,6	2 ³ / ₄	0,6	1,8	2,8	3,7	4,2
Frankreich	8,1	8,5	10,0	10,2	10 ¹ / ₂	- 2,2	- 0,9	- 0,2	0	0,5
Großbritannien ...	11,0	11,6	11,6	11,8	11 ³ / ₄	1,5	1,1	0,5	1,0	0
Italien	9,0	9,8	10,3	10,6	11 ¹ / ₄	- 1,6	0,2	- 0,8	- 1,2	0,9
Kanada	11,1	11,9	11,3	10,5	9 ³ / ₄	0,8	0,7	0,8	- 0,1	- 1,8
Spanien	16,3	17,7	20,8	21,9	21 ¹ / ₂	- 2,3	- 1,6	1,3	1,6	2,0
Niederlande	12,4	15,0	15,4	14,3	13 ¹ / ₂	2,6	2,8	4,1	4,3	4,3
Schweden	3,1	3,3	3,0	2,8	2 ¹ / ₂	- 3,5	- 1,0	0,4	- 1,2	1,3
Schweiz	0,4	0,8	1,1	1,0	1	4,1	4,0	4,8	5,6	5,8
Belgien	11,9	12,9	12,9	12,1	11 ¹ / ₄	- 2,8	- 0,4	0	1,0	3,3
Österreich	3,4	4,1	3,8	3,6	4	0,7	0,3	- 0,3	0	0,1
Dänemark	9,8	10,5	10,0	8,9	7 ³ / ₄	- 4,0	- 2,1	- 3,0	- 4,6	- 5,2
Finnland	5,9	6,1	6,2	6,3	7	- 1,6	- 1,9	0	- 1,4	- 1,0
Norwegen	2,6	3,3	3,0	2,5	2	1,2	3,7	5,4	5,1	- 6,8
OECD-Länder insgesamt	8,3	8,8	8,4	8,3	8 ¹ / ₄	- 0,4	- 0,4	- 0,8	- 0,7	- 0,2

¹⁾ Bruttosozialprodukt bzw. Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen

²⁾ Index der Verbraucherpreise, für 1986 teilweise Deflator des Privaten Verbrauchs

³⁾ Nationale Definition der Arbeitslosen

⁴⁾ Schätzungen der OECD, für Bundesrepublik Deutschland amtliche Angaben bzw. eigene Berechnungen

Quellen: OECD, für Bundesrepublik Deutschland nationale Quellen

**Gegenüberstellung der tatsächlichen Entwicklung im Jahre 1986
mit der Jahresprojektion der Bundesregierung**

	Jahresprojektion	Tatsächliche Entwicklung ⁴⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.	
Entstehung des Sozialprodukts		
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 (BIP)	+ rd. 3	+ 2,5
Erwerbstätige	+ rd. 1	+ 1,0
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- rd. 1/2	- 0,8
BIP je Erwerbstätigen	+ rd. 2	+ 1,5
BIP je Erwerbstätigenstunde	+ rd. 2 1/2	+ 2,3
<i>nachrichtlich:</i>		
Arbeitslosenquote in v. H. A ¹⁾	(rd. 8 1/2)	(9,0)
B ²⁾	(rd. 7 1/2)	(7,9)
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen		
Privater Verbrauch	+ 4 1/2 bis + 5 1/2	+ 3,6
Staatsverbrauch	+ 4 bis + 5	+ 4,7
Bruttoanlageinvestitionen	+ 7 bis + 8	+ 4,4
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	(+ 8 bis + 12) ³⁾	(+ 5,6)
Inlandsnachfrage	+ 5 bis + 6	+ 3,9
Außenbeitrag (Mrd. DM)	(+ 72 bis + 76)	(+ 107,3)
(in v. H. des BSP)	(rd. 4)	(5,5)
Bruttosozialprodukt	+ rd. 5 1/2	+ 5,6
In Preisen von 1980		
Privater Verbrauch	+ rd. 3 1/2	+ 4,1
Staatsverbrauch	+ rd. 2	+ 2,5
Bruttoanlageinvestitionen	+ 5 bis + 6	+ 3,1
Ausrüstungen	+ 8 bis + 9	+ 4,6
Bauten	+ 3 bis + 4	+ 1,9
Inlandsnachfrage	+ 3 1/2 bis + 4	+ 3,8
Ausfuhren	+ 3 bis + 4	- 0,6
Einfuhren	+ 5 1/2 bis + 6 1/2	+ 3,1
Bruttosozialprodukt	+ rd. 3	+ 2,5
Preisentwicklung		
Privater Verbrauch	+ rd. 1 1/2	- 0,5
Inlandsnachfrage	+ rd. 2	+ 0,1
Bruttosozialprodukt	+ rd. 2 1/2	+ 3,1
Verteilung des Volkseinkommens		
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	+ 4 1/2 bis + 5 1/2	+ 5,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 6 bis + 7	+ 9,4
Volkseinkommen	+ 5 bis + 6	+ 6,3
<i>nachrichtlich:</i>		
Bruttolöhne- und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer	+ 3 1/2 bis + 4	+ 3,8
Beschäftigte Arbeitnehmer	+ rd. 1	+ 1,1
Sparquote	(rd. 11 1/2)	(11,9)

¹⁾ Bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen

²⁾ Bezogen auf alle Erwerbspersonen

³⁾ Angepaßt an die inzwischen revidierten Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes für 1985

⁴⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1987

tung des verfügbaren Einkommens ermöglichte steigende Geldvermögensbildung der privaten Haushalte gegenüber. Die Sparquote erhöhte sich. Der Fremdmittelbedarf des Unternehmenssektors (einschl. Wohnungswirtschaft) hat per Saldo stark abgenommen, da die Eigenmittel erheblich kräftiger als die Bruttoinvestitionen expandierten. Insgesamt wurde die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte nur zu etwa 40 v. H. (1985 noch zu zwei Dritteln) zur Finanzierung der Defizite von Staat und Unternehmen (einschl. Wohnungswirtschaft) benötigt. Rd. 60 v. H. des Mittelaufkommens stellen den stark ausgeweiteten Forderungsaufbau gegenüber der übrigen Welt dar, was auch in dem erheblich gestiegenen nominalen Leistungsbilanzüberschuß zum Ausdruck kommt.

B. Jahresprojektion 1987

8. Anhaltend gute, vom Privaten Verbrauch und den Investitionen getragene Binnennachfrage, weiter zunehmende Beschäftigung, weitgehend stabiler Geldwert und Fortschritte auf dem Weg zum außenwirtschaftlichen Gleichgewicht — die voraussichtlichen Merkmale der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 1987 — werden in ihrer Grundtendenz von der Bundesregierung nicht anders als vom Sachverständigenrat beurteilt (Ziffer 185 JG). Bei der Umsetzung in quantitative Größenvorstellungen spielt die Einschätzung der Ausgangsbasis eine große Rolle. Die Jahresprojektion baut auf den vorläufigen Sozialproduktsberechnungen des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 1986 auf. Danach ist der Sozialproduktsanstieg 1986 doch nicht so niedrig ausgefallen, wie der Sachverständigenrat bei der Vorlage seines jüngsten Gutachtens geschätzt hatte. Diese etwas höhere Ausgangsbasis ist ein Grund dafür, warum die Bundesregierung mit rd. 2½ v. H. (s. Ziffern 11 und 12) auch ein etwas höheres Wachstum im Jahresdurchschnitt als der Sachverständigenrat für erreichbar hält.

Die meisten Beobachter schätzen die Perspektiven für 1987 jetzt etwas vorsichtiger als noch vor einiger Zeit ein. Zum Teil ist dies eine Reaktion auf die Entwicklung von kurzfristigen Konjunkturindikatoren in jüngster Zeit, die auf einen vorübergehend schwächeren Anstiegswinkel hindeuten könnte. Diesen hat es jedoch in den letzten vier Jahren häufiger gegeben, ohne daß dadurch die Fortsetzung des Aufschwungs infrage gestellt wurde. Am aktuellen Rand entsteht nicht selten Unsicherheit über den für die jüngste Vergangenheit registrierten und den für die nahe Zukunft erwarteten Verlauf der konjunkturellen Entwicklung. Diese Unsicherheit hat ihre Ursache in den mitunter starken Schwankungen wichtiger kurzfristiger Indikatoren im Jahresverlauf, die auch durch Saisonbereinigungsverfahren nicht ausgeschaltet werden können. Nach Auffassung der Bundesregierung sollte eine gesamtwirtschaftliche Analyse ihr Augenmerk hauptsächlich auf das gesamtwirtschaftliche Umfeld, auf Richtung, Stärke und Determinanten der einzelnen Komponenten der Gesamtnachfrage sowie auf die grundlegende Konstitution der Wirtschaft legen.

Um dieser Anforderung gerecht zu werden, muß jede gesamtwirtschaftliche Vorausschätzung oder Projektion mit einer Reihe von Annahmen und Bedingungen arbeiten, die selbst wieder im Rahmen einer Unsicherheitsmarge nach dem jeweiligen Kenntnisstand als wahrscheinlich bzw. realistisch angesehen werden. Eine Projektion hat auch den beabsichtigten weiteren Kurs der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu berücksichtigen.

Zu den außenwirtschaftlichen Annahmen der Jahresprojektion gehört die Erwartung, daß sich die Expansion von Weltkonjunktur und Welthandel 1987 etwa in dem bisherigen Tempo fortsetzen. Anpassungsreaktionen an erheblich veränderte Rahmenbedingungen, insbesondere deutlich gesunkene Weltmarktpreise für Rohöl und Verschiebungen im Wechselkursgefüge, bleiben für die Entwicklung des Welthandels zunächst noch bestimmend. In Anlehnung an die meisten nationalen und internationalen Institutionen geht auch die Jahresprojektion von einer Zunahme des Welthandels für 1987 um 3 bis 4 v. H. aus. Dabei ist unterstellt, daß der grenzüberschreitende Warenverkehr bei Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der internationalen Finanzmärkte weder durch weitere protektionistische Maßnahmen noch durch Wechselkurssturbulenzen zusätzlich behindert wird. Als weitere Annahme ist in der Jahresprojektion unterstellt, daß sich die Angebots- und Nachfragekräfte auf dem Weltölmarkt kaum verändern und der US-Dollarpreis für Rohöl etwa auf dem zur Jahreswende 1986/87 erreichten Niveau verharret. Ferner wird angenommen, daß die jetzt verstärkten Anstrengungen in den USA, Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung zu erzielen, zusammen mit der weltweiten Rückführung der Inflationsraten das internationale Zinsniveau niedrig halten werden.

Zu den binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gehört einmal die Annahme, daß die im Finanzplanungsrat bekräftigte Ausgabendisziplin der öffentlichen Haushalte eingehalten wird. Dem steht eine überdurchschnittliche Ausweitung der öffentlichen Investitionsausgaben nicht entgegen. Außerdem wird davon ausgegangen, daß das Geldmengenziel diesmal wieder realisiert werden kann und die gestiegene und weiter zunehmende Geldversorgung zu einer Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion genutzt wird und nicht zu einem sich beschleunigenden Anstieg des Preisniveaus führt. Ferner gehört es zu den Annahmen der Jahresprojektion, daß die Tarifvertragsparteien den gegenüber dem Vorjahr deutlich niedrigeren realen Verteilungsspielraum bei ihren Entscheidungen über den nominalen Einkommenszuwachs bzw. weitere Arbeitszeitverkürzungen beachten. Von gravierenden Auseinandersetzungen um das Verteilbare, die den Wirtschaftsablauf beeinträchtigen, wurde dabei nicht ausgegangen.

Im wesentlichen entsprechen diese Annahmen auch den Setzungen des Sachverständigenrates (Ziffer 153 ff. JG).

9. Aufgrund der vorherrschenden Tendenzen ist abermals damit zu rechnen, daß die deutschen Ex-

porte real schwächer als die gesamtwirtschaftliche Produktion expandieren werden, während das Importvolumen wiederum deutlich überdurchschnittlich zunehmen wird. Der reale Außenbeitrag wird also erneut erheblich zurückgehen.

Wenn der Welthandelsanstieg in der Jahresprojektion, wie erwähnt, auf 3 bis 4 v. H. veranschlagt wird, muß man sich bewußt sein, daß solche Quantifizierungen in Zeiten mit starken Wechselkurschwankungen mit einer größeren Unsicherheit als sonst versehen sind. Dies gilt auch für Berechnungen der Welthandelsexpansion in der jüngeren Vergangenheit. Die Zunahme des internationalen Warenaustausches spiegelt im wesentlichen die Dynamik im Handel der Industrieländer untereinander wider. Diese ist getragen von einer anhaltenden Expansion der Binnennachfrage, die sich in Japan etwa im Ausmaß wie 1986 fortsetzen und in Westeuropa eher noch verstärken dürfte. In den Vereinigten Staaten könnte die Konjunktur infolge der starken Abwertung des US-Dollars mehr vom Export und einer niedrigeren Importneigung geprägt werden. Dies bedeutet — auch nach Meinung des Sachverständigenrates — einen Anstieg der Produktion in den Industrieländern etwa im Tempo des Vorjahres, wobei die Wachstumsunterschiede zwischen den großen Ländern bzw. Ländergruppen voraussichtlich gering sein werden (Ziffer 158 JG). Die Impulse für den Welthandel, die von den OPEC-Ländern und den nicht-ölexportierenden Entwicklungsländern ausgehen, dürften insgesamt begrenzt bleiben.

An der Expansion des Welthandels wird die deutsche Exportwirtschaft voraussichtlich 1987 nur unterproportional teilhaben. Zwar kann damit gerechnet werden, daß die deutschen Exportmärkte, also die mit den deutschen Exportanteilen gewichtete Importentwicklung der Partnerländer, etwa im gleichen Ausmaß wie die weltweite Importnachfrage nach verarbeiteten Erzeugnissen steigen werden (ca. 4 v. H.). Angesichts der starken realen effektiven Aufwertung der D-Mark — zwischen dem ersten Halbjahr 1985 und dem zweiten Halbjahr 1986 ergab sich bei Zugrundelegung des von der Deutschen Bundesbank verwendeten Berechnungsverfahren ein Anstieg um insgesamt rd. 8 v. H. — sind abermals Marktanteilsverluste am Welthandel nicht auszuschließen, wobei sich die starke Aufwertung der D-Mark insbesondere gegenüber dem US-Dollar, aber auch gegenüber dem Pfund Sterling, nicht nur nachteilig auf die deutschen Exporte im jeweiligen Währungsraum sondern auch auf die Konkurrenzfähigkeit auf Drittlandsmärkten auswirken könnte. Die Marktanteilsverluste können allerdings in dem Umfang in Grenzen gehalten werden, in welchem die Unternehmen ihre Margen im Exportgeschäft den veränderten Wettbewerbsverhältnissen anpassen. So weist auch der Sachverständigenrat darauf hin, daß die Erfahrungen mit den D-Mark-Aufwertungen in den frühen siebziger Jahren gezeigt hätten, daß die Unternehmen bestrebt sind, Auslandsmärkte notfalls auch mit Preiszugeständnissen zu halten (Ziffer 169 JG). Auch wenn sich die reale Aufwertung nicht fortsetzt, dürfte das Exportgeschäft noch einige Zeit

ohne Schwung bleiben, da die Anpassung an veränderte Währungsrelationen in der Regel mit erheblichen zeitlichen Verzögerungen verbunden ist. Erst für den späteren Verlauf des Jahres wird daher wieder — auch unter Berücksichtigung weiterer Preiszugeständnisse — von einer sichtbar aufwärtsgerichteten Exportentwicklung ausgegangen. Aufgrunddessen sowie unter Berücksichtigung wieder zunehmender Dienstleistungseinnahmen geht die Jahresprojektion von einer

nominalen Zunahme der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen um 0 bis 1 v. H.

aus (1986: -2,1 v. H.). Real würde dies einem Anstieg um 1 bis 2 v. H. entsprechen (1986: -0,6 v. H.).

10. Anders als von der Ausfuhrentwicklung werden vom

Anstieg der Inlandsnachfrage

1987, ebenso wie 1986, kräftige Wachstumsimpulse ausgehen. Davon werden auch die wirtschaftlichen Aktivitäten der Handelspartner positiv beeinflusst werden, womit zugleich ein fühlbarer Beitrag zum Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte geleistet wird. Im einzelnen wird die in der Jahresprojektion angestrebte Entwicklung der Inlandsnachfrage in den folgenden Ziffern 11 bis 13 dieser Anlage näher erläutert.

11. Ein überproportionaler Beitrag zum Wachstum des Bruttosozialprodukts wird wiederum von der Zunahme der *Unternehmensinvestitionen* erwartet. Aufgrund der unsicheren Exportaussichten und der hohen Steigerungsraten in der jüngeren Vergangenheit ist zwar für das Verarbeitende Gewerbe davon auszugehen, daß der Zuwachs im Jahre 1987 etwas geringer als 1986 ausfallen könnte. Hierauf deuten auch Unternehmensbefragungen im vergangenen Herbst sowie die jüngere Entwicklung der Aufträge hin. Insgesamt ist aber damit zu rechnen, daß sich der Investitionsanstieg 1987 — wenn auch bei Verlagerung der Schwerpunkte — fortsetzen wird. Hierfür sprechen vor allem die nach wie vor gute Ertragslage und die weiteren Ertragsaussichten. In den letzten Jahren konnten die Rentabilitätsverhältnisse wieder deutlich zugunsten vorteilhafterer Investitionsbedingungen verbessert werden. Unabdingbare Voraussetzung für hohe Unternehmensinvestitionen ist u. a. eine befriedigende Ertragslage. Auch die Deutsche Bundesbank hat in einer 1986 erschienenen Untersuchung aufgezeigt, daß bei den meisten Firmen Ertragsverhältnisse, Eigenmittelausstattung, Investitionen und Beschäftigtenentwicklung eng miteinander verknüpft sind. Unternehmen mit hoher Rentabilität investieren mehr als solche mit niedriger; ähnliches gilt für den Grad der Ausweitung bzw. der Verringerung des Personalbestandes. Daran gemessen sind die Investitionsbedingungen in der Wirtschaft weiterhin gut. Ferner sprechen für eine auch 1987 überproportionale Zunahme der Unternehmensinvestitionen die gestiegene Kapazitätsauslastung in weiten Bereichen der Wirtschaft sowie die Notwendigkeit, die Technik der Produktionsanlagen aus Wettbewerbsgründen ständig zu verbessern.

In der Jahresprojektion wird berücksichtigt, daß sich das Tempo des Investitionswachstums im Verarbeitenden Gewerbe verlangsamt. Das Baugewerbe, der Handel und die Dienstleistungsunternehmen dagegen, Bereiche also mit erheblich geringerer Exportabhängigkeit, dürften mit zunehmender Verlagerung der Wachstumskräfte auf die Binnenachfrage ihr Investitionswachstum gegenüber 1986 deutlich steigern. Nicht zuletzt wird auch das Investitionsverhalten von Bundesbahn und Bundespost dynamisch bleiben.

Für die *Anlageinvestitionen der Unternehmen insgesamt* geht die Jahresprojektion von einem realen Anstieg um 4 bis 5 v. H. aus. Dabei wird für die Bauten eine etwa ebenso kräftige Zunahme unterstellt wie für die Ausrüstungsinvestitionen. Die mit gesteigerter Kapazitätsauslastung zunehmende Bedeutung der Erweiterungsinvestitionen wirkt sich nunmehr auch bei den Wirtschaftsbauten aus. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, daß die Entwicklung des Produktionspotentials bestimmenden Nettoinvestitionen der Unternehmen außerhalb der Wohnungswirtschaft 1987 — wie schon 1985 und 1986 — voraussichtlich wiederum überdurchschnittlich, und zwar um rd. 5 bis 6 v. H. zunehmen werden. Wegen der Notwendigkeit der Schaffung neuer Arbeitsplätze und auch angesichts eines zunehmenden Anteils der Umweltschutzinvestitionen an den Unternehmensinvestitionen ist die Steigerung der Investitionsquote weiterhin wichtig.

Anders als noch 1986 ist für 1987 auch von den *Bauinvestitionen insgesamt* ein überproportionaler Wachstumsbeitrag zu erwarten. Neben den Unternehmensbauten dürfte hierzu eine Belebung der *Wohnungsbauinvestitionen* beitragen. Im Vorjahr sind die Wohnbauinvestitionen zwar noch einmal gesunken, doch zeichnet sich hier inzwischen eine Besserung ab. Da ein wesentlicher Rückgang der Hypothekenzinsen und eine weitere Entlastung bei den Baupreisen derzeit nicht zu erwarten ist, besteht für Bauherren kein Anreiz mehr, mit der Vergabe neuer Aufträge noch länger zu warten. Nicht zuletzt aufgrund der Einkommensentwicklung und der geänderten steuerlichen Rahmenbedingungen wird in der Jahresprojektion davon ausgegangen, daß sich die Wohnungsbautätigkeit 1987 zunächst stabilisiert und danach eine allmähliche Zunahme einsetzt. Eine wachsende Bedeutung dürften dabei wegen des zunehmenden Alters des Wohnungsbestandes Reparaturen und Modernisierung erhalten. Das inzwischen reichliche Angebot an Wohnungen zwingt die Vermieter, die Qualität der angebotenen Wohnungen zu steigern. Daneben werden in zunehmendem Maße wegen der gesunkenen Immobilienpreise und aufgrund eines veränderten Wohnverhaltens der Kauf und die Renovierung älterer Objekte dem Neubau vorgezogen. Hierauf weist auch der Sachverständigenrat ausdrücklich hin (Ziffer 176 JG).

Mit den wieder gewonnenen Finanzierungsspielräumen bei den Gebietskörperschaften, insbesondere bei den Gemeinden, ist auch 1987 — wie schon 1986 — ein deutlicher Zuwachs der *öffentlichen Investitionen* möglich geworden. In der Jahresprojek-

tion wird unterstellt, daß die öffentlichen Investitionen real um ca. 4 bis 6 v. H. zunehmen.

Unter Berücksichtigung dieser Annahmen für die reale Entwicklung der Anlageinvestitionen der Unternehmen, des Wohnungsbaus und des Staates und unter Einrechnung eines wieder leicht anziehenden Preisanstiegs für Ausrüstungen und Bauten wird in der Jahresprojektion ein

nominaler Anstieg der Anlageinvestitionen von 5 bis 7 v. H.

(nach 4,4 v. H. im Vorjahr) unterstellt. Real entspräche dies einer Zunahme von insgesamt 3 bis 5 v. H. (nach 3,1 v. H. im Vorjahr).

Die gemessen an der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage nach wie vor niedrige Lagerquote läßt bei anhaltendem Wirtschaftswachstum darüber hinaus eine weitere fühlbare Aufstockung der Vorräte an Rohstoffen, Vormaterialien, Halbwaren und Fertigprodukten erwarten.

12. Der *Private Verbrauch* wird voraussichtlich auch 1987 kräftig steigen, obwohl das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte 1987 nominal etwas schwächer als im Vorjahr zunehmen dürfte. Ursächlich hierfür ist hauptsächlich der wieder überproportionale Steuerabzug vom Einkommen, wie er bei einem progressiven Steuertarif in einem Jahr ohne Steuersenkung normal ist. Aus der Verminderung der Rentenversicherungsbeiträge bei gleichzeitiger Erhöhung der Beiträge zur Bundesanstalt für Arbeit resultiert zwar per Saldo eine Entlastung; dem stehen aber voraussichtlich steigende Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung gegenüber. Unter Einschluß der anhaltenden Beschäftigungsausweitung wird für die Bruttolohn- und -gehaltssumme ein Anstieg von 4 bis 4½ v. H. erwartet. Netto würde dies einer Zunahme von rd. 3 v. H. entsprechen. Im Vorjahr war die Nettolohn- und -gehaltssumme wegen der in Kraft getretenen Steuersenkung mit 5,2 v. H. sogar etwas stärker als die Bruttolohn- und -gehaltssumme gestiegen, die um 5,0 v. H. zugenommen hat.

Für die öffentlichen Sozialleistungen wird mit rd. 3½ v. H. mit einer ähnlichen Zunahme wie im Vorjahr gerechnet. Die diesjährige Erhöhung der Bestandsrenten fällt mit netto rd. 3 v. H. deutlich höher als die vorangegangenen aus. Auch wirkt sich die Einführung eines Erziehungsgeldes hier noch positiv aus. Für die nur als Rest ermittelbaren entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen wird nach der jetzt ausgewiesenen verlangsamen Zunahme im Vorjahr wieder von einer etwas stärkeren Dynamik ausgegangen. Insgesamt könnte das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte um 3½ bis 4 v. H. zunehmen und damit etwas hinter der Ausweitung des Vorjahres (+4,2 v. H.) zurückbleiben. Nach dem starken Anstieg der Ersparnisbildung im vergangenen Jahr, der wohl auch im Zusammenhang mit den unerwartet starken realen Einkommenssteigerungen gesehen werden muß, wird für 1987 wieder mit einem deutlichen Rückgang der Sparquote auf das Niveau der Jahre 1984/85 gerechnet. Verstärkte Einkommenszuwäch-

se, zumal wenn sie wie durch die Ölpreissenkung und die rasche Preisniveaustabilisierung für viele Haushalte unerwartet entstehen, führen nach den Erfahrungen der Vergangenheit mit zeitlicher Verzögerung zu einer entsprechenden Verbrauchsausweitung. Die Sparquote ist damit quasi ein Puffer bei starken Schwankungen des Einkommenszuwachses. Dies spricht für eine wieder sinkende Sparquote im Jahre 1987. Damit könnte

der Private Verbrauch nominal um $3\frac{1}{2}$ bis $4\frac{1}{2}$ v. H.

(nach 3,6 v. H. im Vorjahr) zunehmen. Real würde dies abermals einen kräftigen Anstieg von 3 bis 4 v. H. (1986: 4,1 v. H.) bedeuten.

13. Nach den Haushaltsplänen der Gebietskörperschaften ist für 1987 mit nur wenig geänderten Tendenzen bei den Personal- und Sachausgaben im Vergleich zu 1986 zu rechnen. Für die Sachleistungen im Sozialversicherungsbereich, die im vergangenen Jahr durch hohe Ausgabenzuwächse bei Krankenhausleistungen sowie Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln gekennzeichnet waren, wird nicht mit einer Beschleunigung der Entwicklung gerechnet. Demnach geht die Jahresprojektion von

einer nominalen Zunahme des Staatsverbrauchs um 4 bis $4\frac{1}{2}$ v. H.

aus (1986: 4,7 v. H.). Real entspräche dies einem Anstieg von rd. $2\frac{1}{2}$ v. H. (1986: 2,5 v. H.).

14. Die Projektionen für Ausfuhr- und Inlandsnachfrage ergeben für die gesamtwirtschaftliche Endnachfrage eine nominale Zunahme von $3\frac{1}{2}$ bis $4\frac{1}{2}$ v. H., was einer realen Ausweitung der gesamten Güterverwendung von 3 bis $3\frac{1}{2}$ v. H. entspricht. Nominal wie real steigt damit die Gesamtnachfrage stärker als im Vorjahr (2,3 bzw. 2,6 v. H.). Dies dürfte zu einem überproportional hohen realen Anstieg der Einfuhren von Waren und Dienstleistungen, und zwar um etwa 5 bis 6 v. H. führen. Neben der Zunahme der Gesamtnachfrage spielt für die Einfuhrentwicklung 1987 auch die wechselkursbedingte Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ausländischer Anbieter auf dem Binnenmarkt eine wesentliche Rolle. Die Einfuhrelastizität, also das Verhältnis von prozentualer Erhöhung der Importe zu prozentualer Veränderung der Gesamtnachfrage, ist deswegen 1987 deutlich höher als 1986 anzusetzen. Die Preise für Importwaren, die 1986 unerwartet stark gefallen waren (unter Einschluß der Dienstleistungsausgaben um 11,2 v. H.), dürften im Verlauf dieses Jahres wieder leicht steigen. Dabei ist unterstellt, daß der Rückgang bei den Preisen für Energieimporte ausläuft und daß die Weltmarktpreise für Industrierohstoffe etwas, die für Fertigwaren deutlicher zunehmen. Dennoch ist im Durchschnitt des Jahres 1987 „überhangbedingt“ mit einem nochmaligen Rückgang der Importpreise zu rechnen. In nominaler Rechnung dürften die Einfuhren von Waren und Dienstleistungen aber immer noch um 2 bis 3 v. H. zunehmen (1986: — 8,4 v. H.).

Daraus ergibt sich in der Jahresprojektion ein

nominaler Außenbeitrag in der Größenordnung von 94 bis 98 Mrd. DM,

der merklich niedriger liegt als im Vorjahr (107,3 Mrd. DM). Die Rückbildung des Außenbeitrags wird nun also auch in nominaler Rechnung sichtbar. In konstanten Preisen gerechnet fällt die Rückbildung des Saldos im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland mit mehr als 1 v. H. des Bruttosozialprodukts noch erheblich deutlicher aus. Auch 1987 werden deshalb erneut positive Wachstumsimpulse von der Entwicklung des realen Außenbeitrags auf die Volkswirtschaften der Handelspartner ausgehen. Für die deutsche Wirtschaft bedeutet dies — und darauf macht auch der Sachverständigenrat mit Nachdruck aufmerksam — die Bewältigung einer großen Anpassungsaufgabe: Den Wechsel von der Export- zur Binnenkonjunktur (Ziffer 186 JG).

Im Jahresdurchschnitt 1987 errechnet sich insgesamt aus den Annahmen über die Inlandsnachfrage und den Außenbeitrag ein

Anstieg des nominalen Bruttosozialprodukts von rd. 4 bis $4\frac{1}{2}$ v. H.

(nach 5,6 v. H. im Vorjahr). Anders als 1986, als die Inlandsnachfrage mit nominal 3,9 v. H. unterproportional zum Sozialprodukt zunahm — real allerdings mit 3,8 v. H. überproportional —, ergibt sich für 1987 bei rückläufigem nominalen Außenbeitrag auch in nominaler Rechnung eine zum Sozialprodukt überdurchschnittliche Zunahme der Inlandsnachfrage um $4\frac{1}{2}$ bis $5\frac{1}{2}$ v. H.

15. Die Preisentwicklung dürfte in diesem Jahr wieder verstärkt von inländischen Faktoren bestimmt werden. Dabei kommt der Lohnstückkostenentwicklung eine entscheidende Rolle zu. Hierfür wird in der Jahresprojektion von einer sich im Vergleich zu 1986 leicht abschwächenden Zunahme ausgegangen. Die im letzten Jahr die inländische Preisentwicklung in besonderem Maße begünstigenden Sondereffekte — Ölpreissenkung und Höherbewertung der D-Mark — laufen zwar aus, sie wirken aber in diesem Jahr noch dämpfend auf das Preisniveau. Teilweise werden nämlich die Importpreissenkungen erst 1987 ihren Niederschlag in den Endnachfragepreisen finden.

Mit dem in der Projektion unterstellten moderaten Anstieg der inländischen Kostendeterminanten und im Verlauf wieder anziehenden Einfuhrpreisen dürfte bei dem bestehenden Wettbewerbsdruck der

Anstieg der Verbraucherpreise 1987 auf eine Rate zwischen 0 und 1 v. H.

begrenzt werden können. Die Preisperspektiven für die gesamte inländische Güterverwendung dürften ebenfalls günstig bleiben, das Preisniveau der Inlandsnachfrage würde nach den Annahmen der Jahresprojektion nur um 1 bis $1\frac{1}{2}$ v. H. steigen. Der Preisindex des Bruttosozialprodukts könnte unter diesen Bedingungen um rd. $1\frac{1}{2}$ v. H. zunehmen. Dieser Preisindex spiegelt im wesentlichen die Ver-

teuerung der inländischen Produktionsfaktoren wider. Im Vorjahr hatte sich dieser Deflator stärker erhöht, da der Einfuhrpreiserückgang nur verzögert in den Endnachfragepreisen weitergegeben wurde.

16. Diese Annahmen der Jahresprojektion für die Entwicklung des nominalen Sozialprodukts und seiner Preiskomponente führen für den Jahresdurchschnitt 1987 zu

einem realen Wachstum des Bruttosozialprodukts von rd. 2 1/2 v. H.

Die Inlandsnachfrage würde dabei erneut mit + 3 1/2 bis + 4 v. H. überproportional zunehmen.

Geht man davon aus, daß sich die Arbeitsproduktivität, d. h. das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, bei Annahme eines in etwa gleichen Wirtschaftswachstums und einer ähnlich starken Abnahme der geleisteten Arbeitszeit wie im Vorjahr entwickelt, so ist für 1987 wiederum ein Anstieg der *Erwerbstätigenzahl* um ca. 1 v. H. zu erwarten. Ende dieses Jahres werden damit rd. 800 Tsd. Erwerbspersonen mehr einer Berufstätigkeit nachgehen können als zur Zeit des Beschäftigungstiefpunktes im Herbst 1983. Wegen der gedämpften Exporterwartungen ist allerdings nicht damit zu rechnen, daß die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe im gleichen Maße wie 1986 zunehmen wird; dies könnte jedoch zum Teil dadurch ausgeglichen werden, daß die Zahl der Arbeitsplätze im Baugewerbe 1987 nicht mehr weiter zurückgeht. Für die Dienstleistungsbereiche insgesamt unterstellt die Jahresprojektion einen unverminderten Anstieg. Für eine solche Entwicklung spricht die Verlagerung der Auftriebskräfte zur Binnennachfrage, von der die Dienstleistungen besonders profitieren, worauf auch der Sachverständigenrat hinweist (Ziffer 178 JG). Ein zusätzlicher Bedarf an Arbeitskräften wird im nächsten Jahr durch die Inanspruchnahme des Erziehungsurlaubs entstehen. Für die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen ist eine weitere Zunahme zu erwarten.

Da die künftige Entwicklung des Erwerbspersonenangebots ohne die Ergebnisse der im Mai stattfindenden Volkszählung nur schwer abschätzbar ist, können auch Vorausschätzungen für die Zahl der *Arbeitslosen* nur unter Vorbehalt vorgenommen werden. Nach den Annahmen der Jahresprojektion ist mit einem weiteren Anstieg des Erwerbspersonenangebots zu rechnen. Trotz weiter steigender Erwerbsquoten dürfte das Angebot an *deutschen* Arbeitskräften demographisch bedingt zwar weniger stark zunehmen als in den vergangenen Jahren; hinsichtlich des *ausländischen* Erwerbspersonenangebots dagegen kann wohl — anders als bis 1985 — nicht mehr von einem Rückgang ausgegangen werden. Aufgrund der geringeren Rückwanderung und aus demographischen Gründen werden voraussichtlich mehr ausländische Arbeitskräfte einen Arbeitsplatz wünschen. Die wanderungsbedingte Veränderung des ausländischen Erwerbspersonenangebots ist zudem im Hinblick auf die Freizügigkeitsregelung in der Europäischen Gemeinschaft und deren Süderweiterung mit großen Unsicherheiten behaftet. Aufgrund dieser Zusammenhänge

wird davon ausgegangen, daß die Zunahme der Erwerbstätigkeit abermals nicht in vollem Umfang zu einem Rückgang der Zahl der Arbeitslosen führen wird. Dies gilt auch dann, wenn die Erwerbsneigung nicht mehr so schnell wie in den beiden letzten Jahren steigen sollte. In der Jahresprojektion wird unterstellt, daß sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit 1987 etwa im bisherigen Tempo fortsetzt. Dies ergäbe

eine Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 1987 von 8 1/2 v. H. der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. 7 1/2 v. H. (1986: 7,9 v. H.) aller Erwerbspersonen.

17. Das Volkseinkommen dürfte sich gemäß den Annahmen der Jahresprojektion mit einer Zunahme von rd. 4 bis 4 1/2 v. H. in etwa parallel zum nominalen Bruttosozialprodukt entwickeln. Geht man davon aus, daß die Tarifvertragsparteien dem verringerten Verteilungsspielraum Rechnung tragen, die aufgrund der Stabilität des Preisniveaus gestiegene Kaufkraft berücksichtigen und den neu hinzukommenden Verteilungsspielraum hauptsächlich für Einkommensverbesserungen nutzen, könnte das zu einem Anstieg der effektiv gezahlten Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten in Höhe von 3 bis 3 1/2 v. H. führen. Unter Berücksichtigung des unterstellten Beschäftigungsanstiegs um ca. 1 v. H. und einer gegenüber der Bruttolohn- und -gehaltssumme überproportionalen Entwicklung der Sozialbeiträge der Arbeitgeber dürfte

das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit um 4 bis 4 1/2 v. H.

zunehmen (nach 5,0 v. H. im Vorjahr).

Unter diesen Annahmen ergäbe sich für das als Differenz zwischen dem Volkseinkommen und dem Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu errechnende

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen eine Zunahme von etwa 3 bis 5 v. H.

(nach 9,4 v. H. im Vorjahr).

Damit würden die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen erstmals seit fünf Jahren nicht mehr schneller steigen als die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit. Die bisherige Verschiebung in der Verteilung war nach der vorherigen Verschlechterung der Ertragslage der Unternehmen eine wesentliche Voraussetzung für die Belebung der Investitionstätigkeit und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Die um Änderungen in der Beschäftigungsstruktur bereinigte Lohnquote am Volkseinkommen, die seit 1982 kontinuierlich gesunken war, würde bei dieser jetzt in etwa parallelen Verteilung des Einkommenszuwachses 1987 im Großen und Ganzen unverändert bleiben.

18. Für die Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung ist nach den vorliegenden Haushaltsplanungen und -ansätzen eine Steigerung um 3 1/2 bis 4 v. H. zu erwarten. Dieser Anstieg bleibt — dem Konsolidierungsziel entsprechend —

abermals hinter der voraussichtlichen Entwicklung des nominalen Bruttosozialprodukts zurück. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften werden dabei, wie auch schon in den vergangenen Jahren, unterproportional zunehmen. Unter den großen Ausgabenkategorien dürften sowohl der Staatsverbrauch wie die Einkommens- und Vermögensübertragungen (einschließlich Zinsen) nur wenig langsamer zunehmen als 1986. Bei den öffentlichen Investitionen ist auch 1987 wieder mit einem deutlichen Zuwachs zu rechnen, der allerdings nicht ganz so kräftig ausfallen dürfte wie im Vorjahr.

Der Anstieg der Gesamteinnahmen wird voraussichtlich mit etwa $3\frac{1}{2}$ bis $4\frac{1}{2}$ v. H. nur geringfügig über dem Ausgabenzuwachs liegen. Für die Steuern dürfte sich dabei ein Mehraufkommen von rd. $4\frac{1}{2}$ bis $5\frac{1}{2}$ v. H. ergeben nach + 3,6 v. H. im Vorjahr. Die Sozialbeiträge steigen nach den Annahmen der Jahrsprojektion mit 4 bis 5 v. H. insbesondere aufgrund des etwas langsameren Anstiegs der Lohn- und Gehaltssumme nicht mehr so stark wie im Vorjahr. Dämpfend wirkt hier die zu Jahresbeginn in Kraft getretene Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung um 0,5 Prozentpunkte, der ein Anstieg des Beitragssatzes zur Bundesanstalt für Arbeit von 0,3 Prozentpunkte gegenübersteht. Unsicherheit besteht allerdings über die Höhe der voraussichtlichen Beitragssatzanhebungen zur gesetzlichen Krankenversicherung. Bei den übrigen Einnahmen ist von einer rückläufigen Entwicklung auszugehen, wobei hier vor allem die deutliche Verminderung des im Haushaltsplan des Bundes ver-

anschlagten Bundesbankgewinns zu Buche schlägt.

Aus den Annahmen für die Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen errechnet sich für das gesamte staatliche Finanzierungsdefizit (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) ein Betrag von 18 bis 22 Mrd. DM, der sich in der Größenordnung wenig vom Vorjahresergebnis (knapp 20 Mrd. DM) unterscheidet. Bei den Gebietskörperschaften dürfte das Finanzierungsdefizit geringfügig steigen, im Sozialversicherungsbereich wird demgegenüber insgesamt die Rücklagenbildung voraussichtlich nochmals zunehmen. Das gesamte Finanzierungsdefizit des Staates würde damit wie im Vorjahr rd. 1 v. H. des Bruttosozialprodukts entsprechen.

19. Diesem nahezu unveränderten Finanzierungsbedarf des Staates steht nach den Annahmen der Jahresprojektion ein geringfügig niedrigeres Mittelaufkommen bei den privaten Haushalten gegenüber. Bei weiter steigendem verfügbaren Einkommen könnte die Sparquote — wie oben dargelegt — etwas zurückgehen. Nach der überaus deutlichen Rückführung des Fremdmittelbedarfs im Unternehmenssektor (einschl. Wohnungswirtschaft) im Vorjahr wird für 1987 bei weiter steigenden Investitionen, auch in Wohnbauten, wieder mit einer höheren Mittelbeanspruchung gerechnet. Gleichzeitig wird sich aber die Inanspruchnahme des inländischen Mittelaufkommens durch die übrige Welt deutlich vermindern. Der Leistungsbilanzüberschuß nimmt fühlbar ab.

**Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 1983 bis 1986
und Eckwerte der Jahresprojektion 1987**

	1983	1984 ³⁾	1985 ³⁾	1986 ⁴⁾	1987 ⁵⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.				
Entstehung des Sozialprodukts					
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 (BIP)	+ 1,5	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,5	+ rd. 2 1/2
Erwerbstätige	- 1,5	+ 0,1	+ 0,7	+ 1,0	+ rd. 1
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 0,2	- 0,3	- 0,8	- 0,8	- rd. 1/2
BIP je Erwerbstätigen	+ 3,0	+ 2,8	+ 1,9	+ 1,5	+ rd. 1 1/2
BIP je Erwerbstätigenstunde	+ 3,2	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,3	+ rd. 2
nachrichtlich:					
Arbeitslosenquote in v. H. A ¹⁾	(9,1)	(9,1)	(9,3)	(9,0)	(rd. 8 1/2)
B ²⁾	(8,1)	(8,1)	(8,2)	(7,9)	(rd. 7 1/2)
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen					
Privater Verbrauch	+ 5,0	+ 4,0	+ 3,9	+ 3,6	+ 3 1/2 bis + 4 1/2
Staatsverbrauch	+ 3,1	+ 4,2	+ 4,4	+ 4,7	+ 4 bis + 4 1/2
Bruttoanlageinvestitionen	+ 5,2	+ 3,1	+ 1,3	+ 4,4	+ 5 bis + 7
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	(- 1,8)	(+ 5,1)	(+ 7,5)	(+ 5,6)	(+10 bis +14)
Inlandsnachfrage	+ 5,3	+ 4,3	+ 3,8	+ 3,9	+ 4 1/2 bis + 5 1/2
Außenbeitrag (Mrd. DM)	(+36,9)	(+50,3)	(+72,7)	(+107,3)	(+94 bis +98)
(in v. H. des BSP)	(2,2)	(2,9)	(3,9)	(5,5)	(rd. 4 1/2)
Bruttosozialprodukt in Preisen von 1980					
Privater Verbrauch	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,8	+ 4,1	+ 3 bis + 4
Staatsverbrauch	+ 0,2	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,5	+ 2 bis + 3
Bruttoanlageinvestitionen	+ 3,2	+ 0,8	- 0,3	+ 3,1	+ 3 bis + 5
Ausrüstungen	+ 5,8	- 0,5	+ 9,4	+ 4,6	+ 3 bis + 5
Bauten	+ 1,7	+ 1,8	- 6,2	+ 1,9	+ 3 1/2 bis + 4 1/2
Inlandsnachfrage	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,5	+ 3,8	+ 3 1/2 bis + 4
Ausfuhren	- 0,8	+ 8,5	+ 7,3	- 0,6	+ 1 bis + 2
Einfuhren	+ 0,8	+ 5,5	+ 4,7	+ 3,1	+ 5 bis + 6
Bruttosozialprodukt	+ 1,8	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,5	+ rd. 2 1/2
Preisentwicklung					
Privater Verbrauch	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,1	- 0,5	0 bis + 1
Inlandsnachfrage	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,1	+ 0,1	+ 1 bis + 1 1/2
Bruttosozialprodukt	+ 3,3	+ 2,0	+ 2,2	+ 3,1	+ rd. 1 1/2
Verteilung des Volkseinkommens					
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	+ 2,0	+ 3,5	+ 3,8	+ 5,0	+ 4 bis + 4 1/2
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+13,5	+ 9,4	+ 8,8	+ 9,4	+ 3 bis + 5
Volkseinkommen	+ 5,0	+ 5,2	+ 5,3	+ 6,3	+ 4 bis + 4 1/2
nachrichtlich:					
Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,8	+ 3 bis + 3 1/2
Beschäftigte Arbeitnehmer	- 1,7	+ 0,1	+ 0,8	+ 1,1	+ rd. 1
Sparquote	(11,2)	(11,4)	(11,4)	(11,9)	(11 1/2)

¹⁾ Bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen

²⁾ Bezogen auf alle Erwerbspersonen

³⁾ Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes

⁴⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1987

⁵⁾ Jahresprojektion

Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors
(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)

	1983	1984 ¹⁾	1985 ¹⁾	1986 ²⁾	1987 ³⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.				
Einnahmen					
Steuern	+ 5,0	+ 5,9	+ 4,6	+ 3,6	+ 4½ bis + 5½
Sozialbeiträge ⁴⁾	+ 2,1	+ 4,9	+ 5,1	+ 5,3	+ 4 bis + 5
Sonstige Einnahmen	+ 7,7	+ 3,7	+ 5,2	+ 2,4	- 5 bis - 6
Einnahmen insgesamt	+ 4,1	+ 5,3	+ 4,9	+ 4,1	+ 3½ bis + 4½
Ausgaben					
Staatsverbrauch	+ 3,1	+ 4,2	+ 4,4	+ 4,7	+ 4 bis + 4½
Einkommens- und Vermögens- übertragungen ⁵⁾	+ 3,3	+ 4,2	+ 2,2	+ 3,1	+ 2½ bis + 3½
Investitionen	- 7,7	- 0,1	+ 0,9	+ 8,4	+ 7 bis + 8
Ausgaben insgesamt	+ 2,6	+ 4,0	+ 3,0	+ 4,0	+ 3½ bis + 4
Finanzierungssaldo in Mrd. DM	- 42,3	- 33,7	- 19,8	- 19,9	- 18 bis - 22
(in v. H. des BSP)	(- 2,5)	(- 1,9)	(- 1,1)	(- 1,0)	(- rd. 1)

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes

²⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1987

³⁾ Jahresprojektion

⁴⁾ Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds

⁵⁾ Einschließlich Zinsen

03.04.1987

Beschluß

des Bundesrates

zum

Jahresgutachten 1986/87 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

und

Jahreswirtschaftsbericht 1987 der Bundesregierung

Der Bundesrat hat in seiner 575. Sitzung am 3. April 1987 beschlossen, zu dem Jahresgutachten 1986/87 und zu dem Jahreswirtschaftsbericht 1987 wie aus der Anlage ersichtlich Stellung zu nehmen.

Anlage

S t e l l u n g n a h m e

zum

Jahresgutachten 1986/87 des Sachverständigenrates
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

und

Jahreswirtschaftsbericht 1987 der Bundesregierung

1. Der Bundesrat ist der Auffassung, daß die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr weiter auf Wachstumskurs bleibt. Hierfür sprechen die erreichten strukturellen Verbesserungen wie etwa das stabile Preisniveau, die niedrigen Zinsen und die Konsolidierungsfortschritte in den öffentlichen Haushalten, aber beispielsweise auch die anziehende Baukonjunktur, die steigenden Einkommen und die Zunahme des privaten Verbrauchs. Der Bundesrat erkennt nicht, daß sich in der deutschen Wirtschaft derzeit Auswirkungen eines weltwirtschaftlichen Anpassungsprozesses bemerkbar machen. Vor allem der starke Dollarverfall und der eingeschränkte finanzielle Handlungsspielraum in einer ganzen Reihe von Abnehmerländern setzen die deutschen Unternehmen deutlich unter Anpassungsdruck. Wie der Sachverständigenrat geht der Bundesrat aber davon aus, daß es sich hierbei nicht um Anzeichen einer zyklischen Ermüdung handelt.

2. In Übereinstimmung mit Bundesregierung und Sachverständigenrat sieht der Bundesrat gegenwärtig keinen konjunkturpolitischen Handlungsbedarf. Er hält es gleichwohl für notwendig, die Anstrengungen zur dauerhaften Stärkung der Wachstumsgrundlagen und zur weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen unvermindert fortzusetzen.

Der Bundesrat unterstützt deshalb die Bundesregierung bei der Fortführung ihrer an den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft orientierten Politik. Er hält es insbesondere für erforderlich, den finanzpolitischen Konsolidierungskurs beizubehalten, zugleich aber vorhandene Spielräume für öffentliche Investitionen voll auszuschöpfen und die Voraussetzungen für eine noch schnellere Umsetzung des technischen Fortschritts zu schaffen.

3. Der Bundesrat ist mit dem Sachverständigenrat der Auffassung, daß ein nachhaltiger Abbau der Arbeitslosigkeit nur durch eine Ausweitung des Angebots an rentablen und wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen erreicht werden kann. Staatliche Beschäftigungsprogramme sind hierzu ungeeignet, weil sie allenfalls kurzfristige Entlastungen bringen, jedoch keine wettbewerbsfähigen Dauerarbeitsplätze schaffen können.

Der Bundesrat wertet die deutliche Zunahme der Arbeitsplätze seit 1983 und den Rückgang der Arbeitslosigkeit im letzten Jahr als einen beachtlichen beschäftigungspolitischen Erfolg. Er rechnet damit, daß in diesem Jahr weitere Fortschritte bei der Bekämpfung der immer noch viel zu hohen Arbeitslosigkeit erzielt werden. Der Bundesrat appelliert daher mit Nachdruck an die Tarifparteien, in den bevorstehenden Tarifvereinbarungen den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Er verweist insbesondere auch darauf, daß die Lohnstückkosten der

Unternehmen seit einiger Zeit wieder spürbar ansteigen. Er setzt sich zugleich dafür ein, daß die Chancen für mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt und bei der Arbeitszeitgestaltung noch konsequenter für mehr Beschäftigung genutzt werden.

4. Auch der Bundesrat sieht in der vereinbarten Steuerreform das Kernstück einer Wirtschaftspolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung. Er stellt klar, daß von den vereinbarten steuerlichen Entlastungen Unternehmen und private Haushalte, vor allem auch die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen, gleichermaßen begünstigt werden. Er verweist darauf, daß die geplante Reform des Einkommensteuertarifs gerade auch den mittelständischen Unternehmen zugute kommt. Er begrüßt die in Form zusätzlicher Sonderabschreibungsmöglichkeiten und der Aufstockung des steuerlichen Vorwegabzugs der Vorsorgeaufwendungen darüber hinaus vorgesehene deutliche Mittelstandskomponente. Der Bundesrat sieht im Vorziehen einzelner Teile der geplanten Steuertarifreform in die zweite Stufe der Steuerreform 1986/88 ein wichtiges Element zur Stärkung und Verstetigung der Wachstumskräfte. Die dringend notwendige Steuerentlastung darf jedoch nicht zu einer dauerhaft erhöhten Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben führen. Die Steuerentlastung muß deshalb von einer Rückführung des Zuwachses der öffentlichen Ausgaben durch eine weiterhin sparsame Ausgabenpolitik und einem verstärkten Abbau von Subventionen begleitet werden.
5. Der Bundesrat widerspricht der Aussage des Sachverständigenrates, der Umsatzsteueranteil des Bundes sei zu erhöhen, weil das gegenwärtige Verteilungsverhältnis die Länder zu einer expansiven Ausgabenpolitik verleite. Der höhere Ausgabenanstieg in den Länderhaushalten ist nicht die Folge einer großzügigen Ausgabenpolitik der Länder, sondern auf die unterschiedlichen Haushaltsstrukturen wie z.B. den höheren Personalkostenanteil in den Länderhaushalten zurückzuführen.

6. Der Bundesrat wertet den anhaltenden Konzentrationsprozeß im Einzelhandel, der zu einem erheblichen Teil durch Verstöße gegen den Leistungswettbewerb ausgelöst und beschleunigt worden ist, als überaus bedenklich. Er sieht es deshalb als eine wichtige Aufgabe der Wettbewerbspolitik an, wettbewerbsschädliche Machtkonzentrationen konsequent zu bekämpfen und den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu verhindern. Der Bundesrat geht daher davon aus, daß die Bundesregierung entsprechend der EntschlieÙung des Bundesrates vom 26. September 1986 - Drucksache 318/86 (Beschluß) - eine Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sorgfältig prüfen wird. Er fordert die Bundesregierung auf, bei dieser Prüfung zu berücksichtigen, daß das geltende Instrumentarium des GWB nicht geeignet ist, die bestehenden Wettbewerbsprobleme wirksam zu lösen.
7. Der Bundesrat hält eine Strukturreform der sozialen Sicherungssysteme für eine vordringliche wirtschafts- und sozialpolitische Aufgabe. Nur, wenn die unumgängliche Neugestaltung rechtzeitig in Angriff genommen wird, kann die soziale Sicherung auf eine stabile Grundlage gestellt und zugleich einem weiteren beschäftigungshemmenden Anstieg der Lohnnebenkosten entgegengewirkt werden.
8. Für die künftige Energiepolitik stellt der Bundesrat klar, daß Belastungen der Stromabnehmer aus dem Kohlepfennig so gering wie möglich gehalten werden müssen. Der Bundesrat hält es für unabdingbar, daß in Verbindung mit einer Änderung der gesetzlichen Grundlagen auch über die Strukturelemente des Kohlepfennigs einschließlich seiner Berechnungsmethoden neu entschieden werden muß. In jedem Fall muß deutlich werden, daß die weitere Zahlung des Kohlepfennigs nur als vertretbar angesehen werden kann, wenn der Konsens über die Nutzung der Kernenergie als einer wesentlichen Grundlage der Stromerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland wiederhergestellt wird.

9. Der Bundesrat ist der Auffassung, daß die weitere Umstrukturierung der Stahlindustrie aktiv politisch begleitet werden muß. Er hält dazu auch gemeinsame Gespräche der Bundesregierung mit allen Beteiligten für unumgänglich.

Der Bundesrat fordert die Sicherung einer größtmöglichen Zahl von Arbeitsplätzen in einer modernen und wettbewerbsfähigen deutschen Stahlindustrie. Für entfallende Stahlarbeitsplätze müssen neue Arbeitsplätze in den Stahlregionen geschaffen werden. Hier tragen vor allem die Stahlkonzerne eine regionale und soziale Verantwortung für die Beschäftigungs- und Ausbildungssituation.

Der Bundesrat ist der Auffassung, daß der europäische Stahlmarkt von den Prinzipien des Wettbewerbs geprägt sein soll. Allerdings müssen die Wettbewerbsbedingungen für alle europäischen Unternehmen gleich sein. Der Bundesrat sieht diese Situation gegenwärtig nicht gegeben. Er hält deshalb zur Zeit eine weitere Liberalisierung für nicht vertretbar. Die EG-Kommission wird aufgefordert, insbesondere für strikte Beihilfedisziplin und einen wirksamen Außenschutz gegen Drittlandseinfuhren zu sorgen. Auf dem europäischen Binnenmarkt ist Preisdisziplin herzustellen.

Der Bundesrat bittet angesichts der zu erwartenden weiteren Arbeitsplatzverluste im Stahlbereich die Bundesregierung um konkrete Vorschläge, durch die die sozialen Maßnahmen nach Artikel 56 Abs. 2 EGKS-Vertrag verbessert und erweitert werden können.

Er fordert die Bundesregierung auf, daran mitzuwirken, daß in den vom Strukturwandel in der Stahlindustrie besonders betroffenen Regionen eine hinreichende Zahl von neuen zukunftssicheren Arbeitsplätzen geschaffen wird.